

**Einwohnerratssitzung 2011/2012**  
**Protokoll Nr. 3**

Sitzungsdatum **Donnerstag, 27. Oktober 2011**  
Sitzungszeit 08:00 Uhr bis 12:15 Uhr / 13:45 Uhr bis 18:20 Uhr  
Ort Pilatus-Saal, Luzernerstrasse 15, Kriens

---

Protokoll	Petra Burkhart	
Direktwahl	041 329 63 81	27. Oktober 2011

---

<b>Anwesend</b>	Präsidentin	Johanna Dalla Bona
	Einwohnerrat	34 Mitglieder Maurus Frey (VM ab 8:45 Uhr) Roger Erni (VM ab 10:10 Uhr) Judith Luthiger (VM bis 12:05 Uhr) Nicole Nyfeler (VM bis 12:00 Uhr, NM ab 14:00 Uhr) Michael Otte (NM bis 14:30 Uhr)
	Gemeinderat	5 Mitglieder
	Gemeindeschreiber	Solari Guido
	Protokoll	Burkhart Petra (NM) Graf Alexandra (VM) Schweizer Jennifer (VM) Sigrist Andrea (NM)
<b>Entschuldigt</b>		Lammer Thomas Maldonado Jennifer

## Traktanden

- |     |                                                                                                                                                            |            |           |
|-----|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|------------|-----------|
| 1.  | <u>Mitteilungen</u>                                                                                                                                        |            | Seite 59  |
| 2.  | <u>Vereidigung</u> : Caroline Bolzern (GP60+)                                                                                                              |            | Seite 61  |
| 3.  | <u>Ersatzwahl</u><br>- Mitglied in die Kommission Interkommunale<br>Zusammenarbeit (KiZ)<br>- Mitglied in die Umwelt- und Sicherheitskommis-<br>sion (USK) |            | Seite 62  |
| 4.  | <u>Protokoll Nr. 1</u> vom 1. September 2011                                                                                                               |            | Seite 62  |
| 5.  | <u>Fragestunde</u><br>(max. 30 Min.)                                                                                                                       |            | Seite 17  |
| 6.  | <u>Bericht</u> : Versorgungskonzept Gesundheit und<br>Alter Kriens                                                                                         | Nr. 257/11 | Seite 65  |
|     | <i>Gleichzeitig wird folgender Vorstoss behandelt (im<br/>Bericht integriert):</i>                                                                         |            |           |
|     | <u>Bericht Postulat Urfer</u> : Bedarfsabklärung von<br>betreuten Wohnformen im Alter                                                                      | Nr. 059/09 | Seite 65  |
| 7.  | <u>Bericht</u> : Machbarkeitsstudie Grossfeld                                                                                                              | Nr. 261/11 | Seite 78  |
|     | <i>Gleichzeitig werden folgende Vorstösse behandelt<br/>(im Bericht integriert):</i>                                                                       |            |           |
|     | - <u>Bericht Postulat Dalla Bona</u> : Umbau des<br>Alters- und Pflegeheims Grossfeld in<br>Alterswohnungen                                                | Nr. 019/08 | Seite 78  |
|     | - <u>Bericht Petition</u> : Planung eines neuen<br>Pflegeheimes                                                                                            | Nr. 079/09 | Seite 78  |
| 7a. | <u>Dringliche Interpellation Luthiger</u> : Zukunft<br>Schulhaus Gabeldingen<br><i>Beantwortung</i>                                                        | Nr. 265/11 | Seite 86  |
| 8.  | <u>Bericht und Antrag</u> : Politische Gesamtplanung<br>2012 - 2016                                                                                        | Nr. 260/11 | Seite 89  |
| 9.  | <u>Bericht und Antrag</u> : Voranschlag 2012                                                                                                               | Nr. 259/11 | Seite 102 |
|     | <i>Gleichzeitig werden folgende Vorstösse behandelt<br/>(im Bericht und Antrag integriert):</i>                                                            |            |           |
|     | - <u>Bericht Postulat Konrad</u> : Kostendeckungsgrad<br>Heime Kriens (Budget 2011)                                                                        | Nr. 213/11 | Seite 102 |

- Bericht Petition: Investitionsstopp und Einsparungen im Gemeindehaushalt Nr. 220/11 Seite 102
- Bericht Postulat Piazza: Weg aus der finanzpolitischen Sackgasse Nr. 241/11 Seite 102:
- Bericht Motion Portmann: Sparmassnahmen auch im Umweltbereich Nr. 207/11 Seite 102
  
- 10. Bericht Postulat Urfer: Einheitliche Handhabung der Ausweiskarte für Reisende mit einer Behinderung  
**aus zeitlichen Gründen abtraktandiert** Nr. 199/10
- 11. Interpellation B. Bienz: Nachhaltige Vermietung als Einnahmequelle  
*Beantwortung*  
**aus zeitlichen Gründen abtraktandiert** Nr. 248/11
- 12. Interpellation Tschümperlin: Steuerausfälle der Gemeinde Kriens  
*Beantwortung*  
**aus zeitlichen Gründen abtraktandiert** Nr. 252/11
- 13. Interpellation Tschümperlin: Steuersubstrat der Gemeinde Kriens  
*Beantwortung*  
**aus zeitlichen Gründen abtraktandiert** Nr. 253/11
- 14. Interpellation Tschümperlin: Steuersubstrat der juristischen Personen in Kriens  
*Beantwortung*  
**aus zeitlichen Gründen abtraktandiert** Nr. 255/11

## Neueingänge

- Nr. 251/11 Beantwortung Interpellation Camenisch: Unerlaubtes Parkieren auf dem Lindenplatz
- Nr. 252/11 Beantwortung Interpellation Tschümperlin: Steuerausfälle der Gemeinde Kriens
- Nr. 253/11 Beantwortung Interpellation Tschümperlin: Steuersubstrat der Gemeinde Kriens
- Nr. 255/11 Beantwortung Interpellation Tschümperlin: Steuersubstrat der juristischen Personen in Kriens
- Nr. 258/11 Bericht und Antrag: Reglement Betreuungsgutscheine für familienergänzende Kinderbetreuung im Vorschulalter (2. Lesung)

- Nr. 262/11 Bericht und Antrag: Änderung Reglement Entschädigung der Mitglieder des Einwohnerrats sowie der einwohnerrätlichen Kommissionen
- Nr. 263/11 Bericht und Antrag: Teilrevision Ortsplanung Areal Schlund
- Nr. 264/11 Bericht und Antrag: Leistungsvereinbarung zwischen der Gemeinde Kriens und dem Gemeinnützigen Frauenverein
- Nr. 265/11 Dringliche Interpellation Luthiger: Zukunft Schulhaus Gabeldingen  
*Eingang: 18.10.2011*

Johanna Dalla Bona begrüsst alle Anwesenden zur heutigen Sitzung. Von der Presse ist Luca Wolf erschienen. Für das Protokoll sind heute Vormittag Jennifer Schweizer, welche neu im Protokollteam ist, und Alexandra Graf sowie am Nachmittag Petra Burkhart und Andrea Sigrist zuständig.

Entschuldigt haben sich aus beruflichen Gründen Jennifer Maldonado und zufolge Ferien Thomas Lammer.

Die Pausen sind am Morgen von 10.15 Uhr bis 10.35 Uhr, am Mittag von 12.00 Uhr bis 13.30 Uhr und am Nachmittag von 16.00 Uhr bis 16.20 Uhr vorgesehen. Der Schluss der Sitzung ist auf 18.00 Uhr geplant, vorbehältlich des Abschlusses von Traktandum 9.

Zur Traktandenliste sind keine Änderungsanträge eingegangen, somit ist diese genehmigt. Die Vorsitzende wird sich bei den Traktanden 6 und 7 als Fraktionssprecherin zu Wort melden. Gemäss Geschäftsordnung hat während ihrer Voten der Vizepräsident Martin Heini die Sitzung zu führen.

## **1. Mitteilungen**

Johanna Dalla Bona nimmt Bezug auf die National- und Ständeratswahlen, welche vergangenes Wochenende stattfanden. Sie möchte die Gelegenheit nutzen, den Kandidierenden für ihr politisches Engagement zu danken und gratuliert Paul Winiker, Kathrin Graber und Daniel Piazza zu ihren ehrenvollen Resultaten.

Im Weiteren durfte die Vorsitzende Brahim Aakti zu seinem 30. Geburtstag am 25. Oktober gratulieren.

Leider muss der Einwohnerrat auch von einer traurigen Nachricht Kenntnis nehmen: Im Alter von 75 Jahren verstarb Josef Schnüriger. Er gestaltete als Liberaler fast ein Vierteljahrhundert die Kommunalpolitik mit. Von 1971 bis 1975 war er Mitglied des Einwohnerrats sowie Präsident der GPK, anschliessend Mitglied des Gemeinderates von 1975 bis 1995, erst als Vorsteher des Umwelt- und Sicherheitsdepartements und ab 1980 als Gemeindeammann. Nach seinem Rücktritt als Gemeinderat im Jahr 1995 war er vier Jahre im Grossrat des Kantons Luzern tätig und zudem auch Friedensrichter in Kriens. Die Vorsitzende bittet die Anwesenden, sich im Gedenken an Seppi Schnüriger zu erheben.

Nach kurzer Schweigepause weist die Vorsitzende darauf hin, dass die Neueingänge wie gewohnt schriftlich aufliegen. Im Weiteren wurde die Einladung zum traditionellen Jahresabschlussessen verteilt. Dieses findet am 15. Dezember 2011 im Schloss Schauensee statt, Anmeldeschluss ist Montag, 5. Dezember 2011.

Die Vorsitzende erteilt das Wort an Judith Luthiger zwecks Begründung der Dringlichkeit der **Interpellation: Zukunft Schulhaus Gabeldingen (Nr. 265/2011)**.

Judith Luthiger weist darauf hin, dass die Sanierungsmassnahmen im Schulhaus Gabeldingen Kosten generieren, welche weder im Budget noch in der Finanzplanung ausgewiesen sind. Da das weitere Vorgehen bezüglich des Schulhauses finanziell relevant ist, muss das Thema heute behandelt werden. Die Sprecherin bittet die Mitglieder des Einwohnerrats um deren Zustimmung zur Dringlichkeit.

Für Räto Camenisch handelt es sich bei der Zukunft des Schulhauses Gabeldingen um eine technische Angelegenheit, welche nun analysiert werden muss. Erst wenn entsprechende Ergebnisse vorliegen, ist dieses Geschäft bereit für den Einwohnerrat. Heute bringt eine Diskussion keine Ergebnisse. Die sofort nötige Umplatzierung der Klassen ist erfolgt, weshalb keine Dringlichkeit für diesen Vorstoss besteht.

Monika Marbacher sieht dies anders. Aufgrund der Aktualität des Themas "Schulhausschliessung Gabeldingen" infolge Baufälligkeit liegt die Dringlichkeit einer sofortigen Beantwortung der Fragen auf der Hand. Die BIK ist sehr dankbar, dass keine Personen zu Schaden gekommen sind und dankt den Verantwortlichen, insbesondere Markus Buholzer, Hans-Peter Iten und Stefan Buser für ihren grossartigen Einsatz. Nur darum wurde es möglich, dass die Kinder eine Woche verspätet, am 24. Oktober 2011 in den Schulhäusern Amlehn und Feldmühle Unterschlupf fanden. Ein Betreuungsangebot und ein Schülertransport wurden ebenfalls rasch organisiert. Die Ungewissheit um die Zukunft des Schulhauses wirft in der Bevölkerung grosse Fragen auf. Deshalb müssen Einwohnerrat, Bevölkerung und insbesondere Eltern heute über die Dauer der Abklärungen zum Schulhaus Gabeldingen informiert werden. Sie bittet den Einwohnerrat, der Dringlichkeit stattzugeben.

Helene Meyer-Jenni ist aufgrund der Aktualität des Themas bereit, die Interpellation zu beantworten, auch wenn dieses Geschäft keinen unmittelbaren Einfluss auf das Budget bzw. die Finanzplanung hat. Der Gemeinderat ist sich bewusst, dass ein hoher Informationsbedarf von Seiten der Bevölkerung besteht. Diesem möchte er gerne nachkommen, insbesondere da der Gemeindeammann ohnehin in den nächsten Tagen öffentlich informieren wird.

Auch Erich Tschümperlin möchte, dass die Dringlichkeit gewährt wird. Bald ist er selbst Direktbetroffener und er wurde bereits von verschiedenen Seiten auf die Zukunft des Schulhauses Gabeldingen angesprochen. Das Thema interessiert und beschäftigt die Krienserinnen und Krienser brennend. Ihm ist klar, dass heute nicht alle Fragen geklärt werden können, aber die Bevölkerung erwartet zumindest einige Antworten.

Toni Bründler stellt einen Ordnungsantrag, da erst Caroline Bolzern als neues Ratsmitglied vereidigt werden muss, bevor eine Abstimmung über die Dringlichkeit erfolgen kann.

Johanna Dalla Bona spricht sich kurz mit Guido Solari ab und erklärt anschliessend, dass ohne Opposition von Seiten des Einwohnerrates nun die Vereidigung von Caroline Bolzern erfolgt und erst danach über die Dringlichkeit abgestimmt wird.

## 2. Vereidigung Caroline Bolzern (GP60+)

Caroline Bolzern wird durch das Ablegen des Gelübdes offiziell im Einwohnerrat aufgenommen. Mit Applaus wird sie in den Reihen des Einwohnerrates Kriens als neues Mitglied willkommen geheissen.

Johanna Dalla Bona kommt auf die Behandlung der **Interpellation Luthiger: Zukunft Schulhaus Gabeldingen** zurück. Aufgrund von Problemen mit dem elektronischen Abstimmungssystem muss Caroline Bolzern mündlich erklären, wie sie abstimmen möchte.

### Abstimmung

Mit 17 : 13 Stimmen bei 1 Enthaltung wird der Dringlichkeit zugestimmt.

Aakti, Brahim	Dringlich
Bienz, Bruno	Dringlich
Bienz, Viktor	Dringlich
Bolzern, Caroline	Dringlich
Bründler, Anton	nicht Dringlich
Camenisch, Räto	nicht Dringlich
Erni, Roger	n.t.
Fluder, Hans	nicht Dringlich
Frey, Maurus	n.t.
Graber, Kathrin	Dringlich
Graf, Alfons	nicht Dringlich
Günter, Michael	nicht Dringlich
Hahn, Alex	nicht Dringlich
Heini, Martin	Dringlich
Heiz, Martin	nicht Dringlich
Kalt, Mirjam	Dringlich
Kaufmann-Wolf, Christine	Dringlich
Kiener, Beatrice	nicht Dringlich
Koch, Patrick	nicht Dringlich
Konrad, Simon	nicht Dringlich
Luthiger, Judith	Dringlich
Marbacher, Monika	Dringlich
Müller, Ursula	Dringlich
Nyfeler, Nicole	Dringlich
Otte, Michael	nicht Dringlich
Piazza, Daniel	Dringlich
Portmann, Peter	nicht Dringlich

Schwizer, Roland	Dringlich
Tanner, Beat	nicht Dringlich
Tschümperlin, Erich	Dringlich
Urfer, Mario	Dringlich
Wespi, Peter	Enthaltung
Wicki Roth, Verena	Dringlich

Die Vorsitzende informiert darüber, dass die Interpellation als Traktandum 7a (vor der politischen Gesamtplanung) behandelt wird.

### 3. Ersatzwahl Kommission Interkommunale Zusammenarbeit (KiZ) Umwelt- und Sicherheitskommission (USK)

#### Wahlergebnis KiZ

ausgeteilte Wahlzettel:	32
eingegangene Wahlzettel:	31
leere Wahlzettel:	1
ungültige Wahlzettel:	0
gültige Wahlzettel:	30
absolutes Mehr:	16

Stimmen erhielt und gewählt ist als Mitglied in der KiZ: **Caroline Bolzern mit 30 Stimmen**

#### Wahlergebnis USK

ausgeteilte Wahlzettel:	32
eingegangene Wahlzettel:	31
leere Wahlzettel:	0
ungültige Wahlzettel:	0
gültige Wahlzettel:	31
absolutes Mehr:	16

Stimmen erhielt und gewählt ist als Mitglied in der USK: **Caroline Bolzern mit 31 Stimmen**

Johanna Dalla Bona gratuliert der Gewählten und wünscht ihr viel Erfolg.

### 4. Protokoll Nr. 1 vom 1. September 2011

Johanna Dalla Bona stellt fest, dass keine Änderungsanträge eingegangen sind. Das Protokoll Nr. 1 wird somit genehmigt und der Protokollführerin Alexandra Graf verdankt.

## 5. Fragestunde

Martin Heiz erkundigt sich, warum die Krienser Resultate der Wahlen nicht bereits am Sonntag auf der gemeindeeigenen Homepage aufgeschaltet wurden.

Guido Solari gibt bekannt, dass die Ergebnisse der Ständeratswahlen inkl. Details aus Kriens am Abstimmungssonntag auf der Homepage des Kantons abrufbar waren. Beim Nationalrat konnte man hingegen lediglich das Gesamtergebnis einsehen. Auf der Krienser Homepage wurden die kommunalen Ergebnisse bewusst erst am Montagmorgen um 8 Uhr aufgeschaltet, damit nicht aufgrund von Teil-Ergebnissen verfrühte Wahlfeiern stattfinden.

Kathrin Graber hat dem Protokoll der Geschäftsleitung entnommen, dass die Jungbürgerfeier mangels Interesse abgesagt wurde. Sie erkundigt sich, was der Gemeinderat diesbezüglich zu tun gedenkt. Soll ein neues Konzept erarbeitet werden?

Helene Meyer-Jenni bestätigt, dass die Jungbürgerinnen- und Jungbürgerfeier leider kurzfristig abgesagt werden musste. In den letzten Jahren wurde der Anlass mehr oder weniger erfolgreich durchgeführt. Das damalige Konzept mit Abendessen und Rahmenprogramm wurde als nicht mehr zeitgemäss betrachtet und deshalb in Zusammenarbeit mit der Jugendanimation überarbeitet. Das neue, zeitgemässere Konzept sah eine Party ab 22.00 Uhr vor und der Veranstaltungsort sollte in den Südpol verlegt werden. Für dessen Durchführung war man jedoch auf mehr als 20 Anmeldungen angewiesen. Von den 310 angeschriebenen Jungbürgerinnen und Jungbürgern meldeten sich nur knapp 20 fristgerecht und noch ein paar "Nachzügler" an. Aufgrund der Erfahrungen der letzten Jahre musste zudem damit gerechnet werden, dass einige Personen trotz Anmeldung nicht erscheinen. Deshalb sah man sich gezwungen, die geplante Veranstaltung kurzfristig abzusagen. Es war leider nicht möglich, innerhalb von drei Tagen ein anderes Programm auf die Beine zu stellen. Die Jungbürgerinnen und Jungbürger, welche sich angemeldet haben, wurden entsprechend informiert. Der ganze Jahrgang wird nun im nächsten Jahr nochmals angeschrieben und kann dann an der Jungbürgerfeier teilnehmen. Ausserdem wird man eine Umfrage bei den 310 Eingeladenen vornehmen, warum sie nicht teilgenommen bzw. sich allenfalls angemeldet haben. Leider ist das Neue, was man gewagt hat, nicht geglückt. Die Sprecherin kann dem Einwohnerrat jedoch versichern, dass dem Gemeinderat die Jungbürgerinnen und Jungbürgern wichtig sind.

Judith Luthiger liegen keine Infos zum "Letter of Intent", welcher mit dem Sportklub Kriens vereinbart wurde, vor. Anlässlich der Baukommissionssitzung wurden nur vage Informationen erteilt. Sie möchte wissen, was ausgemacht wurde und wie der Stand ist.

Cyrill Wiget weist darauf hin, dass in der Presse bereits über den "Letter of Intent" informiert wurde. Dieser soll klären, wie das Projekt "Neues Stadion" in Angriff genommen wird. In diesem Papier wurden Bedingungen und Verbindlichkeiten festgelegt. Der Sportklub Kriens konnte den vereinbarten Zeitplan jedoch nicht einhalten. Aufgrund des unklaren Ligaerhalts steht der SCK zur Zeit unter enormem Druck. Der Gemeinderat hat deshalb seine Offenheit angezeigt, neue Absprachen zu treffen.

Alfons Graf hat Kenntnis davon, dass beim Schulhaus Feldmühle in letzter Zeit sehr viel Lärm durch Jugendliche entsteht. Er möchte wissen, ob dem Gemeinderat diese Problematik bekannt ist und was dagegen unternommen wird.



Helene Meyer-Jenni weiss, dass solche "Wellenbewegungen" von Jugendlichen auch bei anderen Schulhäusern zu beobachten sind. Vor allem am Abend kann dies zu Lärmbelästigungen und auch Verunreinigungen führen. Die Problematik ist nicht neu und dank der guten Hauswarte – gerade auch beim Schulhaus Feldmühle – unter Kontrolle. Wo nötig werden Massnahmen ergriffen und Gespräche geführt, beispielsweise mittels besserer Beleuchtung oder auch unter Einbezug der Securitas. Kompletzt eliminieren wird man dieses Problem wohl nicht können, was jedoch nicht heissen soll, das der Gemeinderat Verunreinigungen oder Belästigungen in irgend einer Art und Weise duldet. Cyrill Wiget hat die Sprecherin noch gebeten, zu erwähnen, dass die Mittel für Alpha Protect (Jugendarbeit) gekürzt wurden. Dies trifft übrigens auch bei der Jungbürgerfeier zu.

Christine Kaufmann-Wolf konnte der Zeitung entnehmen, dass die grossen Regenfälle im Löt-schenthal zu Hangrutschen geführt haben. Sie möchte wissen, ob das Ferienlagerhaus Kippel betroffen ist.

Helene Meyer-Jenni ist nicht bekannt, dass die Unwetter Auswirkungen auf die Ortschaft Kippel selbst oder das Ferienlagerhaus gehabt hätten. Gestützt auf gestern erfolgte Telefonate kann sie bestätigen, dass das Skilager wie gewohnt und ohne Probleme stattfinden kann.

Ursula Müller hat im Januar einen Vorstoss zur Motelstrasse eingereicht, mit welchem die Einführung von Tempo 30 sowie ein Lastwagenverbot verlangt werden. Sie erkundigt sich, wie diesbezüglich weiter vorgegangen wird bzw. wann die Anwohner informiert werden.

Gemäss Matthias Senn wurden nach der Überweisung des Vorstosses zwei Gutachten erarbeitet. Das Gutachten in Bezug auf ein allfälliges Lastwagenverbot hat gut abgeschnitten, hingegen zeigen sich bei der Einführung von Tempo 30 einige Bedenken. Nun liegt der Ball bei der Dienststelle Verkehr und Infrastruktur (vif), wobei der Gemeinderat betont hat, dass er bezüglich der Einführung von Tempo 30 eher anderer Ansicht ist, als das verkehrstechnische Gutachten. Der Gemeinderat hofft, im Januar 2012 den entsprechenden Bericht an den Einwohnerrat liefern zu können. Eine Information der Anwohner ist erst danach geplant.

Beat Tanner hat Kenntnis davon, dass im Rahmen der Sanierung des Feldmühleschulhauses auch der Spielplatz neu gemacht werden sollte. Bis jetzt ist allerdings lediglich ein neues "Rittiseili" aufgestellt worden. Die Spielplatzeinweihung durch den Kindergarten steht bevor und wenn dies die einzige Erneuerung sein soll, findet dass der Sprecher etwas lächerlich.

Cyrill Wiget erklärt, dass die Aussage, es sei nur ein "Rittiseili" montiert worden, nicht korrekt ist. Die Spielfelder, das Rasenvolleyfeld, das Gurtentrampolin, der Lichtbogen und die Streetballtore wurden erstellt. Es fehlen die Wippe, die Rutschbahn und die Boulderwand (Kletterwand), die aufgrund der Sanierung des Schulhauses noch nicht erstellt werden konnten.

Martin Heini konnte feststellen, dass die Ampeln an der Schachenstrasse, welche ausgestiegen waren und zwischenzeitlich nicht ersetzt wurden, nun doch wieder in Betrieb sind. Er möchte wissen, warum diese wieder in Betrieb genommen wurden.

Matthias Senn erklärt, dass am Anfang geplant war, die Ampeln zu reparieren. Dafür wurden passende alte Ersatzteile besorgt und eingebaut, welche jedoch nicht funktioniert haben. Deshalb stand man vor der Frage Demontage oder Neubestellung. Aufgrund der vielen Reaktionen von Lehrpersonen und Eltern, aber auch von Anwohnern, welche die Wiederinbetriebnahme forderten, hat der Gemeinderat eine sachliche Analyse vorgenommen und sich für neue Ampeln entschieden. Der Gemeinderat ist sich bewusst, dass dieser Entscheid Konsequenzen auf die Verkehrsführung hat. Das Baudepartement musste in der Zwischenzeit feststellen, dass seit der Neuanschaffung etwa gleich viele Rückmeldungen aus der Bevölkerung eingegangen sind, welche den Ersatz für unnötig empfinden.

## 6. Bericht: Versorgungskonzept Gesundheit und Alter Kriens

**Nr. 257/11**

Gleichzeitig werden folgende Vorstösse behandelt (im Bericht integriert):

**- Bericht Postulat Urfer: Bedarfsabklärung von betreuten Wohnformen im Alter**

**Nr. 057/09**

Johanna Dalla Bona begrüsst als Sachverständige den Leiter der Heime Kriens, Guido Hübscher, sowie den Leiter der Spitex Kriens, Hanspeter Inauen.

Bruno Bienz dankt namens der SGK allen Beteiligten für die grosse Arbeit. Mit zwei öffentlichen Echoräumen, an denen Vertreter und Vertreterinnen betroffener Institutionen die Bedürfnisse formulierten konnten sowie durch die Steuergruppe ist dieser Bericht breit abgestützt.

In der Gesundheits- und Alterspolitik kommt in Zukunft eine grosse Herausforderung auf die Gemeinde zu. Es gibt nach heutigem Wissenstand eine Verdoppelung der Menschen im Alter von 80+ in den nächsten 20 Jahren. Dem muss eine Antwort gegenübergestellt werden, wie diese Entwicklung in den nächsten Jahren zu möglichst tiefen Kosten mit hoher Effizienz – mit modernen und von den Menschen gewünschten Konzepten – bewältigt werden könnte. Dabei ist die Tatsache zu berücksichtigen, dass die personellen und finanziellen Ressourcen begrenzt sind und in Zukunft möglicherweise noch knapper werden. Das ganze wird sicher nicht billig, aber nichts tun kostet mehr.

Wichtig ist eine möglichst flexible Weiterentwicklung der Versorgung im Bereich Gesundheit und Alter in Kriens. Daher sollten fixe Strukturen verhindert werden. Vor Jahren wurde ein in Kriens lanciertes Projekt von betreuten Wohnen mangels Bedürfnis nicht umgesetzt, heute entspricht es einem Bedürfnis. Daher sollte ein möglichst flexibles Modell gewählt werden. Das Szenario 2 "konzentrische Kreise" entspricht diesem Ziel.

Die Alterspolitik geht künftig davon aus, dass der grösste Teil der Betagten und Hochbetagten ihr Leben selber gestalten und Hilfe erst in Anspruch nehmen will, wenn die Familienmitglieder oder die Nachbarschaftshilfe überfordert sind. Damit dies möglich ist, braucht es vermehrt hindernisfreie Wohnungen oder begleitete, betreute Wohnformen. Hier ist es sicher von grossem Vorteil, dass solche Wohnungen nicht von der Gemeinde erstellt werden müssen, sondern von Baugenossenschaften und anderen realisiert werden können.

Die Mehrheit der SGK findet die Stossrichtung mit Szenario 2 über weite Teile richtig. Die Sympathie für die Anlaufstelle war jedoch nicht bei allen Mitgliedern gleich gross. Von Durchlauferhitzer bis zu einem Muss reichte die Palette. Diese würde allenfalls neue Bedürfnisse wecken, so eine Begründung der Ablehnung. Der Sprecher möchte dazu einen Leitsatz aus dem Altersleitbild des Kantons Luzern zitieren: *Ältere Menschen haben in der Gemeinde oder in der Region Zugang zu einer professionellen Informations- und Koordinationsstelle, die Informationen über Dienstleistungen und Angebote für ältere Menschen koordiniert und vermittelt, einfache Beratungen anbietet und bei Bedarf Ratsuchende an geeignete Fachstellen weitervermittelt.* Bruno Bienz empfiehlt allen Einwohnerräten und Einwohnerrätinnen, bei Gelegenheit das Altersleitbild des Kantons Luzern zu studieren. Darin sind die Herausforderungen der Zukunft an Kanton, Gemeinde und Familien zum Thema Alter formuliert. In der SGK wurde auch die fehlende Priorisierung der Massnahmen hinterfragt. Diese will der Gemeinderat jedoch der zu schaffenden Anlaufstelle überlassen.

Das Szenario 2 "konzentrische Kreise" entspricht dem Ziel "ambulant vor stationär". Der Bund und die Kantone haben die Verantwortung für die Versorgung den Gemeinden übertragen. Dies bedeutet aber in den Krienser Heimen einen Paradigma-Wechsel; soll heissen Wechsel von der bisherigen Warteliste in den Heimen auf eine fachlich vorbereitete Prioritätenliste. Heimplätze werden an diejenigen Personen vergeben, welche einen hohen Handlungsbedarf aufweisen. Das bedeutet auch eine Mehrbelastung für das Pflegepersonal und muss mit Umsicht angegangen werden.

Zu erwähnen ist noch, dass die Age-Stiftung Fr. 25'000.00 für dieses Projekt gesprochen hat. Viele Gemeinden richten ihren Blick nach Kriens, wie hier das Versorgungskonzept umgesetzt wird. Auch die Beraterin spricht von einem gesamthaften Projekt, das über die Gemeinde hinweg ausstrahlt.

Die Mehrheit der SGK ist mit dem Fazit des Gemeinderates einverstanden und nimmt den Bericht mehrheitlich positiv zur Kenntnis.

Michael Otte bedankt sich namens der SVP-Fraktion für diesen detaillierten Bericht zur demografischen Entwicklung und den daraus abgeleiteten Massnahmen. Die SVP hält im Sinne einer bewusst kurz und knackig gehaltenen Zusammenfassung folgende zwei Punkte fest:

- Die strategische Stossrichtung stimmt. Das vorgeschlagene Verbundsystem aus Beratung, ambulanter und stationärer Pflege stellt ein probates Mittel zur Begegnung der in diesem Bereich identifizierten Herausforderungen dar.
- Bei der operativen Umsetzung stört sich die SVP an der Anlauf- und Koordinationsstelle. Deren Funktion wird nicht in Frage gestellt, wohl aber die Umsetzung mit neuen finanziellen Ressourcen. Die Geburt dieser Anlauf- und Koordinationsstelle muss auch in Anbetracht der prekären Finanzlage der Gemeinde über bestehende Ressourcen erfolgen. Die Gemeinde muss einfach lernen, mit bestehenden Ressourcen auszukommen bzw. der Sprecher geht sogar einen Schritt weiter und fordert die Gemeinde auf, sich diesbezüglich zu verbessern. Die bisherige Arroganz kann man sich nicht mehr leisten.

Kathrin Graber informiert darüber, dass die CVP/JCVP bei der Diskussion des vorliegenden Planungsberichts schnell die grosse Herausforderung, vor der Kriens steht, erkannt hat. In den nächsten 20 Jahren werden sich die über 80-jährigen in Kriens verdoppeln. Es müssten nochmals ein Grossfeld, ein Zunacher 1 und ein Zunacher 2 gebaut werden. Die Bedürfnisse

der älteren Menschen haben sich jedoch längst geändert. Ihr Wunsch ist es, möglichst lange zu Hause zu bleiben und nicht in ein Heim einzutreten. Auch das Umfeld im Kanton hat sich geändert. Gemäss Altersleitbild 2010 und Pflegeheimplanung des Kantons soll das stationäre Angebot auf den mittleren und hohen Pflegebedarf ausgerichtet sein, es gilt der Grundsatz "ambulant vor stationär" und betreute Wohnformen sollen angeboten werden. Ebenso steht fest, dass man - wenn auf dem bisherigen Weg weitermarschiert wird - mit rasant wachsenden Kosten, nämlich Fr. 30'000.00 für einen Pflegeplatz pro Jahr, rechnen muss.

Mit dem vorliegenden Planungsbericht präsentiert der Gemeinderat eine ambitionierte und mutige Lösung. Mutig, weil auf den Bau zusätzlicher Heime für das stationäre Angebot verzichtet werden soll. Ambitioniert, weil aufgrund des veränderten Umfelds ein Kultur-Wechsel bei der Altersbetreuung erfolgen soll. Diesen neuen Wind in der Altersbetreuung unterstützt die CVP/JCVP, insbesondere dass stationäre Plätze nur noch für Personen mit hohem Pflegebedarf, nämlich mit BESA 4 und höher, erhalten werden sollen. Mit der Folge, dass für anderen Personen andere geeignete Plätze geschaffen werden müssen, beispielsweise durch zusätzliche Plätze für hindernisfreies Wohnen im Eichhof, im Schweighof oder im Zentrum und im betreuten Wohnen im Zentrum von Kriens. Als Folge davon unterstützt die CVP/JCVP den Gemeinderat bei der Umsetzung seiner Zielsetzungen: Verstärkte Gesundheitsförderung und Prävention im Alter, Förderung der ambulanten Pflege und bei jedem Dienstleistungsangebot die Prüfung, ob eine vermehrte Zusammenarbeit in der Region möglich ist. Kern dieser Neuorganisation ist die Koordinations- und Anlaufstelle, die es für die Umsetzung der neuen Kultur unbedingt braucht. Eine professionelle Stelle soll das ganze System, die Informationen über Dienstleistungen und Angebote für ältere Menschen koordinieren, so dass für sie das passende Angebot gefunden wird. Es geht also nicht um ein "Versorgen" der älteren Mitmenschen, wie der Titel des Planungsberichts den Eindruck erwecken könnte. Sondern es geht darum, ihnen die bestpassende Unterstützung zukommen zu lassen, so dass sie möglichst spät oder überhaupt keine stationäre Hilfe beanspruchen müssen.

Mit diesem Bericht ist erst der Startschuss für den Systemwechsel gegeben und dieser schöne Planungsbericht darf nicht nur ein Papier bleiben. Rund 80 Krienserinnen und Krienser befinden sich auswärts in einem Heim und die Warteliste für Senioren, die einen Platz suchen, ist lang. Wichtig erscheint der CVP/JCVP daher, dass möglichst bald eine Priorisierung der Massnahmen erfolgt und aufgezeigt wird, welche Schritte dieses Planungsberichts mit welchen finanziellen Folgen umgesetzt werden. Zudem ist wichtig, dass dieser Bericht laufend mit aktuellen Zahlen angepasst wird, so dass auf die jeweiligen Trends reagiert werden kann.

Respekt hat die CVP/JCVP davor, wie dieser Kulturwechsel umgesetzt wird. Bei den Alterswohn- und Pflegegruppen, die man vor über 10 Jahren in Kriens einführen wollte, fanden sich zu wenige Senioren, die für einen solchen Platz bereit gewesen wären, weil sich die Meisten eine Alters-WG einfach nicht vorstellen konnten und weil das Ganze für die Betroffenen zu teuer wurde. Bei diesem Kulturwechsel kommt der Anlauf- und Koordinationsstelle eine sehr wichtige Aufgabe zu. Es müssen aber bestimmt noch weitere Massnahmen getroffen werden. Ebenso kommt der Freiwilligenarbeit (Unterstützung durch Angehörige, vor allem Frauen und die Tätigkeit des Seniorenrates) eine enorm grosse Bedeutung zu. Die CVP/JCVP erwartet, dass diese privaten Anstrengungen, wonach die älteren Mitmenschen möglichst spät stationäre Hilfe benötigen, von der Gemeinde im geeigneten Rahmen unterstützt werden.

Zusammenfassend unterstützt die CVP/JCVP die Zielrichtung des Planungsberichts. Sie erhofft sich durch die Umsetzung der Massnahmen eine Verbesserung der Lebensqualität der älteren Menschen in der Gemeinde Kriens, bei gleichzeitig tieferem Kostenaufwand der Betroffenen und langfristigen Kosteneinsparungen für die Gemeinde Kriens. In diesem Zusam-

menhang dankt die CVP/JCVP allen Beteiligten für diesen sehr umfassenden Bericht und die sorgfältige Erarbeitung des Vorschlags, wie die Leistungen im Bereich Alter und Pflege neu erbracht werden soll. Die CVP/JCVP-Fraktion ist gegenüber dem Bericht sehr wohlwollend eingestellt und nimmt ihn zur Kenntnis.

Martin Heini übernimmt als Vize-Präsident die Leitung der Sitzung, nachdem Johanna Dalla Bona das Votum namens der FDP-Fraktion halten wird.

Johanna Dalla Bona bemerkt, dass sich die Zahl der Personen über 80 laut statistischen Angaben in Kriens bis ins Jahre 2030 nahezu verdoppeln wird. Dementsprechend wird auch die Zahl jener Personen zunehmen, welche auf Betreuung und Pflege angewiesen sind. Es ist daher wichtig und richtig, dass Strategien aufgezeigt werden, mit welchen Massnahmen man den steigenden Bedarf decken und wie die Gesundheitsversorgung in Kriens sicherzustellen und zu organisieren ist. Im Namen ihrer Fraktion dankt die Sprecherin allen Beteiligten für ihre grosse Arbeit und ihr Engagement in dieser Sache. Der vorliegende Bericht ist sehr umfassend.

Die Grundhaltung des im Bereich festgehaltenen Versorgungskonzeptes unterstützt die FDP. Es muss ein erklärtes Ziel sein, dass alte, betreuungs- und pflegebedürftige Menschen möglichst lange in ihrer gewohnten Umgebung oder in einer hindernisfreien Alterswohnung bleiben können. Dies entspricht auch dem Grundsatz des Altersleidbildes wie auch der Pflegeheimplanung des Kantons Luzern "ambulant vor stationär", nämlich Pflegeheimplätze für Menschen mit hohem Pflege- und Betreuungsaufwand und betreutes Wohnen für Menschen mit einem geringeren Pflegebedarf. Wohnformen mit Unterstützung, sei es Wohnen zu Hause mit Spitex, betreutes Wohnen mit Dienstleistungen im Grundangebot oder Pflegewohnungen, mit Betreuung von auch stark Pflegebedürftigen in kleinen Gruppen, haben zudem den grossen Vorteil, dass auf Veränderungen schneller reagiert werden kann. Das sind gute und flexible Lösungen.

Im Bericht steht, dass das stationäre Angebot aufgrund der gesetzlichen Bestimmungen grundsätzlich durch die Gemeinde sicherzustellen sei und dass das Angebot des betreuten Wohnens durch die Gemeinde erfolge. Die FDP kann diese Aussage nicht unterstützen. Sie kann sich durchaus vorstellen, dass auch private Anbieter Angebote abdecken können, angesichts der doch düsteren Finanzlage in Kriens eine unbedingt prüfungswerte Option. Die Zielformulierung, dass alle Pflegeplätze für Grundversorgungen primär in Kriens sicher zu stellen sind, wäre sicherlich wünschenswert, doch verantwortbar ist durchaus auch ein Verhältnis 80:20. Im Altersleitbild des Kantons Luzern steht ausdrücklich, dass kein Anspruch auf einen stationären Pflegeplatz in der Wohngemeinde besteht, wenn das Angebot in der Region genügend gross ist. Aufgrund der düsteren Finanzlage stösst die Neueröffnung der Abteilung 2. OG Grossfeld bei der FDP auf Unverständnis. Zusatzangebote wie Tages- und Nachtplätze, Kurzzeitbetten und Angebote für Menschen mit einer schweren Form von Demenz werden regional abgedeckt. Es mag zwar sein, dass das regionale Angebot noch ungenügend ist, doch wieso sich Kriens ausgerechnet in einer finanziell äusserst schwierigen Zeit beim Regierungsrat um Bewilligungen solcher Pflegeplätze bemüht, ist schwer nachzuvollziehen. Sozialvorsteher Lother Sidler hat zwar aufgezeigt, dass der Ertrag der Einnahmen durch die Taxen höher ist als der Aufwand für die Betreuung und Pflege, also finanziell für die Gemeinde Kriens ein interessantes Angebot. Doch bei dieser Rechnung ist der Gemeindeanteil aufgrund der neuen Pflegefinanzierung nicht aufgelistet, und dies ist nicht ein kleiner Brocken. Für die FDP geht die Rechnung jedenfalls nicht auf.

Keine Sympathie kann die FDP zudem der Koordinations- und Anlaufstelle abgewinnen. Nicht nur, dass heute schon ein grosses Beratungsangebot vorhanden ist, eine neue Stelle ist eine Aufstockung des Verwaltungsapparates, ein neues Angebot, welches zusätzliche Bedürfnisse weckt. Die Betroffenen wie auch deren Angehörige sind fähig und in der Lage, sich Informationen selbständig zu beschaffen. Ebenfalls nicht unterstützen kann die FDP die Idee des Gesundheitsprofilverfahrens mit den präventiven Hausbesuchen. Auch dieses Angebot weckt Bedürfnisse, kann gewissen Druck ausüben und grenzt fast etwas an Bevormundung der alten Menschen.

Leider sind im Bericht kaum Aussagen zur Finanzierung und zur Machbarkeit gemacht worden. Es fehlen zudem Angaben zum Zeitplan oder zur Priorisierung der Massnahmen. Zudem basiert der Planungsbericht auf Annahmen und Hochrechnungen. Die FDP hat daher kein grosses Vertrauen in diese Grundlagen und nimmt den Bericht im Sinne der vorstehenden Ausführungen zur Kenntnis.

Martin Heini erteilt Brahim Aakti das Wort als Sprecher der SP und gibt gleichzeitig die Sitzungsleitung an Johanna Dalla Bona zurück.

Für Brahim Aakti ist der Planungsbericht "Versorgungskonzept Gesundheit und Alter Kriens" ein Jahrhundertwerk. Allen Beteiligten gebührt ein grosses Dankeschön für die grossartige Arbeit. Dem Bericht liegen zwei wichtige Realitäten zu Grunde:

1. Man muss davon ausgehen, dass sich die Zahl der 80+ Bevölkerung in den nächsten 20 Jahren verdoppelt.
2. Die Bedürfnisse der älteren Menschen haben sich verändert. Früher ging man, sobald man ein gewisses Alter erreicht hatte, einfach ins Altersheim, ob pflegebedürftig oder nicht. Heute möchten die Leute möglichst lange zu Hause bleiben und so selbständig wie möglich die eigene Normalität leben.

Mit dem vorliegenden Bericht ist jetzt die Grundstrategie geklärt, wie man mit diesen beiden Realitäten umgehen möchte. Die Leitgedanken des Gemeinderates sind dabei ein umfassendes Gesundheitsverständnis, Selbsthilfe vor Fremdhilfe, eine präventive Grundhaltung, Integration vor Separation, ein kosteneffizientes und wirksames Angebot sowie regionale Zusammenarbeit. Die SP begrüsst diese Ansätze. Sie ist der Meinung, die Stossrichtung ist richtig. Das Konzept sieht nicht einen Ausbau, sondern einen Abbau der stationären Pflegebetten vor. Das bedingt jedoch, dass man jetzt in die Zukunft investiert. Auch begrüsst die SP das Entwicklungsszenario "Konzentrische Kreise". Einerseits wird es den Leitideen des Konzepts am Besten gerecht und andererseits ist es auf lange Sicht die kostengünstigste Variante. Ein Schlüsselement des vorliegenden Konzepts ist die Anlauf- und Koordinationsstelle mit ihren vielschichtigen Aufgaben.

Das Versorgungskonzept Gesundheit und Alter Kriens ist ein wunderbares Stück, was aber noch fehlt, ist das Drehbuch. Welche Massnahme wird wann und von wem inszeniert. Es fehlt eine Priorisierung der Aufgaben, ein Terminplan. Wer übernimmt die Verantwortung für die weitere Planung? Wer führt die konzeptionelle Arbeit weiter, wenn der Bericht zur Kenntnis genommen wurde? In welcher Form findet die regionale Zusammenarbeit statt? Wie möchte sich Kriens einbringen, wenn es um die Schaffung von regionalen Spezialangeboten wie Plätze für Behinderte und Suchtkranke geht?

Die SP ist glücklich, was sie vor 10 Jahren mit dem Vorstoss von Markus Hadorn geklärt haben wollte, ist nun geklärt. Was es noch braucht, ist die Umsetzung!

Bruno Bienz stellt namens der Grünen fest, dass der langersehnte Bericht endlich da ist, leider fünf Jahre zu spät. Eines ist für die Grünen klar: Der Weg stimmt. Daher nehmen sie diesen Bericht positiv zur Kenntnis und danken dem Gemeinderat.

Nach diversen Workshops ist dem Gemeinderat und der Arbeitsgruppe relativ schnell der Weg aufgezeigt worden. Die Bedürfnisse wurden von engagierten Beteiligten eindeutig und klar aufgezeigt. Ein zentraler Punkt in diesem Planungsbericht ist für die Grünen die Koordinations- und Anlaufstelle. Mit dieser steht und fällt das ganze Projekt und das Entwicklungsszenario "Konzentrische Kreise" wird zur Makulatur. Es geht nicht darum, einfach eine Stelle neu zu generieren. Heute machen viele Vereine, Kirchen und Organisationen in diesen Bereichen einen tollen Job, grossenteils sogar auf freiwilliger Basis. Leider haben diese immer mehr Mühe, genügend Freiwillige zu rekrutieren. Es werden immer mehr dringend gebrauchte Leistungen mangels Personal abgebaut. Daher müssen diese Ressourcen an einer Stelle unterstützt und gebündelt werden. Zudem wird es für viele - nicht nur ältere Menschen - immer schwieriger, sich zu orientieren, wo was angeboten oder wo Hilfe und welche Hilfe geholt werden kann. Um beim Entwicklungsszenario "Konzentrische Kreise" zu bleiben: Wer entscheidet ohne diese Stelle wer in das Heim gehen kann, über betreutes Wohnen usw.? Sollen das die Heime machen? Dann ist man schnell wieder bei der jetzigen Anmelde-Liste ohne bedürfnisgerechten Hintergrund, denn das ist für die Gemeinde billiger. Man nimmt rüstige Menschen in den Heimen auf und die schwer Pflegebedürftigen schickt man nach auswärts.

Die Grünen erwarten vom Gemeinderat nicht eine Nice-to-have-Lösung, sondern eine möglichst effiziente, kostengünstige Lösung. Eine Kritik an den Gemeinderat haben die Grünen bei diesem Bericht. Es fehlt ein Finanzierungskonzept, was die ganze Sache politisch gefährden kann. Es ist sträflich, einen solchen Bericht ohne das Kapitel Finanzen abzugeben. Insbesondere bei der schwierigen Lage, in der sich Kriens zur Zeit befindet. Jetzt müssen Nägel mit Köpfen gemacht und die nächsten Schritte zügig angegangen werden. Mit diesem tollen Bericht hat man noch nichts erreicht. Es fehlt ein verbindlicher Zeitplan. Es ist natürlich auch so, dass das Ganze nicht gratis zu haben ist. Aber auch hier gilt: Nichts machen ist noch viel teurer.

Eines ist für die Grünen klar: Wenn dieses Projekt so wie es dasteht, auf die Schiene kommt, ist Kriens für die Überalterung der Bevölkerung gerüstet und das ganze würde zu einem Vorzeigeobjekt mit weiter Ausstrahlung. Die Grünen bleiben an diesem Thema dran und werden nötigenfalls dem Gemeinderat Druck machen.

Mario Urfer stellt einleitend fest, dass es ein ganzes Dorf braucht, um ein Kind zu erziehen - aber auch um alt zu werden. Das Gemeindewesen hat eine grosse Bedeutung auf das soziale Netzwerk. Leider verhalten sich Sozialpolitik und Finanzpolitik wie Wasser und Öl. Es darf dabei nur ein Bindemittel geben, den betroffenen Menschen. Es geht nicht nur um nackte Zahlen, sondern um Menschen, die in Kriens ihren Beitrag geleistet haben. Darf es sein, dass ein Bewohner aus Kriens, welcher 70 Jahre sein Obolus abgegeben hat und dann pflegebedürftig wird, nach Schöpfheim abgeschoben wird, nur weil dies für die Gemeinde Kriens billiger ist? Heute wird eine Weiche der zukünftigen Altersversorgung in Kriens gestellt. Die älteren und bedürftigen Menschen sollen in Kriens untergebracht und nicht auswärts "versorgt" werden.

Der Planungsbericht ist sehr umfassend und gibt präzise Auskunft zu der vom Sprecher eingereichten Interpellation Nr.058/09 "Entwicklung der demografischen Alterung in Kriens", wie auch das Versorgungskonzept der Zukunft zu seinem Postulat "Bedarfsabklärung von betreuten Wohnformen". Der Bericht zeigt die richtige Stossrichtung auf, es fehlt aber die Vorgehensweise. Aus dem Budget ist nicht ersichtlich, wie und wann die Koordinations- und Anlaufstelle finanziert wird. Deshalb stellt der Sprecher dem Gemeinderat die Frage, wann und wo die Beratungsstelle eröffnet werden soll.

Räto Camenisch liegt ein umfassender und guter Bericht vor, welcher notwendig war. Aufgrund der anstehenden Entwicklungen muss Kriens sich rüsten. Im Bericht wird angenommen, dass aufgrund der heute lebenden Personen eine Verdoppelung der Pflegefälle bis ins Jahr 2030 erfolgen wird. Dabei wird jedoch vergessen, dass auch im gesundheitlichen Bereich eine Entwicklung stattfindet. Man lebt länger und bleibt tendenziell länger gesund als früher, benötigt aber am Ende einen sehr hohen Pflegebedarf. Die Annahme, dass es gleich viele Pflegeplätze braucht wie heute ist somit zwar richtig, aber diese werden viel intensivere Betreuung und somit auch mehr Pflegepersonal zur Folge haben.

Die Anlauf- und Koordinationsstelle, welche an und für sich eine gute Idee ist, soll Kosten von Fr. 200'000.00 generieren, obwohl der entsprechend Grundapparat eigentlich heute schon besteht, einfach in verzetzelter Form. Anstelle das man die bestehenden Strukturen zusammenfasst, bauscht man nun einen neuen Apparat auf. Das ist nicht richtig, man muss mit den bestehenden Ressourcen planen. Auch das wird nicht ganz kostenneutral erfolgen, die geschilderte Ausweitung ist aber sicher nicht nötig.

Judith Luthiger kann vieles, was Räto Camenisch vorher gesagt hat, unterstützen. Bei der geplanten Anlauf- und Koordinationsstelle ist sie jedoch anderer Meinung. Es soll sicher kein neuer Verwaltungsapparat mit wahnsinnig viel Personal entstehen, sondern die heute auf drei bis vier Stellen verzettelten Tätigkeiten sollen zusammengefasst werden an einer zentralen Stelle, welche alles koordiniert. Sie kann sich nicht vorstellen, dass die Ängste aus dem rechten Lager bezüglich der Schaffung eines riesigen Verwaltungsapparats berechtigt sind und bittet den Gemeinderat um Klärung.

Monika Marbacher kann nicht ganz nachvollziehen, wieso man gegen die geplante Anlauf- und Koordinationsstelle sein kann. Heute müssen sich die Betroffenen an verschiedene Stellen wenden und überall werden entsprechende Meldungen entgegengenommen. Neu soll es nur noch eine Anlaufstelle geben. Tatsächlich ist die Finanzierung dieser Anlaufstelle eine offene Frage, da das Angebot grundsätzlich bereits heute besteht. Auch sie stellt sich deshalb die Frage, ob als Folge der neuen Anlaufstelle nicht bei den bisherigen Stellen entsprechende Einsparungen möglich sind.

Lothar Sidler bedankt sich für die positiven Rückmeldungen und wird diese gerne weiterleiten. Grundsätzlich kann man feststellen, dass alle Parteien das im Planungsbericht vorgeschlagene Vorgehen unterstützen. Somit kann der eingeschlagene Weg weiterverfolgt werden. Zu den einzelnen Kritikpunkten wird er später noch Stellung beziehen, und stellt nun anhand einer Powerpoint-Präsentation das Versorgungskonzept Gesundheit und Alter Kriens bezogen auf den qualitativen Aspekt näher vor.



Ausgangslage sind die gesetzliche Aufgaben im Gesundheitswesen. Darunter fallen Prävention und Gesundheitsförderung, die Beratung und Betreuung sowie Vermittlung an Institutionen der Behindertenhilfe und der Hilfe für Seniorinnen und Senioren sowie Suchtkrankenhilfe und ein angemessenes ambulantes und stationäres Angebot für Unterkunft, Betreuung und Pflege von Betagten und pflegebedürftigen Menschen, angemessene Krankenpflege und Hilfe zu Hause sowie der Mahlzeitendienst.

Eine weitere Grundlage bildet das Altersleitbild Luzern 2010, gemäss welchem für die Betreuung, Pflege und medizinische Versorgung die Grundsätze "ambulant vor stationär" und "die Dienstleistungen müssen bedarfsgerecht sein" gelten. Bei der stationären Langzeitpflege muss das Angebot in der Region genügend gross sein; es besteht kein Anspruch auf einen Pflegeplatz in der Wohngemeinde und das stationäre Angebot ist auf den mittleren und hohen Pflegebedarf (d.h. BESA 5 – 12) auszurichten.

Die Pflegeheimplanung 2010 gibt zudem vor, dass der Grundsatz "ambulant vor stationär" umzusetzen ist und definiert als Zielgrösse für die stationäre Pflege eine Abdeckungsrate von 253.9 Pflegeplätzen pro 1000 Einwohner 80+. Im Weiteren soll mittels Ersatzangeboten eine Reduktion des Bedarfs an stationären Pflegeplätzen erreicht werden, dies durch Massnahmen, die das Pflegebedürfnisrisiko senken (Förderung und Prävention) und alle Massnahmen, welche die Möglichkeit der ambulanten Pflege fördern (Mittagstische, Mahlzeitendienste, Spitex-Dienstleistungen, Entlastung pflegender Angehöriger, Tages- und Nachtstrukturen).

Gestützt auf das Altersleitbild Luzern 2010 umfassen die Ersatzangebote (präventive Angebote) die Freiwilligenarbeit, Seniorenselbsthilfe und Förderung und Unterstützung der Eigeninitiative, die Einführung des Gesundheits-Profil-Verfahrens und das Angebot einer Sozialberatung in den Bereichen Finanzen, Wohnen, Gesundheit, Recht und Lebensgestaltung. Im ambulanten Bereich gehören zum Angebot nichtmedizinische Dienstleistungen wie Mahlzeitendienst, Mittagstisch, Notrufsystem etc., bedarfsgerechte Spitexdienstleistungen (inkl. 24-Stunden-Spitex), Case Management (Koordination bei komplexen Fällen), Palliative Care (Umfassende Behandlung und Betreuung von Menschen mit unheilbaren, lebensbedrohlichen oder chronisch fortschreitenden Krankheiten). Unter die semi-stationären Angebote fallen Notfallbetten für Pflegenotfälle, Tages- und Nachtplätze, Ferien- und Kurzzeitbetten zur Entlastung pflegender Angehöriger und betreutes Wohnen. Stationäre Angebote sind Pflegewohngruppen statt Heime und Demenzwohngruppen und -abteilungen.

Das Altersleitbild definiert als Grundsätze für die Organisation der Gesundheitsversorgung folgendes: Zusammenarbeit und gegenseitiger Austausch institutionalisieren, Angebot der Versorgungskette aufeinander abstimmen, Schnittstellen verbindlich regeln, weitergehende Formen der Kooperation wie Verbundlösungen oder Fusion von Institutionen der stationären und ambulanten Pflege prüfen, einzige Vermittlungsstelle für Spitex, Heime und betreutes Wohnen einrichten.

Bezüglich Finanzierungsmodell bestehen gemäss Pflegefinanzierungsgesetz drei Kostenträger bei Langzeitpflege: Die betroffene Person (Selbstbehalt, gesetzlich fixiert), der Krankenversicherer (Beitrag, gesetzlich fixiert) und die Gemeinde (Restkosten (Gesamtkosten abzüglich Selbstbehalt und Beitrag), masslich nicht fixiert). Die Kostenpflicht der Gemeinde besteht auch bei stationärem Aufenthalt auswärts, allenfalls zum (höheren) Tarif der auswärtigen Gemeinde, falls in Kriens kein entsprechendes Angebot besteht.

Eine Lösung für die gestellten Aufgaben bietet das Konzept "Konzentrische Kreise". Dieses umfasst folgende Bereiche:

- **Präventive Angebote**  
Kordinations- und Anlaufstelle, Gesundheits-Profil-Verfahren, Sozialberatung Pro Senec-

tute (wird im Bericht nicht erwähnt), Freiwilligenagentur, Seniorenrat, Hindernisfreies Wohnen (Beratung bei Planung Neubau und Umbau; ermöglicht das Wohnen zu Hause).

- **Ambulante Angebote**

Spitex (24-Stunden-Spitex) inklusive Case Management und Palliative Care (was heute noch nicht angeboten wird), Mahlzeitendienst, Vermietung und Verkauf von Krankenmobilen und Hilfsmitteln.

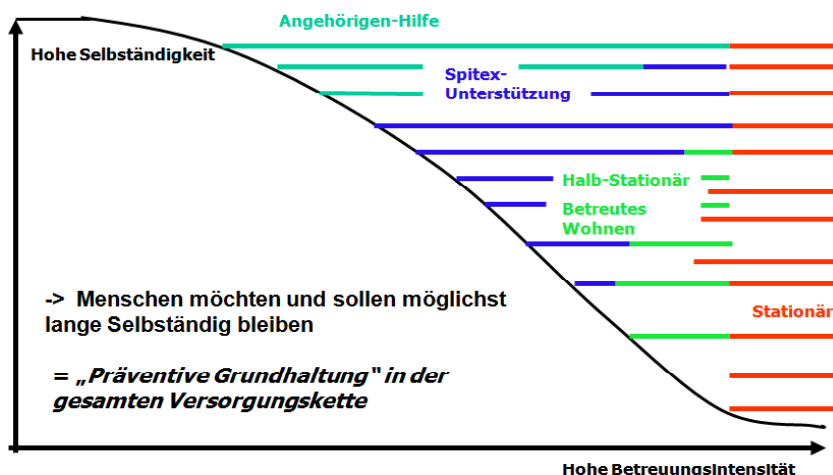
- **Semi-stationäre Angebote**

Betreutes Wohnen (Wohnen mit Betreuung, Pflege bei Bedarf durch Spitex), Kurzzeit-, Tages und Nachtplätze (zur Entlastung pflegender Angehöriger).

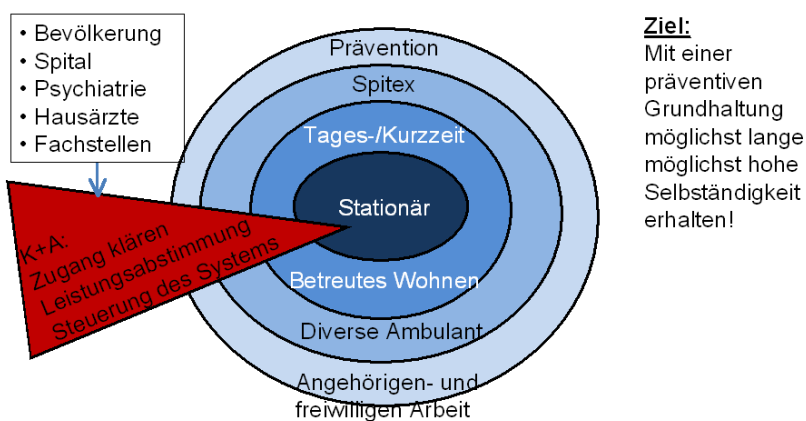
- **Stationäre Angebote**

in den Heimen Kriens (mit mindestens 254 Plätzen) und in Pflegewohngruppen (Restanz Bedarf).

Dreh und Angelpunkt dieses Konzepts ist die Koordinations- und Anlaufstelle. Diese hat strategische Aufgaben (Koordinationsstelle für Organisation, Koordination und Weiterentwicklung der Dienstleistungsangebote) und operative Aufgaben (Anlaufstelle für den Bezug der Dienstleistungen, Triage, Freiwilligenagentur). Das System kann grafisch wie folgt dargestellt werden:



Oder anders dargestellt mit der gleichen präventiven Grundhaltung:



Nach der Behandlung der qualitativen Aspekte möchte der Sprecher nun noch kurz auf die quantitativen Aspekte zu sprechen kommen. Die Ausgangslage bei den stationären Pflegeplätzen zeigt, dass per 2010 ein Bedarf von 304 Pflegeplätzen, davon 115 mit BESA 0 – 3 und 189 mit BESA 4 – 12 besteht. Dies entspricht einer Abdeckungsrate von 249.6. Die Abdeckungsrate, welche heute auch kritisiert wurde, ist eine eidgenössisch anerkannte Berechnungsmodus. Das Angebot 2010 umfasst total 254 Pflegeplätze in den Heimen Kriens, was einer Abdeckungsrate von 208.5 entspricht. Dazu einige Grafiken:

<b>demografische Entwicklung</b>	<b>2010</b>	<b>2020</b>	<b>2030</b>
Bevölkerung 65+	4'958	6'120	7'737
Bevölkerung 80+	1'218	1'880	2'397
Bedarf Pflegeplätze	304	469	598

Die Bevölkerung 80+ ist die Referenzgrösse für die Berechnungen des Bedarfs an stationären Pflegeplätzen (Abdeckungsrate). Die Bevölkerung 80+ und damit auch der Bedarf an Pflegeplätzen wird sich innert 20 Jahren verdoppeln.

<b>Bedarfsberechnung</b>	<b>2010</b>	<b>2020</b>	<b>2030</b>
Bevölkerung 80+ in Kriens	1'218	1'880	2'397
Bedarf an Pflegeplätzen bei Abdeckungsrate 249.6	304	469	598
davon BESA 0 - 3	115	178	226
davon BESA 4 - 12	189	291	372

BESA 0 – 4: geringer Pflegeaufwand (0 – 80 Minuten)

BESA 5 – 12: mittlerer bis grosser Pflegeaufwand (ab 80 Minuten)

<b>Angebotsberechnung</b>	<b>2020</b>	<b>2030</b>
Total Bedarf	469	598
Reduktion Pflegeplätze durch Ersatzangebote (substituierende Angebote); 10% des Bedarfs	47	60
Angebot betreute Wohnformen (BESA 0 – 3)	160	204
Angebot stationär Heime (BESA 4 – 12)	254	254
zusätzliche Angebote stationär (BESA 4 – 12; in Pflegewohngruppen)	8	80
Total Angebot	469	598
Zusatz: Kurzzeit-, Tages- und Nachtplätze	4 / 12	6 / 16

Abdeckungsrate stationär 2020 / 2030: 139.4

Abdeckungsrate inkl. semi-stationär 2020 / 2030: 224.4

Die vorstehende Tabelle zeigt, dass die Abdeckungsrate deutlich unter jener liegt, die der Regierungsrat vorgibt. Kriens ist aber nicht die einzige Gemeinde, die dies so handhabt.

Nun möchte Lothar Sidler noch auf die einzelnen Voten aus dem Rat eingehen. Die fehlende Priorisierung bzw. der fehlende Zeitplan wurden von diversen Seiten angesprochen. Nach Ansicht des Gemeinderates muss als erstes die Koordinations- und Anlaufstelle geschaffen wer-

den und diese kann die weiteren operativen Aufgaben übernehmen, da sie schlussendlich auch zuständig sein wird. Das heute vorliegende Papier ist rein strategisch.

Bezüglich der präsentierten Kosten für die Koordinations- und Anlaufstelle ist zu erwähnen, dass diese aufgrund von Erfahrungswerten berechnet wurden. Die Gemeinde Rapperswil-Jona führt beispielsweise bereits eine solche Stelle. Es ist aber nicht die Idee des Gemeinderates, dass die Kosten genau so umgesetzt werden müssen, sondern man wird selbstverständlich versuchen, die neue Koordinations- und Anlaufstelle möglichst kostengünstig zu realisieren. Natürlich wird man dabei bereits Bestehendes integrieren, so dass eine kosteneinsparende Zusammenführung erfolgt.

Selbstverständlich wird der Gemeinderat auch laufend die Planung den aktuellen Gegebenheiten anpassen und das Zahlenmaterial entsprechend überarbeiten. Mit dem geplanten Systemwechsel wird man nun an die Öffentlichkeit gehen. Bereits wurde im Kriens Info ein erster Schritt dazu unternommen. Es ist wichtig aufzuzeigen, dass kein Abbau erfolgt, sondern dass eine bedarfsgerechte Leistungsoptimierung vorgenommen werden soll.

Von Seiten der FDP wurde kritisiert, dass die Gemeinde für den semi-stationären Bereich verantwortlich sein soll. Wenn man das ganze System aber genauer betrachtet, kommt die Gemeinde gar nicht darum herum, denn sie ist gesetzlich verpflichtet die Kosten zu tragen und muss deshalb entsprechend steuern und optimieren können. Ohne dieses Steuerungselement ist man nicht in der Lage, ein optimales Gesamtangebot anzubieten. Auch aufgrund des Pflegefinanzierungsgesetzes zeichnet sich deshalb die Tendenz ab, dass man die Federführung behalten will. Gerade bei privaten Anbietern besteht die Gefahr, dass der Profit im Vordergrund steht und beispielsweise Personen aufgenommen werden, die am schnellsten Zusagen und nicht solche von Kriens. Für Personen, die ohne Pflegeaufwand nach Kriens gezogen sind, müsste die Gemeinde bei deren späterer Pflegebedürftigkeit bezahlen. Das könnte zu einer Kosteneskalation führen. Das hat aber nichts mit der Frage zu tun, wer letztendlich das Angebot stellt. Entsprechende Formen werden zur Zeit geprüft und ein Alleingang ist nicht zwingend. Wichtig ist, dass die Gemeinde die Koordination übernimmt und festlegt, wer wohin kommt.

Es wurde richtig festgestellt, dass der Regierungsrat bei der stationären Langzeitpflege fordert, dass das Angebot nicht primär in Kriens, sondern in der Region genügend gross sein muss. Insbesondere auch unter dem Aspekt, dass die Betroffenen ihre Angehörigen und ihr Beziehungsumfeld in Kriens haben, ist es jedoch wichtig, ein Angebot in Kriens zu haben. Die Kritik bezüglich dem 2. Obergeschoss Grossfeld kann der Sprecher nicht nachvollziehen. Es entsteht ein positiver Abschluss zugunsten der Heime. Der Vorwurf, dass die Restfinanzierung vom Gemeinderat nicht berücksichtigt wird, stimmt so nicht. Auch für Personen, welche in einem auswärtigen Heim untergebracht werden besteht eine Kostenpflicht und auch bei WSH-Bezügern bleibt die Ursprungsgemeinde kostenpflichtig. Somit spielt es keine Rolle, wo die Betroffenen eintreten.

Das es die Anlauf- und Koordinationsstelle braucht, konnte der Gemeinderat heute aufzeigen. Es wird dadurch sicher kein Verwaltungsapparat aufgebaut, wie dies die SVP befürchtet, im Gegenteil, diese Stelle sollte sogar Kosteneinsparungen bringen, wenn erst die verschiedenen bestehenden Schnittstellen aufgelöst werden können. Die Kosten bezüglich des Personals wird der Gemeinderat im Auge behalten. Die Koordinations- und Anlaufstelle wird ca. 220 Stellenprozent brauchen, wie und mit wem diese bestückt werden, wird die Projektgruppe klären.

Es ist Ansichtssache, was man vom präventiven Grundsatz halten will. Lothar Sidler selbst ist der Meinung, dass damit Kosten reduziert werden und die Eigenständigkeit der Betroffenen erhalten wird. Dieser Grundsatz wird auch in anderen Bereichen angewandt, z.B. in der Schule, wenn einem gezeigt wird, wie man seine Zähne richtig putzen muss. Selbstverständlich

kosten solche Präventivmassnahmen etwas, aber diese haben auf lange Sicht gesehen einen positiven Effekt.

Von Seiten des Einwohnerrates wurde der fehlende regionale Ansatz kritisiert. Der Gemeinderat wird diesen selbstverständlich einbeziehen und Kriens wird in gewissen Bereichen gar nicht anders können, als zusammenzuarbeiten. Bereits heute erfolgen Absprachen, z.B. bezüglich freierwerdender Heime in der Stadt Luzern, dieser Austausch wird auch weiterhin erfolgen. Im weiteren wurde das fehlende Finanzierungskonzept angesprochen. Bei den Beilagen zum Bericht wird dieses mit entsprechendem Zahlenmaterial aufgezeigt. Dass darin aber noch Unsicherheiten bestehen, gibt der Sprecher zu. Bezüglich der Infrastruktur gibt es noch kein Finanzierungskonzept, da dort noch offene Fragen geklärt werden muss.

Lothar Sidler dankt nochmals für positive Rückmeldungen, welche den Gemeinderat freuen und ihn als Sozialvorsteher dahingehend beruhigen, auf dem richtigen Weg zu sein.

Beat Tanner erachtet die Konzeptabklärungen für gut. Er ist aber der Meinung, dass Kriens nicht jedes Angebot anbieten soll. Erhöht man das Angebot, erhöht man automatisch auch die Nachfrage. Spezielle Angebote wie zum Beispiel Palliative Care sollen regional gelöst werden. Das Betagtenzentrum Eichhof in Luzern hat in diesem Bereich bereits ein Angebot, welches im Moment nur zu 66% ausgelastet ist. Weiter empfindet es der Sprecher als stossend, wenn eine solche Vielzahl Betagte mit BESA 0 bis 3 im Pflegeheim sind und somit solchen Personen, welche stark Pflegebedürftig sind, den Platz wegnehmen. Offenbar ist der Preis (Taxen) in der BESA Stufe 0 bis 3 zu tief, sonst wäre es nicht so attraktiv mit BESA 0 im Pflegeheim zu sein.

Die Koordinations- und Anlaufstelle soll mindestens kostenneutral für die Rechnung der Gemeinde Kriens, mit den bestehenden Ressourcen erfolgen.

Ausserdem kann festgestellt werden, dass die Pflegevollkosten pro BESA in Kriens viel höher sind, als in der Agglomeration. Offenbar wird in Kriens zu teuer produziert. Aus reiner Kostensicht kommt es günstiger, Betagte in Nachbargemeinden wie Horw oder Emmen zu pflegen. Kriens hat Handlungsbedarf.

Monika Marbacher findet es nicht richtig, wenn die Priorisierung durch die Anlauf- und Koordinationsstelle erfolgt. Diese Aufgabe muss durch eine politische Stelle vorgenommen werden. Da der Planungsbericht mehr als die nächsten 20 Jahre umfasst, sollte man sich auch übergeordnete Gedanken machen, beispielsweise bezüglich der Überalterung, der medizinischen Versorgung und auch zum Thema Sterbehilfe.

Simon Konrad hat grosse Zweifel, ob unter dem Kostengesichtspunkt diese Angebote wirklich in Kriens erfolgen sollen. Im Vorfeld der FGK-Sitzung hat er versucht, das entsprechenden Zahlenmaterial aus den umliegenden Gemeinden zu beschaffen. Diese sind jedoch bis heute nicht bei ihm eingetroffen. Die Zahlen von Kriens hat er von Lothar Sidler wie gewünscht erhalten. Gestützt auf die dem Sprecher vorliegenden Informationen ist Kriens bei der BESA-Stufe 9 gegenüber Luzern mindestens gleich teuer, in tieferen Stufen sogar teurer. Deshalb stellt sich schon die Frage, ob eine Auswärtsplatzierung nicht Sinn macht.

Zum 2. Obergeschoss des Grossfelds ist festzustellen, dass ein Aufwand von 1,4 Mio. Franken und ein Ertrag von 1,6 Mio. Franken budgetiert sind. Darin sind aber die Zinsen und Abschreibungen nicht enthalten. Wenn dann noch Pflegekosten hinzukommen, welche die Gemeinde trägt, hört für ihn die positive Rechnung auf.

Michael Otte stellt fest, dass die Gemeinde endlich lernen muss, mit den bestehenden Ressourcen besser zu wirtschaften und kein Giesskannenkonzept betreiben darf. Alles andere ist ein fatales Signal an die Bevölkerung. Konkrete Massnahmen für die betriebswirtschaftlichen Auswirkungen in den Heimen fehlen im Konzept gänzlich. Auch könnte der Deckungsgrad besser sein. Mit der Anlauf- und Koordinationsstelle sollen nun wieder neue Stellen geschaffen werden, dies benötigt jedoch wertvolle Zeit und Ressourcen, anstelle das sinnvolle Massnahmen eingeleitet werden.

Bruno Bienz ist anderer Meinung als Monika Marbacher. Es braucht keine politische, sondern eine fachliche Priorisierung. Sonst steht wieder nur der Kostenfaktor im Vordergrund und nicht die Sache selbst. Auch er ist der Meinung, dass sich bezüglich der BESA-Stufe die falschen Leute in den Heimen Kriens befinden, aber wenn man Personen mit höheren Pflegestufen aufnehmen will, braucht man auch das entsprechende Personal, mit entsprechender fachlicher Ausbildung.

Judith Luthiger findet es schade, wenn man nur noch die Finanzbrille auf der Nase hat und die betroffenen Menschen dabei vergisst. Beat Tanner hat gesagt, dass man den Bereich Palliativ Care regional lösen könnte. Auch die Sprecherin ist der Ansicht, dass es bei besserer Zusammenarbeit bessere Lösungen gibt, auch geschickte Fusionsverhandlungen wären deshalb für bessere Lösungen vorteilhaft. Im Weiteren wurde erwähnt, dass ältere Menschen in andere Gemeinden abgeschoben werden sollen aus Kostengründen. Finanztechnisch ist diese Aussage vielleicht noch nachvollziehbar, aber kann dies wirklich der richtige Weg sein, nur aus Kostengründen? Nein, denn man muss auch an die betroffenen Menschen denken. Das sich in den Krienser Heimen so viele Personen mit tiefer BESA-Stufe befinden ist ein finanztechnisches Konstrukt, das vom Einwohnerrat vor Jahren beschlossen wurde, damit man weniger Fachpersonal benötigt und mehr Gewinn erwirtschaften kann. Es ist wichtig, heute die Finanzbrille abzulegen und die Verantwortung zu erkennen, die man gegenüber den Betroffenen hat. Die Probleme müssen jetzt angegangen und gelöst werden. ^

Erich Tschümperlin fällt auf, dass es hier nur noch um das Thema Finanzen, Finanzen und nochmals Finanzen geht. Die Bürger, welche in Kriens seit 30-40 Jahren Steuern zahlen, sollen mit Respekt behandelt werden. Man sollte diesen Personen in Kriens mehr anbieten und nicht ins Entlebuch abschieben, weil die Angebote in Kriens fehlen und aufhören, ältere Menschen, in finanzieller Sicht, als lästig zu betiteln.

Zum Votum von Beat Tanner entgegnet Lothar Sidler, dass man verpflichtet ist, ein entsprechendes Angebot zu Verfügung zu stellen. Wer das Angebot organisiert und wer es zur Verfügung stellt, sind zwei verschiedene Sachen. Es gehört einfach zur Grundausstattung. Im ambulanten Bereich gäbe es dies auch, kann jedoch noch nicht zur Verfügung gestellt werden. Auch die Spitex Kriens versucht ein entsprechendes Angebot auf privater Basis anzubieten.

Zu Judith Luthiger meint der Sprecher, dass es für Personen mit wenig Pflegebedarf strukturell problematisch ist. Das Grossfeld wurde als Alters- und Pflegeheim konzipiert und nicht als Pflegeheim. Das Altersheim ist für Leute, welche noch nicht pflegebedürftig sind. In gewissen Zimmern ist auch gar keine Pflege möglich, da diese viel zu klein sind. Aus finanztechnischen Gründen sieht es so aus, dass man nicht viele BESA-Punkte reinnehmen kann. Je mehr BESA-Punkte es hat, desto besseres Personal wird benötigt. Der bestehende Personalbedarf muss konstant gehalten werden, damit das Ergebnis gleich bleibt wie budgetiert.

Im Pflegekostenvergleich sieht es momentan so aus, dass die Restfinanzierung in Kriens höher ist als zum Beispiel in Entlebuch. Jedoch kann man momentan kein Vergleich ziehen, da das Benchmarking fehlt. Dann stellt sich auf noch die Frage, ob die Zahlen dann noch richtig sind. Die ganzen Pflegekosten werden sich nach oben korrigieren, auch auf dem Land. Die Pflegekosten sind nur für die Pflege selbst zuständig. Der Überschuss müsse für die Refinanzierung reichen. Ein Rückschuss werde in die laufende Rechnung verbucht und nicht auf das Konto der Refinanzierung.

Gemäss Lothar Sidler besteht das Angebot zur Sterbehilfe in Kriens nicht und dies werde auch nicht zugelassen. Jedoch wird die Sterbebegleitung angeboten. Personen, welche den Wunsch haben zu sterben, werden auch begleitet. Den Einwohner müssen alle Angebote zur Verfügung gestellt werden.

Auf die Bemerkung, dass die Abschreibungen im Bericht nicht enthalten sind, entgegnet Lothar Sidler, dass die Abschreibungen nicht fehlen. Diese werden bei den Investitionen berücksichtigt. Bestehende Räumlichkeiten werden wieder benutzt. Sie werden aufgefrischt und so wieder hergestellt, dass die entsprechende Pflege angeboten werden kann. Wenn man etwas rausholen will, müssen Investitionen gemacht werden. In das Personal muss vielfach investiert werden und das Resultat ist absehbar besser, als wenn nichts unternommen wird. Ob man zu teuer produziert, wird sich noch herausstellen.

*Pause von 10.25 – 10.45 Uhr*

### **Detailberatung**

Es werden keine Wortmeldungen und auch kein Rückkommen verlangt.

Nachdem der Gegenstand des Postulates Urfer im Kompetenzbereich des Gemeinderates liegt, gilt es mit diesem Bericht als erledigt.

## **7. Bericht: Machbarkeitsstudie Grossfeld**

**Nr. 261/11**

Gleichzeitig werden folgende Vorstösse behandelt (im Bericht integriert):

- **Bericht Postulat Dalla Bona: Umbau des Alters- und Pflegeheims Grossfeld in Alterswohnungen** **Nr. 019/08**
- **Bericht Petition: Planung eines neuen Pflegeheimes** **Nr. 079/09**

Johanna Dalla Bona begrüsst neben Hanspeter Inauen und Guido Hübscher, welche bereits beim Traktandum sechs als Sachverständige anwesend waren, weiter Markus Hüsler, Bauökonom und Verfasser der Machbarkeitsstudie sowie Sandra Reumund für den pflegetechnischen Bereich als Sachverständige.

Gemäss Bruno Bienz im Namen der SGK-Fraktion, ist klar, dass das Grossfeld dringend sanierungsbedürftig ist. Im Vorfeld stand immer die Frage im Raum, sanieren oder Neubau? Aufgrund des Berichts und den Ausführungen von Sandra Reumund, war für die meisten Mitglie-

der klar, dass ein Neubau mehr Sinn macht, obwohl das jetzige Gebäude seinen Zenit noch nicht überschritten hat.

Die Kosten für eine Renovation sind mit 24 Millionen ausgewiesen. Es müsste ein Rückbau bis auf den Beton gemacht werden. Dabei würden auch sicher noch einige Überraschungen auftauchen. Danach wäre das Grossfeld zwar renoviert, aber die Räume wären immer noch nicht den heutigen Bedürfnissen entsprechend.

Erstaunt waren einzelne Mitglieder, dass keine anderen Varianten geprüft wurden. Zum Beispiel Verkauf der Liegenschaft und ein Neubau oder Aufstockung im Zunacher. Frau Remund erklärt, dass die Variante Zunacher auch kurz geprüft wurde. Der ganze Gartenbereich des Zunachers würde mehr oder weniger zugepflastert und die Infrastruktur (Küche, Waschküche) würde nicht reichen. Zudem wäre die Vernetzung von betreutem Wohnen und stationärem Wohnen nicht mehr möglich.

Diese Frage betreff Aufstockung sei im BP-Protokoll beantwortet worden: *Beim Baukredit Zunacher 2 entschied sich der Einwohnerrat gemäss Vorschlag Gemeinderat für die grosszügigere Variante mit vier Geschossen (statt nur drei Geschosse). Die Statik des Gebäudes ist deshalb auf die heutige Geschossigkeit dimensioniert. Für eine Aufstockung Zunacher 2 müssten vermutlich die Foundation und das Tragsystem des gesamten Gebäudes verstärkt werden. Die technische Machbarkeit und die allenfalls notwendigen Massnahmen wurden bisher nicht untersucht*

Dass die Finanzierung im Bericht mehr als schwammig ist, wurde von der SGK kritisiert. Der Gemeinderat möchte heute von den Parteien heraushören, wie und unter welchen Bedingungen der Rat sein allfälliges Ja erteilt.

Ein Neubau Grossfeld kann auch eine grosse Chance für Kriens sein. Mit bedürfnisgerechten Bauten kann die Gemeinde schnell und flexibel auf neue Herausforderungen reagieren. Auch bei der Finanzierung kann ein Neubau andere Perspektiven eröffnen. Als Beispiel könnten Räume für private Dienstleistungen geschaffen werden – Arztpraxis, Physio usw. Solche Nutzungen hätten sicher grossen Einfluss auf die Wirtschaftlichkeit. Im Gegensatz zu allen anderen öffentlichen Bauten besteht bei den Heimen das Refinanzierungsprinzip. Das heisst, das Geld fliesst wieder zurück.

Auch nach langer Sitzung ist die SGK immer noch der Ansicht, dass die Kostenfolge nicht gut begründet ist. Die SGK möchte keine Luftschlösser bauen, sondern ein funktionelles Pflegeheim.

Die SGK nimmt den Planungsbericht Machbarkeitsstudie Grossfeld mehrheitlich positiv zur Kenntnis

Gemäss Martin Heiz war das Eintreten in der Baukommission unbestritten. Man hat sich intensiv mit dem Neubau auseinandergesetzt. Es ist die einhellige Meinung der BK, dass eine Sanierung des bestehenden Grossfeldes sich nicht lohnt. Bei einer Sanierung bleibt es eben immer noch ein „Altbau“. Die Aufteilung der Räume bleibt gleich. Da es sich um einen Betonbau handelt und alle Wände tragend sind, so ist es nicht gross möglich, die Räume den heutigen Bedürfnissen anzupassen. Mit einem Neubau kann dies aber möglich gemacht werden.



Es gab Meinungen, dass das heutige Grossfeld verkauft werden und mit diesem Geld ein Zunacher 3 gebaut werden soll, oder das heutige Zunacher 2 aufzustocken sei. Nach Abklärungen durch das Baudepartement ist es aber nicht möglich, auf das heutige Zunacher 2 eine zusätzliche Etage aufzubauen, da beim damaligen Neubau der Einwohnerrat beschlossen hat, nicht nur drei Stockwerke zu bauen, sondern deren vier. Damit ist die Statik aber ausgereizt. Ein Neubau auf dem Areal des Grossfeldes bringt aber auch den Vorteile, dass man zuerst den benötigten Neubau erstellen kann, und das heutige Grossfeld noch benutzt werden kann, bis der Neubau fertig ist. Die Bewohner müssen so nicht gross umziehen.

Was in diesem Bericht bemängelt wurde, ist die Tatsache, dass der ganze Zahlenteil eher schwierig zu lesen und zu verstehen ist.

Es wurde dann auch einen Antrag gestellt, den Bericht ablehnend zur Kenntnis zu nehmen. Dieser Antrag wurde mit 2 Ja, 4 Nein und 1 Enthaltung abgelehnt und die BK nimmt somit den Bericht zur Kenntnis.

Michael Günther dankt im Namen der SVP für diesen ausführlichen Bericht. Er zeigt auf, dass man sich intensive Gedanken gemacht habe. Vorweg, die SVP nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Der Bericht muss zusammen mit dem Versorgungskonzept als Ganzes angeschaut werden. Ein Manko am Bericht gibt es aus der Sicht der SVP trotzdem. Die Kosten werden im Bericht aufgeführt und Vergleiche aufgestellt. Für alle Varianten werden Kosten von über 100 Millionen Franken veranschlagt. Diese basieren einerseits auf tatsächlichen Realisierungskosten und andererseits auf hypothetische Rechnungskosten. Man wisse nicht, ob die Kosten tatsächlich anfallen und ob die Gemeinde Kriens diese trägt.

Die SVP favorisiert den Neubau. Auf den ersten Blick stellt sich die Frage, wieso die Gemeinde Kriens ein Gebäude mit einem Restwert von 8 Millionen Franken abreißen will. Man ist mit dem Bericht jedoch einverstanden. Eine „Pinselsanierung“ ist nicht möglich. Die entstehenden Sanierungskosten würden in jedem Fall von der Gemeinde gezahlt.

Ein Neubau ist realistischer, da dieser zu einer Mehrnutzung und keinen Umquartieren von Bewohner führt. Bei einer Sanierung wäre dies der Fall und mit Kosten und Unannehmlichkeiten verbunden. Mit einem Neubau besteht die Möglichkeit, auf neue Bedürfnisse einzugehen und die Kosten pro Bett sind geringer.

Die SVP hat klare Erwartungen an den Gemeinderat und zwar dass auf Private Investoren eingegangen werde. Die Altersbetreuung ist ein Markt geworden. Die Investitionen müssen nicht mehr nur von der Gemeinde getragen werden. Ein Neubau gibt die Möglichkeit für kommerzielle Dienstleistungsangebote. Der Lebenszyklus des Gebäude müsse berücksichtigt werden, wie das Restgebäude genutzt werden könne.

Nach Kathrin Graber namens der CVP/JCVP Fraktion ist es schon länger bekannt, dass das Heim Grossfeld sanierungsbedürftig ist, was die pflegerischen Leistungen und die wärme- und brandschutztechnischen Anforderungen betrifft. Der vorliegende Bericht und die Ausführungen in den Kommissionen weisen darauf hin, dass eine Sanierung nicht die optimalste Lösung ist. Die Betonstruktur des bisherigen Grossfeldes ist nur schwer zu verändern, die Grundfläche des Turms schränkt die Schaffung von zusätzlichen Pflegeplätzen ein und mit den Ohnehin-

Kosten für eine Sanierung von 23 Mio. Franken muss man sehr viel Geld in die Hand nehmen, allein um stationäre Plätze zu schaffen.

Aufgrund des Planungsberichts „Gesundheit und Alter in Kriens“ sollen aber eben nicht nur stationäre Plätze geschaffen werden. Sondern es braucht, wenn man den Bedürfnissen der älteren Generation gerecht werden und langfristig Kosten sparen wollen, auch die Schaffung von Plätzen von betreutem Wohnen.

Trotzdem fragt sich die CVP/JCVP, ob ein solcher Neubau für die Gemeinde Kriens überhaupt finanzierbar ist. Auf Seite sechs steht relativ lapidar, dass die Frage der Finanzierung zu klären ist. Man spricht hier von Investitionen von 54 Mio. Franken. Demgegenüber ist bei der Nutzungsoption A von Kosten von rund 26 Mio. Franken auszugehen. Damit erhielte man immerhin 80 stationäre Plätze. Die CVP/JCVP fragt sich, ob die Verdoppelung der Kosten bei einem Abbruch und einer Sanierung wirklich gerechtfertigt sind und ob die Gemeinde sich dies leisten können, damit zusätzliche Plätze für betreutes Wohnen im Bereich Grossfeld geschaffen werden können.

Die CVP/JCVP ist gegen einen Verkauf dieser zentral gelegenen Liegenschaft. Bei einem Verkauf würde ein Trumpf aus der Hand gegeben. Es ist klar, dass an diesem Platz wieder Raum für ältere Menschen geschaffen werden soll. Es ist auch nicht vorstellbar, den Zunacher um vier Stöcke aufzustocken, um den Raumbedarf abzudecken. Diese Lösung überzeugt nicht und würde in diesem Quartier zu einer Ghettoisierung und einem Verlust an Lebensqualität für die Heimbewohnenden führen.

Die CVP/JCVP fordert, dass die Frage der Finanzierung möglichst rasch geklärt und ein Bericht mit diesen Fragen nochmals vorgelegt wird. Es sollte alles daran gesetzt werden, eine kostengünstige Variante zu realisieren. Dies und die Information über die Finanzierung sind für die CVP/JCVP wichtige Voraussetzungen, dass die CVP/JCVP dann in einem späteren Zeitpunkt JA sagen kann zu einem Neubau.

In diesem Sinne nimmt die CVP/JCVP vom Planungsbericht Grossfeld Kenntnis.

Martin Heini übernimmt wiederum als Vize-Präsident die Leitung der Sitzung, nachdem Johanna Dalla Bona erneut das Votum namens der FDP-Fraktion halten wird.

Als Johanna Dalla Bona im Jahre 2008 ein Postulat eingereicht hat, mit dem Anliegen, dem Einwohnerrat einen Bericht über einen möglichen Umbau des Alters- und Pflegeheims Grossfeld in Alterswohnungen zu unterbreiten, hätte sie nie im Traum daran gedacht, erst fast Ende des Jahres 2011 dazu Stellung nehmen zu können und ebenfalls hätte sie nicht im Traum damit gerechnet, dass der Umfang dieses Berichtes mit den Beilagen über 110 Seiten umfasst. Ein äusserst umfangreicher Bericht mit Einsichtnahme in kleinste Details. Es stellt sich die Frage: Wäre weniger nicht mehr gewesen?

Der Bericht nennt sich Machbarkeitsstudie, doch genau über dies, ist das Vorgeschlagene überhaupt machbar, gibt der Bericht keine Auskunft. Zur Finanzierung steht lediglich, dass bei der Finanzierung zu achten ist, dass ein, Zitat: „anforderungsgerechter, finanzierbarer und bezahlbarer Raum für die Pflege, für den Aufenthalt im Alter und für Dienstleistungen im Bereich Gesundheitsversorgung geschaffen werden kann“. Die Sprecherin versteht die Welt nicht mehr. Die Finanzlage in Kriens ist katastrophal, gleichzeitig wird ein Projekt vorgeschla-

gen, bei welchem man von Investitionskosten über 50 Millionen Franken spricht, nicht abschätzbaren Betriebskosten und es wurden noch keine weiteren Abklärungen betreffend Finanzierung getroffen. Eine Aufzeichnung verschiedenster Finanzierungs- sowie Betriebsmöglichkeiten und deren Kostenfolge hätten zwingenden Bestandteil dieses Berichtes sein müssen.

Inhaltlich stützt sich der Bericht auf das Versorgungskonzept Gesundheit und Alter Kriens ab. Diejenigen Vorbehalte, welche die FDP schon beim Statement zu diesem Bericht aufgezeigt hat, gelten auch für diese Studie und werden nicht mehr wiederholt. Die FDP Fraktion hat inhaltlich keine Vorbehalte zu Fazit drei des Gemeinderates und ist mit ihm einig, auf eine Sanierung des Alters- und Pflegeheims Grossfeld zu verzichten. Das Fazit vier könne aber nicht mitgetragen werden. Favorisiert wird nach wie vor eine Variante Alterswohnungen, betreutes Wohnen im Gebiet Grossfeld, Hofmatt, Plätze für stationäre Pflege im Areal Zunacher. Deshalb wird angeregt, bei der Standortvariante Zunacher weitere Möglichkeiten zu prüfen: Aufstockung der bestehenden Häuser, Möglichkeit einer Erweiterung auf angrenzendem Land, etc. Die FDP ist überzeugt, dass die Betriebskosten bedeutend günstiger sind, wenn die ganze stationäre Pflege an einem Ort ist. Was das betreute Wohnen betrifft, so werde eine Infrastruktur für Mahlzeiten, Abwartshilfestellungen sowie Notfalldienste zur Sicherheit unterstützt. Nicht zwingend erachtet wird, dass das Spitexzentrum, Beratungsangebote sowie Arzt- und Therapiepraxen im selben Gebäude sein müssen, wie dies die favorisierte Variante vorschlägt. Nice to have, aber nicht need to have, alle diese Dienstleistungen sind schon heute in unmittelbarer Nähe.

Im Sinne dieser Ausführungen nimmt die FDP Fraktion den Bericht zur Kenntnis.

Während Martin Heini das Wort dem Fraktionssprecher SP Brahim Aakti übergibt, übernimmt Johanna Dalla Bona wieder das Präsidium.

Nach Brahim Aakti zeigt die Machbarkeitsstudie Grossfeld eindeutig, dass ein Neubau die kostengünstigste Variante ist. Zusätzlich bietet ein Neubau beste Voraussetzungen dafür, das "Versorgungskonzept Gesundheit und Alter Kriens" umsetzen zu können. Die SP glaubt nicht daran, dass die Aufstockung der bestehenden Einrichtung zielführend ist - Einerseits wäre dies auch mit grossen Kosten verbunden, da die Infrastruktur gleichzeitig auch ausgebaut werden muss und andererseits würde dies zu einer Ghettoisierung der Alters- und Pflegeplätze führen. Und das ist eben auch nicht im Sinne des "Versorgungskonzept Gesundheit und Alter Kriens" wo es doch bei den Leitideen heisst: "Integration vor Separation". Auch die Sanierungsoption ist keine Option. Sie kostet viel und bringt wenig im Vergleich zum Neubau.

Im Fazit des Gemeinderates heisst es: "Die Frage der Finanzierung ist zu klären." Und das ist für die SP zu wenig - hier wurde vom Gemeinderat mehr erwartet!

Die SP ist enttäuscht, dass der Gemeinderat sich bei dieser Gelegenheit nicht dem Postulat von Daniel Piazza angenommen hat. Der Sprecher verweist hier auf das Postulat 114/09 - "Prüfung alternativer Organisations- und Finanzierungsformen für die Heime Kriens". Damit wären heute alle Fakten auf den Tisch um die Machbarkeitsstudie ganzheitlich zu beurteilen. Die SP ist nämlich nicht der Meinung, dass die Gemeinde alles selber finanzieren muss und ist alternativen Finanzierungsformen gegenüber sehr offen.

Bruno Bienz dankt im Namen der Grünen für den ausführlichen Bericht. Das gute vorweg – die Gemeinde will endlich in der Altersfrage vorwärts machen. Es braucht Lösungen für die in Zukunft fehlenden Pflegebetten. Einen Neubau mit verschiedenen Nutzungen wird nach einiger Diskussion als einzigen sinnvollen Weg gesehen. Eine Renovation birgt zuviel Gefahr, dass die Kosten ins Uferlose steigen.

Die ins Spiel gebrachte Alternative Zunacher ist eine Scheinlösung. Denn auch diese werde nicht weniger kosten.

Es geht nicht nur um die Frage der Finanzierung – sondern vor allem was passiert, wenn auf dem Stand von heute ausgeharrt wird. Das führt in ein weiteres Desaster. Es braucht neue Pflegeplätze wie auch alternative Wohnformen, um die Altersproblematik in Kriens in den Griff zu bekommen. Diese können in einem neuen Grossfeld realisiert werden. Der Verkauf der Liegenschaft, wie zum Teil gefordert, lösen das Problem in keiner Art und Weise. Es ist reine „Pflästerlipolitik“, sehr kurzfristig gedacht und auf dem Buckel der pflegebedürftigen Mitmenschen ausgetragen. Die Grünen haben schon mehrmals darauf hingewiesen, dass sie gegen einen Verkauf von solchen strategischen Liegenschaften sind.

Natürlich müssen verschiedene Finanzierungsmodelle aufgezeigt werden, damit der Rat die Konsequenzen für die Gemeindekasse kennt und seriös entscheiden kann. Stillstand und nichts machen ist die schlechteste Option. Das ist die Selbstaufgabe. Bevor geerntet werden könne, müsse immer zuerst gesät werden. Als nächster Schritt müsse der Fahrplan möglichst schnell stehen. Es gibt aber neben der Finanzierung schon noch ein paar Fragen:

- Im Jahresplan (Voranschlag 2012) sei der Abschluss des Projekts Sanierung / Neubau Alters- und Pflegeheim Grossfeld auf 2016 gesetzt. Stehe dann der Neubau mit allem drum und dran? Oder von was sei das der Abschluss?
- Da das Projekt ein wichtiger Puzzlestein im Zentrum sei, werde ein architektonischen Studienwettbewerb verlangt. Sei hier schon etwas angedacht?

Die Grünen nehmen die Machbarkeitsstudie Grossfeld wohlwollend zur Kenntnis und freuen sich, wenn der Gemeinderat jetzt vorwärts macht. Die pflegebedürftigen Menschen stehen bald vor der Tür und möchten nicht in eine anderes Pflegeheim abgeschoben werden.

Caroline Bolzern schliesst sich im Namen der Groupe Politique 60+ dem Votum der FDP an, welche ebenfalls der Meinung sind, dass das Grossfeld nicht abgerissen werden soll. Die Groupe Politique 60+ ist dafür, dass das Grossfeld für Alterswohnungen, die Spitex und die Altersbetreuung genutzt und die pflegebedürftigen Personen ins Zunacher verlegt werden. Die Umgebung rund um das Grossfeld ist schön und die Pflegebedürftigen können dies gar nicht mehr geniessen. Man sollte dort den Menschen Platz bieten, welche diese Umgebung auch noch geniessen können.

Nach Räto Camenisch muss man klar sehen, dass mit einem Abriss neue Einheiten geschafft werden und das Areal besser genutzt werden kann. Man müsse bedenken, dass in 50 – 60 Jahren das Gebäude so oder so abgerissen werde. Die Anforderungen werden sich ändern. Er warnt ebenfalls davon, eine Arztpraxis zu integrieren. In Littau hat man eine Arztpraxis integriert, welche mit grossen Kosten verbunden war. Man habe zwar einen Arzt aus Tschechien gefunden, welcher auch 25 Jahre dort gearbeitet, jedoch keine optimale Lösung ergeben hat. In diesem Heim habe es zwei Fraktionen gegeben. Die eine Hälfte sei begeistert gewesen und

die andere Hälfte war nicht zufrieden. Auch war die Situation für das Pflegepersonal schwierig. Anschliessend hat man keinen Arzt mehr gefunden. Diese Aufgabe müsste Extern gemacht werden. Man muss aufpassen und genau überlegen was man macht. Es muss langfristig geplant werden, auch wenn die Finanzierung zur Zeit unklar ist.

Erich Tschümperlin führt aus, dass grösser nicht immer besser ist. Es muss vor allem Bedürfnisgerecht sein und genügend Freiräume haben.

Beat Tanner hat Mühe, wenn man bei einer Zentralisierung der stationären Pflege ins Zunacher von einer Ghettoisierung spricht, da müssten ja die grösseren Alters- und Pflegeheime wie das Betagtenzentrum Eichhof auch als ein Ghetto bezeichnen. Dies sieht er aber nicht so, man muss das regional sehen. Zentrale Strukturen sind sicher in den Betriebskosten (wie Nachtwache, Küche, Technik, usw.), welche die laufende Rechnung jährlich belastet, günstiger.

Soll das Grossfeld behalten und nicht verkauft werden, könnte Beat Tanner sich vorstellen das Land an Dritte im Baurecht abzugeben. Private sollen die Investitionen in die Immobilien tätigen. Es soll auch geprüft werden, ob die Pensionskasse von Kriens sich beteiligt. Dies wäre eine risikoarme Investition, welche eine gute Rendite abwerfen würde. In der heutigen Situation sind Anlagen sowieso mit sehr hohem Risiko behaftet oder werfen kaum Rendite ab. Dies könnte auch in Zusammenarbeit mit anderen Pensionskassen wie LUPK oder der städtischen Pensionskasse erfolgen.

Lothar Sidler dankt zuerst für die positiven Rückmeldungen, über welche er sehr froh ist. Der Planungsbericht ging an die Öffentlichkeit und es stellte sich die Frage: Was kommt zurück? Retour kam sehr viel positives. Als Grundaussage kann man nennen, dass nicht eine Sanierung im Vordergrund steht sondern ein Neubau. Der Nutzen ist offen. Der Dank muss auch an die Experten weitergegeben werden, welche eine grosse Arbeit am Bericht geleistet haben.

Man wolle mit diesem Bericht die Grundrichtung festlegen und wissen wie es weitergeht. Mit diesem Bericht wird die Stossrichtung Sanierung oder Neubau festgelegt. Sobald diese vorhanden ist, kann mit dem nächsten Schritt begonnen werden. Als nächstes stellt sich die Frage bezüglich Finanzierung. Wäre dies schon im Voraus geklärt worden, hätte für alle fünf Varianten ein Finanzierungskonzept durchgerechnet und vorgelegen werden müssen. Es war richtig, sich zuerst auf die Stossrichtung zu konzentrieren.

Auf dem Zunacher 2 wäre allenfalls ein weiterer Stock möglich, jedoch müsste die Statik geklärt werden. Nach jetzigem Stand ist es schwierig, da man beim Bau bereits ein vierstöckiges Gebäude in einer Dreigeschossigen Zone gebaut hat. Die SVP stellt richtig fest, dass die Sanierung und die Nutzung im Gesamtzusammenhang mit dem Versorgungskonzept Kriens steht. Der Sprecher verweist bezüglich den wesentlichen Aspekten auf die Beilage 0, Fact-Sheet Variantenvergleich, in welchem der Zusammenhang zum Versorgungskonzept erkennbar ist. Man hat versucht eine Gesamtrechnung zu machen, was kostet die eine Variante, was die andere und anschliessend aufzeigt, was kostengünstiger ist. Wichtig ist, dass bei allen Varianten der Zusammenhang berücksichtigt wird und nicht nur die jeweiligen Einzelprojekte und was anschliessend günstiger ist. Zusammengefasst kann man sagen, dass ein Neubau kostengünstiger ist als alle anderen Varianten.

Der Bericht ist umfangreich, jedoch auch jede einzelne Seite wert, da der Bericht sehr detailliert ist. Man wollte alle Zahlen wissen. Man wollte wissen, was das ganze Projekt bringt, ob die Steuerzahler dies überhaupt finanzieren können, aber auch was für Rendite das Projekt für einen allfälligen Bauherr abwirft. Lothar Sidler bitte alle, das Fact-Sheet nochmals genau anzuschauen.

Weiter verweist Lothar Sidler auf ein Projekt in Buttisholz. Dort habe man in einer kleinen Version das umgesetzt, was in Kriens geplant ist. Man habe dort auch stationäre Pflege, Zimmer für betreutes Wohnen, Gemeinschaftsräume, „Beitzli“ und Arztpraxen. Es bestehe ein gesamter Pflegezyklus, welcher man in Kriens ebenfalls erreichen möchte. Das macht auch Sinn. Wenn Personen ins Pflegeheim müssen und ein pflegender Angehöriger ist in der Nähe, kann dies deutlich günstiger werden. Dieser hilft beim Essen, schaut aufs Depot und noch vieles mehr. Das möchte man so im Grossfeld ebenfalls realisieren. In diesem Zusammenhang nimmt Lothar Sidler noch Stellung zum Votum von Räto Camenisch. Es wird nicht an nur einen Arzt gedacht, sondern ein Dienstleistungsangebot „Arztpraxis“ anbieten. Mit einem Heimarzt hat dies nichts zu tun. Das Ziel ist es eigentlich, ein umfassendes Dienstleistungspaket anzubieten. Wenn man alle Pflegebedürftigen im Zunacher unterbringen würde, gäbe es keinen Pflegezyklus. Pflegende Angehörige können nicht mehr mit einbezogen werden.

Würde ein weiteres Heim im Zunacher erstellt, würde dies nicht weniger Kosten verursachen. Die Infrastruktur müsste infolge des zusätzlichen Angebotes ebenfalls erweitert werden. Da alles doppelt gemacht werden müsste, mache die Variante Grossfeld mehr Sinn im Zusammenhang mit dem Versorgungskonzept Kriens. Mit dem Neubaukonzept will man den unteren Dorfteil ans Zentrum heranführen.

Judith Luthiger fragt betreffend dem Finanzierungskonzept an, bis wann mit einer Antwort über die verschiedenen Finanzierungsmodelle gerechnet werden darf?

Gemäss Lothar Sidler besteht noch kein Auftrag. Er kann nicht sagen, bis wann genau mit einer Antwort gerechnet werden kann. Interessenten waren bereits zu Gesprächen da und haben Vorschläge gemacht. Eine Beteiligung von Dritten ist natürlich nicht ausgeschlossen. Aufgrund der Rückmeldungen kann die Weiterarbeit in Angriff genommen werden. Da der Finanzierungsnachweis in Frage gestellt wird, erteile der Sprecher das Wort dem Sachverständiger Markus Hüsler.

Markus Hüsler informiert, dass in einer ersten Runde geprüft wurde, ob für das Heim eine Sanierungsmöglichkeit bestehe. Der Zustand wurde aufgenommen, das Potential ermittelt und sehr genau auf jedes Element geachtet. Die Kosten an sich sind sehr detailliert, dies unter anderem infolge der technischen Abklärungen, wie beispielsweise dem Brandschutz. Dieser ist nicht mehr auf dem aktuellen Stand.

### **Detailberatung**

Es werden keine Wortmeldungen und auch kein Rückkommen verlangt.

Nachdem der Gegenstand des Postulates Dalla Bona im Kompetenzbereich des Gemeinderates liegt, gilt es mit diesem Bericht als erledigt.

Die Petition Groupe Politique 60+ liegt ebenfalls im Kompetenzbereich des Gemeinderates. Damit ist die Petition als erledigt abzuschreiben.

Johanna Dalla Bona bedankt sich bei den Sachverständiger und verabschiedet diese.

## **7a. Beantwortung dringliche Interpellation Luthiger: Zukunft Schulhaus Gabeldingen** **Nr. 265/11**

Vom Alter nun zu den Jüngsten. Helene Meyer-Jenni muss zuerst ein Versprechen einlösen. Am Montag morgen sei sie zu einem kleinen Ritual eingeladen worden. Dazu gehört die Pausenglocke, welche tagtäglich die Pausen im Gabeldingen anzeigt. Diese wurde ihr übergeben zu Händen des Einwohnerrates und des Gemeinderates, damit die Kinder bald wieder ins Schulhaus Gabeldingen zurückkehren können.

Ausserordentliche Situationen erfordern ausserordentliche Massnahmen. Es ist eine ausserordentliche Situation gewesen und ist es immer noch. Die Kinder des Schulhauses Gabeldingen können seit Montag wieder in den Unterricht. Namentlich möchte die Sprecherin Stefan Buser und Matthias Senn, wie auch Markus Buholzer, welcher aus den Ferien zurückgekommen ist, danken, welche alles notwendige in die Wege geleitet haben. Ebenfalls möchte Helene Meyer-Jenni auch allen anderen danken, welche mitgeholfen haben und auch den Eltern und der Kindern. Nicole Lanz und Hanspeter Iten ist ebenfalls ein grosser Dank auszusprechen, welche den Transport so schnell organisiert haben.

Matthias Senn äussert sich zu den baulichen Fragen der Interpellation. Kurz zusammengefasst soll das Schulhaus Gabeldingen gesamtsaniert werden, den eine Teilsanierung reicht nicht. Eine Gesamtsanierung wird nun vom Gemeinderat geprüft. Die Frage sechs beantwortet der Sprecher so, dass sich der Gemeinderat mit der Ausarbeitung der Stossrichtung beschäftigt. Einige Entscheidungsgrundlagen fehlen zur Zeit noch, wie die Schülerzahl und die Kosten für eine Gesamterneuerung. Man möchte mit der Sanierung schnellstmöglichst beginnen, damit der Schulbetrieb nach den Sommerferien 2012 wieder möglich ist. Im Januar 2012 würde der Baukredit dann im Einwohnerrat behandelt. Es gäbe auch noch weitere Varianten, welche jedoch zur Zeit nur Sekundär sind.

Judith Luthiger bedankt sich beim Rat, dass die Dringlichkeit aufgenommen wurde und er das Thema für wichtig erachtet.

Sie habe nicht schlecht gestaunt, dass die Schulkassen im Gabeldingen nach den Herbstferien wegen Einsturzgefahr nicht ins Schulhaus durften. Seit Jahren ist bekannt, dass es durch die Fester regnet, aber es wurde nichts getan. Die Lehrerschaft wurde Jahr für Jahr vertröstet. Jetzt hat das Wasser die Betonarmierungen angegriffen. Vermutlich hätte es weniger gekostet, neue Fenster zu montieren, als jetzt auch noch alle Böden rauszureissen und total zu sanieren. Leider ist das Beispiel Gabeldingen ein typisches Beispiel von versäumten baulichen Unterhalt. Die Gemeinde hat es verpasst, vor Jahren kontinuierlich die Gebäude zu unterhalten.

Jetzt hat die Behörde aber sofort gehandelt und Notlösungen für die Kinder und Familien in die Wege geleitet. Judith Luthiger dankt allen Beteiligten.

Die jetzige Lösung kann und darf nur vorübergehend sein, denn im Feldmühle musste die Bibliothek und das Musikzimmer aufgelöst werden. Im kleineren Bibliotheksraum sind die 24 Fünft- und Sechstklässler untergebracht. Für das Schulhaus Feldmühle bedeute dies kurz nach der Renovation wieder Platznot. Nur dank riesigem Organisationsaufwand der Lehrpersonen gelingt es, mit der Situation umzugehen. Das Feldmühleteam ist froh um baldmögliche Lösungen. Das gleiche gilt auch für das Amlehnsteam.

Eltern und Kindern im Gabeldingen sind bereits auf Judith Luthiger zugekommen und fordern Lösungen. Einige Familien trifft es so, dass das eine Kind ins Schulhaus Amlehn und das andere Kind ins Schulhaus Feldmühle geht. Das bedeutet unterschiedliche Anfangs- und Mittagszeiten wegen des Schulbusses. Die jüngeren Kindern würden sich im grossen Amlehn-schulhaus verloren fühlen.

Judith Luthiger stellt die Frage an den Gemeinderat, ob es nicht die Möglichkeit gibt, sobald wie möglich Pavillons aufzustellen, damit die Kinder wieder in ihrer gewohnten Umgebung zur Schule gehen können? Es ist wichtig, dass die Diskussion, ob man am Schulstandort Gabeldingen festhalten wolle, laciert wird. Erlauben es die Schülerzahlen auch zukünftig das Schulhaus Gabeldingen zu erhalten?

Die SP fordert seit jeher den Erhalt von Quartierschulhäusern. Es wäre ein schlechtes Zeichen für Kriens, wenn Schulhäuser geschlossen würden. Auch würden viele Familien verärgert, welche wegen des Schulhauses dorthin gezogen sind. Vielleicht gäbe es sogar eine Möglichkeit, das Dach des Schulhauses so auszubauen, damit mehr Raum geschaffen und sogar eine weitere Klasse aus dem Einzugsgebiet in die Schule gehen können. Es ist ja auch so, dass die betroffenen Familien sehr gute Steuerzahler sind. Selbstverständlich müsse auch die finanzielle Diskussion geführt werden.

Trotz der Beantwortung durch den Gemeinderat weiss Monika Marbacher nicht mehr als vorher. Sie findet es sehr wichtig, dass die Prüfungen vorgenommen und die Eltern und die Bevölkerung darüber informiert werden. Auch soll baldmöglichst ein Zeitplan erstellt werden, wann was entschieden wird.

Erich Tschümperlin wohnt selber in der Nähe des Schulhauses Gabeldingen und wurde von vielen Betroffenen angefragt, wie es weitergeht mit dem Schulhaus. Die Betroffenen haben sich getroffen und die Probleme und mögliche Lösungen besprochen. Die ca. 40 Personen haben intensive miteinander diskutiert und ihre Befürchtungen angemeldet und sind zum Schluss gekommen, dass das Gabeldingen mehr ist als ein Schulhaus, es ist sehr wichtig für den Quartiercharakter. Ein Quartier ohne Treffpunkt, ist kein Quartier. Das Schulhaus Gabeldingen und der Pausenplatz sind Treffpunkt für Familien, für Jung und Alt. Ohne Schulhaus geht ein Treffpunkt der zu einem lebendigen Quartier gehört, verloren und verschiedene Gruppen verlieren einen Ort, wo sie ihr Hobby ausüben können.

Die Situation ist für die Betroffenen schwierig. Es sind nicht nur die Kinder die darunter leiden, sondern auch die Eltern. Vor allem die sehr kurzen Mittagspausen werden als sehr stressig empfunden. Zu den Betroffenen gehören aber auch die Schüler und Lehrer in den Schulhäusern Feldmühle und Amlehn. Sie mussten Zimmer räumen, damit die Klassen vom Gabel-



dingen untergebracht werden konnten. Diese Räume fehlen und behindern ihren normalen, sinnvollen Unterricht.

Es wurde auch eine Zwischenlösung beim Schulhaus Gabeldingen mit einem Pavillon gefordert. Damit erhoffen sich die Betroffenen wieder einigermaßen normale Schulbedingungen.

Der Sprecher bitte die Gemeinde, möglichst schnell eine Info-Veranstaltung durchzuführen, damit die Betroffenen aus erster Hand erfahren wie es weiter geht und auch ihre Bedenken anmelden können.

Bei so vielen offenen Fragen muss die Interpellation hier und jetzt diskutiert werden. Die Betroffenen haben ein Anrecht, dass möglichst alle Unsicherheiten ausgeräumt werden und alle denselben Informationsstand haben.

Kathrin Graber findet es gut, dass der Gemeinderat möglichst bald die Strategie öffentlich machen will und diese mit den Eltern anschauen wird. Wichtig für die Eltern ist das weitere Vorgehen mit der Gesamtsanierung. Man ist beruhigt, dass der Gemeinderat das Schulhaus Gabeldingen nicht einfach schliesst. Ein Schulhaus kann ein Quartier aufwerten. Eine wichtige Frage ist jedoch noch nicht geklärt betreffend dem Bericht über die Werterhaltung der Schulanlagen. In diesem Bericht sieht man, wann welches Schulhaus saniert werden muss. Es ist verwirrend, ob dieser Bericht noch stimmt oder ob damit gerechnet werden muss, dass auch bei den anderen Schulhäuser etwas passieren können.

Roger Erni findet als direkt Betroffener durch seine eigenen Kinder, dass sehr viel geleistet wurde. Die Liberalen werden sich dafür einsetzen, dass die Glocken bereits wieder am 1. Januar 2012 läuten.

Gemäss Helene Meyer-Jenni ist die zentrale Frage: Wie geht es weiter? Mit dieser Frage beschäftigt sich der Gemeinderat. Es gibt drei Phasen. Die Phase eins ist die „sofort Phase“, die Phase zwei, die „provisorische Phase“ und die Phase drei, die „definitive Phase“. Ein Informationsanlass wird gemacht, sobald es etwas Neues gibt. Das was jetzt gesagt wurde, ist bereits bekannt. In der „sofort Phase“ wurde das bestmögliche gemacht um die betroffenen Personen zu informieren. Dies war leider nur brieflich und via Zeitung möglich. Leider hat eine Person den Brief nicht erhalten wofür sich die Sprecherin entschuldigt. Die Situation wurde erst vor ca. zwei Wochen bekannt. Jetzt läuft der Übergang zur zweiten Phase. Der Gemeinderat hat sich darüber bereits schon unterhalten. Die Schulraumplanung ist vorhanden und dient als Grundlage für die Werterhaltung. An dieser hat sich nichts geändert. Sie wird jetzt verfeinert und weiterentwickelt. Diese Zahlen können nun als Grundlage dienen für die weiteren Schritte. Der Gemeinderat bittet um Geduld und Verständnis für die Phasen zwei und drei. Es sind Rückmeldungen von den Schulhausleitern und vom Rektorat vorhanden, dass Ängste vorhanden sind, aber auch vieles was neu und interessant ist. Heute wird gesagt, welche Grundstrategie Priorität hat und vor Weihnachten wird man wissen, was die nächsten Schritte sein werden. Mehr kann momentan nicht gesagt werden.

Nach Matthias Senn ist man mit dem Pavillon als Zwischenlösung am Anfang zu optimistisch gewesen. Ein solches zu beschaffen, gestaltet sich schwierig, man könne dies nicht einfach

ab der Stange kaufen. Der Gemeinderat ist in Abklärungen, es kann jedoch nichts versprochen werden. Bis im Sommer muss das Beste aus der Situation gemacht werden.

Zum Werterhaltungsbericht fügt Matthias Senn noch an, dass nicht bei denjenigen Schulhäuser ein Fragezeichen gesetzt werden muss, welche in den nächsten Jahren sowieso saniert werden müssen, sondern mehr bei den anderen wie zum Beispiel das Dorf. Bei diesen Schulhäusern werden die Konstruktionen ebenfalls angeschaut.

Beat Tanner findet, der Gemeinderat hat einen sehr guten Job gemacht. Es waren besondere Massnahmen nötig.

Die Mittagspause erfolgt von 12.15 Uhr bis 13.45 Uhr.

## **8. Bericht und Antrag: Politisch Gesamtplanung 2012 - 2016**

**Nr. 260/11**

Johanna Dalla Bona begrüsst Marian Balli, Radio DRS Regionaljournal, die Zuschauenden auf der Tribüne und als Sachverständigen Beat Fallegger, Leiter Finanzen.

Simon Konrad dankt dem Gemeinderat namens der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission (FGK) für die frühe Zustellung der Unterlagen. Der FGK ist dadurch ausreichend Zeit geblieben, sich mit der Zukunft von Kriens auseinander zu setzen. Die FGK stellt den Antrag, die politische Gesamtplanung nicht zu genehmigen. Die Kommission macht sich um die finanzielle Entwicklung von Kriens grosse Sorgen. Wunsch und Realität liegen weit auseinander, die Generationenverantwortung wird nicht wahrgenommen. Einige haben Zweifel am Steuerwachstum angebracht. Mit den dargestellten Kennzahlen ist Kriens jedoch in Kürze nicht mehr operationsfähig. Der Selbstfinanzierungs- und der Verschuldungsgrad bei den Schlüsselindikatoren auf Seite 34 entsprechen nicht den kantonalen Bandbreiten. Die aufgezeigte Planung kann man so nicht verantworten. Die Investitionen sind gemäss Paul Winiker am oberen Limit. Der Gemeinderat erachtet es aber als sinnvoll, alle geplanten Investitionen aufzuzeigen. Es braucht jetzt griffige und umfassende Massnahmen. Der Wunsch, dass die Parteien zusammenrücken und gemeinsam eine Lösung suchen, ist weder während der FGK-Sitzung, noch im anschliessenden informellen Teil gelungen. Eine Diskussion, den Bericht zurückzuweisen wurde knapp abgelehnt. Das müsste gemäss Auskunft des Regierungsrats aber geschehen, wenn die Gesamtplanung nicht angenommen werden soll. Die FGK bittet den Gemeinderat, Massnahmen einzuleiten, dass in fünf Jahren der Selbstfinanzierungsgrad (80 %) und der Verschuldungsgrad (120 %) in der erlaubten Bandbreite liegen.

Monika Marbacher hält namens der Bildungskommission (BiK) fest, dass im B+A zur politischen Gesamtplanung einmal mehr dargelegt wird, dass im Bildungsbereich grosse Projekte wie Werterhaltung Schulanlagen, Tagesstrukturen, IF, 2-Jahres-Kindergarten und Kostenteiler Kanton/Gemeinde anstehen. Durch die angespannte Finanzlage muss man sich an der Volksschule Kriens auf absolute Kernaufgaben beschränken. Das Eintreten auf die politische Gesamtplanung wurde in der BiK mit 4:3 Stimmen bestritten. Eine Mehrheit der BiK kann nicht nachvollziehen, warum in einer politischen Gesamtplanung eine Steuererhöhung eingerechnet wird, die noch gar nicht beschlossen ist. Eine Minderheit erachtet die Berechnung mit Steu-

erhöhung realistisch. Schliesslich könne der Gemeinderat ja nicht einfach eine fiktive Zahl einsetzen. Als schwierig eingestuft werden die unterschiedlichen Ansätze der Lohnanpassungen zwischen Verwaltung und Bildung. Für einen Teil der BiK sind in der Gesamtplanung keine Sparbemühungen aufgeführt. Eine Minderheit schätzt die finanzielle Vorschau der Gesamtplanung als gutes Strategiepapier ein, allerdings sei aufgrund der finanziellen Schieflage eine Steuererhöhung unabdingbar. Trotz Nichteintreten hat man in der anschliessenden Detailberatung Fragen betreffend Werterhaltung Schulanlagen geklärt. Wiederum erhitzte die angekündigte Steuererhöhung die Gemüter. Einerseits sei es logisch, dass mit Grossinvestitionen wie die Hergiswaldbrücke oder die Krienser Badi die Finanzen in Schieflage geraten, andererseits wurde betont, es sei nun wichtig, anstehende Aufgaben auch finanzieren zu können, deshalb sei eine Steuererhöhung nötig. Die Bildungscommission hat den B+A, Bereich Bildung, mit 4:3 Stimmen abgelehnt. Die logische Folgerung daraus ist, dass eine Mehrheit der BiK hiermit einen Rückweisungsantrag stellt.

Gemäss Martin Heiz war das Eintreten in der Baukommission (BK) unbestritten. Die BK hat sich auf die baukommissionsrelevanten Punkte beschränkt. Der vorliegende Bericht ist eine Fortschreibung des Berichtes vom letzten Jahr. Es wurden einige Ergänzungen gemacht. In der Diskussion wurde darauf hingewiesen, dass mit der Ortsplanungsrevision, welche nächstes Jahr in den Einwohnerrat kommt, auch der Verkehrsrichtplan ergänzt und dem Einwohnerrat vorgelegt werden sollte. Auch betreffend der Sanierung von Schulhäusern wurde eine Frage gestellt. Es wurde informiert, dass man im Plan ist und man im nächsten Frühling im Einwohnerrat wieder darüber sprechen könne. Es wurden einige weiteren Fragen gestellt, welche im Protokoll der BK nachgelesen werden können. Bei der Frage, ob man mit den baurelevanten Aussagen einverstanden ist, resultierte folgendes Resultat: 0 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen. Somit lehnt die Baukommission den vorliegenden Bericht und Antrag ab.

Bruno Bienz führt aus, dass es für die Mitglieder der Sozial- und Gesundheitskommission (SGK) ein schönes Papier ist, vom Wunschkonzert bis zur Realität. Das Papier ist gut gegliedert mit hohen Zielen und der finanziellen Realität im hinteren Teil. Die SGK ist nicht näher auf einzelne Punkte eingegangen. Mit 3:2 Stimmen wurden die SGK-betreffenden Punkte des vorliegenden B+A genehmigt.

Martin Heini hält fest, dass die Umwelt- und Sicherheitskommission (USK) auf keine besonderen Überraschungen im Bereich Jugend und Umwelt gestossen ist. Cyrill Wiget und Didier Lindegger haben der USK das Papier vorgestellt und auf einen ergänzten Absatz betreffend Leitsatz für zeitgemässe Jugendarbeit aufmerksam gemacht. Das Ziel ist es, die Jugendlichen in der Gesellschaft zu integrieren. Damit ist die Forderung aus früheren Aufgabenplänen erfüllt. Der vorliegende B+A ist ein gutes Papier und zeigt den Fokus auf, wohin die Reise gehen soll und wie man dorthin gelangt. Es sind aber eine Menge Widersprüche vorhanden. Es gab auch Widersprüche innerhalb der Kommission: Es soll eine Steuererhöhung stattfinden, man soll aber im Schnitt zur Agglomeration bleiben. Das Eintreten auf den B+A ist unbestritten. Während der Detailberatung wurde geäussert, dass man den öffentlichen Verkehr nicht gegen den Individualverkehr ausspielen möchte. Mit Bedauern hat man festgestellt, dass wenig Interesse des Verkehrsverbundes betreffend einer Tangentiallinie und damit einer Entlastung für die Linie 1 besteht. Der Gemeinderat wird gebeten, für Lösungen, welche Kriens und die Region betreffen, dranzubleiben. Bei der Jugendarbeit sind beschränkte Mittel und Möglichkeiten vorhanden, um die Jugendlichen verantwortungsvoll und integrativ handeln zu las-

sen. Bezüglich Sportanlage Kleinfeld arbeitet der SC Kriens an einem Konzept. Die Bauarbeiten für die Badi sind am Laufen. Man hofft auf mehr Einnahmen bei gleichbleibenden Eintrittspreisen. Bei der Investitions- und Finanzpolitik gibt es Widersprüche „par excellence“. Die Defizite, Schuldenanstieg, Landverkauf zu Gunsten der laufenden Rechnung sind bedenklich und beängstigend. Dieses Papier ist aber das Mittel dafür, dies aufzuzeigen und kann nicht noch beschönigt werden. Die USK stimmt dem B+A mit 2 Stimmen bei 2 Enthaltungen zu.

Alfons Graf dankt dem Gemeinderat namens der SVP-Fraktion für den vorliegenden Bericht und Antrag. Die SVP-Fraktion hat sich mit dieser Gesamtplanung kritisch auseinandergesetzt. Für die SVP ist dies eigentlich ein Leitbild; nicht mehr und nicht weniger. Es sind einige Punkte enthalten (u.a. Leistungsausbau), mit denen man sich nie und nimmer anfreunden wird. In den kommenden Jahren will man keinen Leistungsausbau, weil dieser schlicht und einfach für die Gemeinde nicht mehr finanzierbar ist. Die Investitionen, wie beispielsweise die Zentrumsüberbauung, ist nur mit privaten Investoren finanzierbar. Ansonsten wird das Volk bei einer Abstimmung den Riegel schieben. Bei den Heimen oder einem Teil davon muss der Gedanke zur Privatisierung weiterverfolgt werden. Der private Verkehr darf nicht mehr weiter schikaniert werden. Die SVP wird sich gegen weitere Lichtsignale zur Wehr setzen. Dort wo keine Signale sind, läuft der Verkehr am besten. Man will auch keine weiteren Tempo 30-Zonen mehr. Das ist nicht nötig und verschlingt viel Geld. Im Bereich Integration ist auf Seite 9 festgehalten: „Die soziale und wirtschaftliche Integration von Migrantinnen und Migranten wird gefördert und gefordert.“ Die Migrationspolitik in der Schweiz hat mehr als nur versagt. Sie ist Chaos pur. Die Gefängnisse sind zu 85 % mit Ausländer besetzt. Da der Sprecher sehr oft auch an den Grenz-Bahnhöfen tätig ist, weiss er wovon er spricht. Da ist die organisierte Kriminalität an der Tagesordnung. Die Polizei ist überfordert und die Gesetze werden „mit Füßen getreten“. Und das nennt man Integration von Migranten. Soll das die Gemeinde Kriens wirklich unterstützen und fördern? Das Ganze bringt nur Ärger und noch mehr rote Zahlen. Man sollte da mal einen Marschhalt einschalten. Die SVP-Fraktion ist für Eintreten auf den vorliegenden B+A.

Gemäss Daniel Piazza dankt die CVP/JCVP-Fraktion dem Gemeinderat und der Finanzabteilung für die Erstellung des Finanz- und Aufgabenplans. Beim Blick auf diesen Plan kommt einem ein bekannter Ausspruch aus einem Radiohörspiel in den Sinn: „Üble Sache, Maloney!“. Aus Sicht von jungen Generationen und Generationen von Krienserinnen und Kriensern, die erst noch geboren werden, ist dieser Finanzplan tatsächlich eine „üble Sache“. Für den Gemeinderat war die Arbeit am Budget wohl ziemlich frustrierend. „Frustra“ kommt aus dem Lateinischen und heisst „vergeblich“. Man sieht, dass der Gemeinderat viel Mühe und Arbeit ins Budget 2012 und erneut in die weitergehende Planung steckte. Es wurde gewissenhaft über Notwendigkeiten und Reduzierbares gebrütet und gestritten. Dies immer aus der Sicht, die stellvertretend die politische Haltung aller im Einwohnerrat vertretenen Fraktionen abbildet. Trotzdem schafft man es nicht, in den nächsten acht Jahren in die schwarzen Zahlen zu kommen. Dabei sind sogar die zwei vom Gemeinderat geplanten Steuererhöhungen bereits berücksichtigt. Man spricht mittlerweile von Dimensionen, die nur noch durch den Einwohnerrat und das Volk unter Abwägung des Vertretbaren und Nötigen eingerenkt werden können und nicht mehr alleine durch den Gemeinderat. Gemäss Finanzplan wird man bis 2019 in den roten Zahlen bleiben. Man plant ein ganzes Jahrzehnt mehr auszugeben als einzunehmen. Das muss schon zu denken geben. Und das, nachdem schon seit Jahren negative Rechnungsabschlüsse vorliegen. Bereits in den vergangenen Budgets oder ab dem Budget 2012 wurden bzw. werden Leistungen reduziert und der Gemeinderat bezieht Verkäufe von

Liegenschaften aus dem Finanzvermögen in die Planung ein, um Teile der strukturellen Defizite zu decken. Man darf dies nicht schön reden, auch wenn das System der rollenden Planung bei der Finanz- und Aufgabenplanung natürlich Anpassungen in den nächsten Jahren ermöglicht. Es ist auf jeden Fall nicht gut, wenn eine Finanzplanung derart schlecht aussieht. Es entstehen einige Gefahren, beispielsweise dass die Gemeinde mit den Liegenschaftsverkäufen aufgrund des finanziellen Drucks unter dem effektiven Mehrwert veräussern muss und vielleicht mehr Liegenschaften verkauft, als aus Sicht einer strategisch gewollten und zielführenden Gemeindeentwicklung Sinn macht.

Für die CVP/JCVP-Fraktion kann es nicht sein, dass die Gemeinde Kriens bis 2019 „auf Pump“ lebt. Die Aufgaben- und Finanzplanung muss mit griffigen, umfassenden und mehrteiligen Massnahmen generationengerechter werden. Zudem ist die Finanzierung der vielen vom Gemeinderat versprochenen oder angekündigten Investitionen und Projekten keinesfalls gesichert. Wenn beispielsweise im 2012 mit einem Investitionsvolumen von rund Fr. 21 Mio. von einem „Investitionsbuckel“ gesprochen wird, während im darauffolgenden Jahr nochmals ein fast ähnliches Investitionsvolumen von gegen Fr. 20 Mio. besteht und dieser dann auf Fr. 28 Mio. im 2014 und in den Jahren 2015 und 2016 sogar auf Fr. 41,6 Mio. bzw. Fr. 42,6 Mio. steigt, ist das noch nicht der „Investitionsbuckel“ im 2012. Dieser steht erst noch bevor. Dieser Finanzhaushalt ist umso mehr weit von finanzieller Nachhaltigkeit entfernt. Es braucht eine Kraftübung und insbesondere einen nachhaltigen und mehrjährigen Schulterschluss über die Parteigrenzen hinaus. Die Krienser Bevölkerung muss man dabei unbedingt „mitnehmen“, nicht nur im Bezug auf mögliche Steuererhöhungen, sondern man muss generell glaubwürdig, realistisch und transparent über die Planung informieren und Begründungen liefern. Der integrierte Aufgaben- und Finanzplan zeigt, dass es als Fraktion nicht reicht, sich gegen unpopuläre Forderungen wie Steuererhöhungen zu wenden und vom Gemeinderat Sparmassnahmen zu fordern. Es braucht mehr. So naiv es klingen mag, ist es doch die wichtigste Botschaft der CVP/JCVP-Fraktion zur politischen Gesamtplanung: Die Parteien müssen zusammenstehen und gemeinsam den Schulterschluss suchen, um den Krienser Finanzhaushalt wieder ins Lot zu bringen.

Die CVP/JCVP-Fraktion ist für Eintreten. Man erwartet vom Gemeinderat aber eine substanzielle Weiterentwicklung zu einer generationengerechten Finanz- und Aufgabenplanung auf das nächste Jahr.

Simon Konrad, namens der FDP-Fraktion, kommt dieser Bericht vor wie der Wunschzettel eines Kindes, welches nicht genau weiss, wo alles herkommt. Lobenswerte Ziele, maximale Leistungen und Infrastrukturen, höchste Lebensqualität, minimale Eigenverantwortung und Kostenbewusstsein. Es gibt ihm ein gutes Gefühl, auf Seite 15 zu lesen, dass die Finanzpolitik auf eine nachhaltige Balance zwischen Leistungen und Erträgen ausgerichtet sein soll. Ab Seite 30 beginnt dann aber die konträre Realität. Es gibt Mehrkosten in allen Bereichen. Einzig beim kantonalen Finanzausgleich sieht man einen kleinen Lichtblick. Über den Kennzahlen hängen düstere Wolken. Der kumulierte Mittelbedarf, welchen man braucht, muss zuerst erwirtschaftet werden. Wie soll dies bei diesen negativen Rechnungsabschlüssen möglich sein? Der Verschuldungsgrad steigt auf 221 % im Jahre 2018 (max. 120 %) und die Schuld pro Einwohner verdoppelt sich. Es ist jetzt einfach, alle Schuld der Steuerpolitik und dem Kanton zuzuschieben. Die FDP ist nach wie vor der Meinung, dass der Franken beim einzelnen Bürger am besten aufgehoben ist. Das hat die Stimmbevölkerung erst vor einem Jahr an der Urne sehr klar bekundet. Deshalb wertet man es als Zeichen der Hilflosigkeit, dass der Gemeinderat zwei Steuererhöhungen in Folge vorschlägt und nicht in der Lage ist, nachhaltige Kostensenkungen einzuhalten. Die FDP-Fraktion ist überzeugt, dass es ohne

Kostensenkungen und Leistungsabbau nicht möglich sein wird, die „nachhaltige Balance zwischen Leistungen und Erträgen“ zu erreichen. Die FDP kann nicht hinter dieser Gesamtplanung stehen und lehnt diese ab.

Gemäss Judith Luthiger erachtet die SP-Fraktion den Finanzplan als Arbeitspapier. Im ersten Teil werden die Leitlinien und Zielrichtungen, im zweiten Teil sämtliche anstehende Aufgaben aufgezeigt und im dritten Teil wird dargelegt, wie die Finanzierung aussehen soll. Die SP kann die Leitideen unterstützen. Die Sprecherin dankt Cyrill Wiget, dass er nun etwas zur Jugendarbeit in den Text aufgenommen hat. Die zukünftige Generation darf nicht vergessen gehen. Leider fehlen immer noch Leitsätze, wie die Gemeinde als Arbeitgeberin mit dem Personal umgehen will. Hier besteht Handlungsbedarf. Das Arbeitspapier enthält wunderbare Bekenntnisse, aber bei den Zahlen stimmt es überhaupt nicht. Schöne Worte nützen nichts, wenn nicht konkrete Massnahmen und Umsetzungen folgen können. Wo sind beispielsweise die konkreten Umsetzungsschritte im Gesundheitsbereich? Man tritt an Ort und fährt mit den Leistungen auf einem Minimum. Die Sprecherin verwendet gerne die Worte von Rätö Camenisch: „Der Finanzplan ist eine niedergeschriebene Tristesse“. Defizite bis ins Jahr 2019; das kann doch wohl nicht der Ernst sein. Ist das jetzt die Weiterentwicklung der Gemeinde Kriens, die eigenständig bleiben will? Eine Gemeinde, die nur noch Pflichtübungen erfüllen kann, weil ihr die Finanzen fehlen? Auch die Kennzahlen auf Seite 34 sprechen deutliche Worte. Mit diesen Zahlen können die gesetzlichen Vorschriften gar nicht eingehalten werden. Die Finanzkennzahlen beim Selbstfinanzierungsgrad, Selbstfinanzierungsanteil und Verschuldungsgrad werden bei Weitem nicht erreicht. Da müssen doch alle Alarmglocken läuten. Die Sprecherin erkundigt sich bei Paul Winiker, bei welchem Szenario der Kanton eingreift. Was passiert dann? Die Sprecherin bittet ihn, dies anhand eines Rechnungsbeispiels zu zeigen.

Es ist nun genau das eingetroffen, was die SP schon bei der ersten Steuersenkung prophezeit hat:

1. Man kann sich die Steuersenkungen ohne massiven Leistungsabbau nicht leisten.
2. Man muss jährlich neue Sparpakete schnüren.
3. Es werden Jahr für Jahr Defizite geschrieben. 2012 wird das fünfte Jahr in Folge und die Tendenz ist steigend.
4. Man steht vor einem gigantischen Investitionsstau, weil man es in den vergangenen Jahren verpasste, regelmässig in den Werterhalt zu investieren (aktuelles Beispiel: Schulhaus Gabeldingen). Als es Kriens finanziell gut ging, wurde lieber alles aufgeschoben. Die Sprecherin mag es schon gar nicht mehr hören, dass Kriens sich eine Luxusbadi leistet. Tatsache ist und bleibt, dass die neue Badi alles in allem weniger kostet als die Badi vor 40 Jahren. Vom Mehrwert, dass man das grosse Gelände das ganze Jahr benutzen kann, ganz zu schweigen. Würde man nicht auch 2 Mio. Franken mehr investieren, wenn man dafür einen klaren Mehrwert erhält? Sie bittet Paul Winiker nochmals genau zu informieren, wie viel Geld man pro Jahr für die Badi bezahlt. Den Linken glaubt man nämlich nicht, dass es nur Fr. 353'200.00 sind, die in Form von Abschreibungen und Zinsen bezahlt werden müssen.

Wohin soll diese Finanzpolitik noch führen? Mit weniger Einnahmen kann man die bestehenden, geschweige denn, neue gesetzliche Aufgaben nicht bezahlen. Man darf einen privaten Haushalt nicht mit der öffentlichen Hand vergleichen. Kriens kann nicht sagen: „Wir bezahlen die Pflegefinanzierung nicht.“ Die Gemeinde muss die obligatorischen Leistungen erbringen und dazu braucht sie die nötigen Einnahmen. Die SP fordert den Gemeinderat auf, endlich

eine Vorwärtsstrategie betreffend Kommunikation der effektiven Finanzsituation zu fahren. Wie gedenkt der Gemeinderat das zu tun? Sie ist enttäuscht, wenn sie das Interview mit Paul Winiker zu den Finanzen im Kriens info liest. Die SP befürwortet es, dass der Gemeinderat eine Steuererhöhung vorschlägt. Es macht aber wenig Sinn, portionweise 1/20 zu fordern. Jetzt 1/10 vorübergehend zu fordern, wäre finanzpolitisch vernünftiger. Mit einem Steuerwachstum von 4 % zu rechnen, ist doch etwas sehr optimistisch. In den vergangenen Jahren hat man das nie erreicht, im Gegenteil, es wurden weniger Steuern eingenommen als budgetiert. Zudem stellt die SP die Immobilienstrategie in Frage. Landverkäufe müssen für zukünftige Investitionen eingesetzt werden und nicht zur Deckung von laufenden Ausgaben. Auch die Investitionen sieht man in einem sehr kritischen Licht. An sich ist es positiv, wenn so viel investiert wird. Wo aber sind die Ressourcen? Ist dieser Vorwärtsgang seriös, wenn auf der einen Seite immer weniger Personal da ist? Welche Investitionen könnten verschoben werden? Welche Investitionen müssen priorisiert werden? Welche Investitionen braucht Kriens, damit es attraktiv bleibt? Interessanterweise wollten ihre FGK-Kollegen nicht über die Investitionen sprechen.

Ein Lichtblick im Finanzplan ist, dass der Gemeinderat Lohnmassnahmen von jährlich 1,5 % veranschlagt. Bis jetzt musste man Lohnanpassungen, die über 1 % liegen, über Budgetanträge verlangen. Offensichtlich haben die jährlichen SP-Forderungen für Lohnanpassungen endlich Früchte getragen. Die SP wird sich dafür einsetzen, dass diese 1,5 % dieses Mal wirklich gewährt werden. Ohne Massnahmen geht es nun wirklich nicht mehr. Die Steuererhöhung ist das gerechteste Mittel, denn Gebühren erhöhen und Leistungen abbauen fallen bei kleinen Portemonnaies stärker ins Gewicht. Die SP-Fraktion ist für Eintreten und nimmt den Finanz- und Aufgabenplan zur Kenntnis, kann ihn aber in dieser Form nicht genehmigen.

Mirjam Kalt, namens der Grünen, liest die politische Gesamtplanung nun zum vierten Mal. Sie hat die Planung genau durchgelesen und mit der letztjährigen verglichen. Es ist jeweils dasselbe in einer anderen Schrift. Es gibt drei Ebenen: formal, inhaltlich und Finanzen.

Bei der formalen Ebene sind es zu 90 % dieselben Themen und Leitlinien wie vor einem Jahr. Beim Aufgabenplan ist noch ca. 50 % gleich. Hier wurde angepasst, was bereits gemacht wurde, was neu ansteht und was sich veränderte. Positiv daran ist, dass man auf Kurs ist und keine Zick-Zack-Linie besteht. Die Sprecherin vermisst aber eine Evaluation der letzten Jahre und was für Konsequenzen daraus gezogen werden für das nächste Jahr. Eigentlich weiss man, dass jede Planung eine Evaluation voraussetzt, damit auch Erkenntnisse, Veränderungen usw. eingebaut werden können. Zum Glück gibt es im Anhang noch eine Projektliste, worauf ersichtlich ist, was abgeschlossen wurde und was noch läuft. Die Sprecherin macht dem Gemeinderat beliebt, eine 4-jährige Gesamtplanung mit jährlichen Anpassungen und Ergänzungen einzuführen. Dies ermöglicht einerseits eine längerfristige Planung in die Zukunft mit gleichzeitig prozesshaftem Reagieren auf Veränderungen. Andererseits muss man nicht jedes Mal wieder das Gleiche lesen und hat gleichwohl ein wenig Überblick, was bereits bestand und was neu dazu kam.

Bei der inhaltlichen Ebene gibt es einerseits Themen, die neu dazugekommen sind oder weiterhin in der Planung vorgesehen sind. Dies freut die Grünen. Andererseits bleibt auch Einiges unkorrekt. Sie nennt ein paar Beispiele:

*Raumordnung, Verkehr – zusätzlich:*

- Anreize schaffen für Private zur Steigerung der Energieeffizienz und des Einsatzes erneuerbarer Energien.

Die Grünen befürworten das, leider fehlt aber beim Aufgabenplan eine konkrete Massnahme dazu.

- Rahmenbedingungen, die eine verdichtete Nutzung des knappen Bodens ermöglichen. Genau auf diese Rahmenbedingungen wird man „ein grünes Auge“ legen.

*Raumordnung, Verkehr – wie bis anhin im Aufgabenplan:*

- Werterhaltung der Schulhäuser

Es ist wichtig, dass hier weitergemacht wird und eine grosse Priorität besteht. Ausstehend ist, wie es im Schulhaus Gabeldingen weitergeht.

- Ausbau Radverkehrsanlagen, Verbesserungen beim Ortsbus und der Anbindung ans Eigenthal

*Soziales, Gesundheit*

- Gesundheit und Alter: Gesundheitsversorgung basiert auf einem System von Massnahmen, die aufeinander abgestimmt sind, z.B. Schaffung einer Koordinations- und Anlaufstelle. Dies wurde konkretisiert.

Ansonsten ist Einiges genau gleich wie im letzten Bericht. Man ist also auf Kurs und macht keine grösseren Richtungsänderungen. Die Grünen begrüssen dies. Neu und begrüssenswert sind auch die Folgerungen durch die Änderungen des Arbeitslosenversicherungsgesetzes für die Gemeinde und die Kriterien für Arbeitsintegrationsprojekte.

Die Sprecherin erwähnte bereits mehrmals, dass beispielsweise in Bezug auf Integrationsförderung keine konkreten Massnahmen geplant sind. Dieser Punkt steht nun zum vierten Mal in dieser Gesamtplanung und es wurde trotz jeweiligem Hinweis darauf keine Konkretisierung vorgenommen. Es geht dabei über die Unterstützung des Vereins „Migration - Kriens integriert“ hinaus.

*Kultur, Sport – neu bei den Leitlinien:*

- Eine zeitgemässe Jugendarbeit fördert ein initiatives und sinnvolles Freizeitverhalten der Jugendlichen und fordert von ihnen ein integratives und verantwortungsvolles Handeln in der Gesellschaft.

In Kriens wird professionelle Jugendarbeit geleistet. Man weiss, dass dies umgesetzt wird, auch wenn dies im Aufgabenplan nicht konkretisiert wird.

Wie wird versucht, all dies zu finanzieren? Dies ist die grösste Herausforderung der Gesamtplanung. Es liegt ein Resultat einer miserablen bürgerlichen Politik vor, welche eine Steuer-senkung erzwungen hat. Man muss sich nun überleben, wie man aus dieser miserablen Situation herauskommt. Daher ist es den Grünen wichtig, dass man prüft, wo Desinvestitionen getätigt oder alternative Finanzierungsmodelle für Investitionen gefunden werden können. Wichtig ist, dass man längerfristig plant, mit Desinvestitionen nicht die laufende Rechnung deckt, dass man für künftige Generationen gemeindeeigenes Land lässt und nicht alles verkauft oder verbaut. Die Grünen sind überzeugt, dass eine gesunde Finanzierung für eine attraktive und konkurrenzfähige Gemeinde nur mit einer Steuererhöhung möglich ist. Und dies nicht nur in diesem Jahr. Gleichzeitig gibt es Widersprüche des Finanzplanes im inhaltlichen Teil:

- Die Aufgabenerfüllung in den Kernbereichen zu Gunsten der Bevölkerung steht im Vordergrund. Da braucht es eine Klärung und Konkretisierung, welches die Kernbereiche sind und wo man auf keinen Fall Abstriche machen will. Die Grünen stehen ein für die Förderung einer umweltverträglicheren Mobilität und Bauen, hohe Qualität der Bildung, Dienst-



- leistungen und Unterstützung für kranke und alte Menschen, Menschen am Rande und Familienförderung.
- Verbesserung des öffentlichen Verkehrs: in der Planung fürs 2013 wird eine Reduktion des Beitrages an den öffentlichen Verkehr von Fr. 200'000.00 geplant.
  - Massnahmen bezüglich Gesundheit und Alter: Das scheint noch sehr offen zu sein, wie dann solch gute Massnahmen konkretisiert und umgesetzt werden.

Dies ein paar kritische Bemerkungen und auch lobende Worte zur Gesamtplanung bezüglich Visionen, welchen die Grünen zustimmen. Die Grünen sind für Eintreten.

Für Räto Camenisch ist der vorliegende B+A eine niedergeschriebene Katastrophe. Der Bericht ist gut und sauber dargestellt und enthält eine klare Meinungsäusserung des Gemeinderates. Es wird aber eine falsche Politik präsentiert und es wird vieles versprochen. Die Planung ist nicht restriktiv. Eine Steuererhöhung ist das einfachste, jedoch wollte dies das Volk nicht und hat diese zwei Mal abgelehnt. Der Gemeinderat muss Optionen im Finanzplan darlegen, wie die Katastrophe abgewendet werden kann. Da der Gemeinderat dies nicht vorgenommen hat, muss die SVP den Finanzplan ablehnen und zurückweisen. Die Hausaufgaben wurden nicht gemacht. Die Gemeinde muss weiter existieren. Der Finanzplan kann so nicht akzeptiert werden.

Alex Hahn ist über den politischen Bericht und insbesondere den Finanzplan enttäuscht. Der Wille des Bürgers wird missachtet. Es wird wieder eine Steuererhöhung beantragt, nachdem das Volk diese vor knapp einem Jahr ablehnte. Wenn jetzt wieder eine Steuererhöhung beantragt wird, arbeitet man für eine Fusion mit Luzern hin. Luzern stellt für das Jahr 2013 eine Steuererhöhung in Aussicht. Daran müsste sich Kriens halten und eine allfällige Steuererhöhung auf das Jahr 2013 terminieren. Der Einwohnerrat wurde von Krienser Bürgern gewählt und hat eine Verantwortung. Wenn man den Willen des Bürgers missachtet, macht sich der Einwohnerrat unglaubwürdig. Wenn es dem Bürger nicht weh tut zu sparen, ist er auch nicht bereit, mehr Geld auszugeben. Der Sprecher bittet, den Planungsbericht sowie auch das Budget 2012 abzulehnen.

Beat Tanner beschäftigt es, dass die Finanzkennzahlen nicht erreicht werden. Bei einer Nichteinhaltung dieser Zahlen müsste der Gemeinderat mögliche Massnahmen dazu aufzeigen. Wo sind diese Massnahmen?

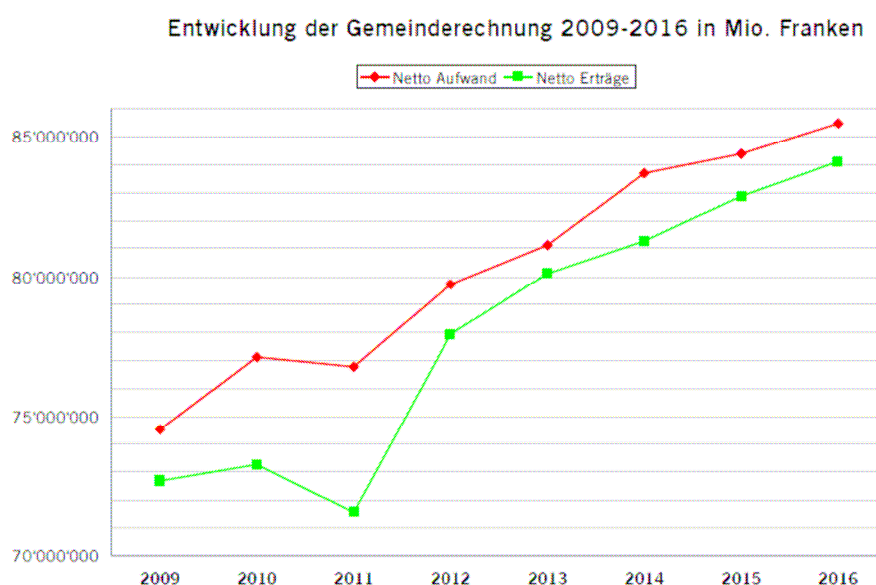
Verena Wicki äussert sich zum Votum von Alfons Graf betreffend Integration. Der grösste Teil der Ausländerinnen und Ausländer ist im Arbeitsmarkt integriert und trägt zum Erfolgskonzept der Schweiz bei. Diese bezahlen ebenfalls Steuern. Die Gesellschaft ist vielfältig. Es gibt auch negative Entwicklungen. Eine Bekämpfung davon muss mit Prävention und Förderung von Integration erfolgen. Das bestehende Ausländergesetz, welches mit 76 % angenommen wurde und seit 2008 in Kraft ist, muss umgesetzt werden. Ausserdem wird zur Zeit ein Integrationskonzept entwickelt. Dies wird in den nächsten Jahren kommuniziert. Es sollen auch gezielt Fördermittel von Bund und Kanton abgeholt werden.

Martin Heini bemerkt zur Diskussion betreffend Steuererhöhung, dass die Vergangenheit ausgeblendet wird. Dem Volk wurde jeweils nur die Hälfte aufgetischt, denn die drei vorgenom-

menen Steuersenkungen kamen nie vor das Volk. Wenn das Volk eine Steuererhöhung ablehnt, dann nur, weil es nur die Hälfte kennt. Die Sparpakete sind nie so transparent hervorgetreten. Nun muss die Verantwortung der Steuersenkung und den roten Zahlen getragen werden. Dem Sprecher ist es ein Anliegen, dass man sich für die heutige Finanzlage verantwortlich zeigt. Deshalb muss man ein Zeichen setzen und auf die Steuererhöhung bestehen.

Paul Winiker kommentiert anhand einer PowerPoint-Präsentation die wichtigsten Fakten zur Finanzplanung 2012 bis 2020. Unter den Planannahmen sieht man ein Personalkostenwachstum von 1,5 %, Fremdkapitalzinssatz von 3 %, Steuerfuss ab 2013 von 2.0 Einheiten und ein Steuerwachstum von ca. 4 % vor. Der Gemeinderat ist der Meinung, dass dieses Steuerwachstum haltbar ist. Weiter bemerkt er, dass der Finanzplan keinen Businessplan des Gemeinderates ist. Es sind gesetzliche Aufträge und Leistungen enthalten. Die wichtigsten Eckpunkte sind Lohnanpassungen, Erneuerung Telefonie und Informatik, Vernetzung Gemeindebetriebe, Heime und Schulen, Aufbau Fachbehörde Kind- und Erwachsenenschutz, Umsetzung Integrative Förderung, 2. Kindergartenjahr (Freiwilligkeit bei den Eltern), Attraktivierung Arbeitsplatz Schule, Realisierung neue Badeanlage Kleinfeld, Spezialfinanzierung Heime ab 2014, Betreuungsgutschriften und Horte für Vorschulkinder, Spar- und Massnahmenpakete umsetzen, Mehreinnahmen aus kantonalem Finanzausgleich, Verkauf von Liegenschaften im Finanzvermögen, Erhöhung der Steuereinheiten um 1/20 in den Jahren 2012 und 2013.

In der laufenden Rechnung ist im Jahr 2013 eine kleine Trendverbesserung im operativen Resultat vorgesehen. Dies ist auch für den Gemeinderat absolut ungenügend. Der Gemeinderat hat weitere Einsparungen aufgezeigt. Es braucht jedoch auch Mehreinnahmen. Er erläutert anhand einer Grafik die Entwicklung der Gemeinderechnung 2009 – 2016 (in Mio. Franken).



Zu den Investitionen bemerkt der Sprecher, dass diese vor allem in den Jahren 2015 und 2016 zunehmen. Der Gemeinderat ist der Meinung, dass die Finanzierung für das Grossfeld mit betreuten Wohnungseinheiten die Finanzierungskraft der Gemeinde übersteigt. Es müssen andere Finanzierungen gefunden werden, beispielsweise mit privaten Investoren. Jährlich benötigt es Investitionen von rund 10 Mio. Franken für die Werterhaltung von Infrastrukturen. Ohne diese Investitionen kann die Funktionsfähigkeit und Qualität nicht aufrecht erhalten werden.

Anhand der Mittelflussrechnung erklärt er, dass der Selbstfinanzierungsgrad ungenügend ist. Es muss geprüft werden, wie dieser in den nächsten Jahren berichtigt werden kann. Der Gemeinderat ist der Meinung, dass ein Minimum von Leistungen erbracht werden soll. Voraussichtlich wird Ende 2012 bzw. 2013 das Eigenkapital aufgebraucht sein. Daher benötigt es einschneidende Massnahmen auf der Kostenleistungsseite sowie auf der Investitionsseite. Die anstehenden Herausforderungen können nur bewältigt werden, wenn die Konjunktur nicht weiter einbricht, die Ausgabendisziplin konsequent eingehalten wird, die vom Kanton erwarteten Kompensationseffekte aufgrund der Unternehmenssteuerreform eintreten, keine neuen finanzrelevanten Aufgaben vom Kanton an die Gemeinde delegiert werden, die Mehreinnahmen aus den Steuererhöhungen in die Gemeindekasse fliessen, die Investitionen teilweise über Desinvestitionen finanziert werden, neue Trägerschaften/Finanzierungsmodelle für die Grossprojekte (Zentrum und Grossfeld) akquiriert werden und weitere Chancen der Zusammenarbeit und Kooperationen genutzt werden.

Zum Schluss äussert sich Paul Winiker zu einzelnen Voten. Der Gemeinderat nimmt zur Kenntnis, dass der Aufgabenplan offenbar abgelehnt wird. Die einen fordern einen Leistungsstopp und für andere ist dies ein minimales Leistungsspektrum. Die CVP äusserte, dass die junge Generation mit der heutigen Situation belastet wird. Dies ist tatsächlich so, wenn es nicht gelingt, die Defizite in den Griff zu bekommen. Es muss ein Weg gefunden werden, um dies zu lösen.

In der Gesamtplanung ist nun eine moderate Steuererhöhung enthalten und es wurden weitere Sparmassnahmen aufgezeigt. Bei den Investitionen müssen klar Prioritäten gesetzt werden. Die Planung muss im rollenden Sinne angepasst werden können. Dies ist nicht der Wunschzettel des Gemeinderates, sondern der Bestellzettel des Gesetzgebers. Die Nichteinhaltung der Finanzkennzahlen beunruhigt den Gemeinderat ebenfalls. Es kann nicht sein, dass sämtliche Kennzahlen über Jahre verletzt werden. Die Gemeinde ist eigenverantwortlich und muss schauen, dass die Kennzahlen eingehalten werden. Das heutige Finanzproblem kann in frühestens 5 Jahren gelöst werden. In den nächsten Jahren müssen eingehende Diskussionen geführt werden, welche Leistungen und welchen Standard man finanzieren muss. Das Ziel ist eine lebenswerte, zukunftsgerechte Agglomerationsgemeinde, auf die man stolz sein kann.

Johanna Dalla Bona stellt fest, dass das Eintreten bestritten ist. Es liegt ein Rückweisungsantrag der Bildungskommission vor.

Michael Günter weist darauf hin, dass ein Rückweisungsantrag mit einem konkreten Auftrag verbunden sein muss. Er bittet die Bildungskommission, diesen zu formulieren.

Daniel Piazza äussert sich zur Bemerkung, dass eine Steuererhöhung vom Volk abgelehnt wird. Bei der letzten Abstimmung wurde eine Steuererhöhung von 1/10 abgelehnt. Ein Jahr

später soll man klüger werden und sich nochmals an die Bevölkerung wenden mit einer Gesamtschau. Man möchte schlussendlich doch keine ausgehöhlte Gemeinde.

Johanna Dalla Bona unterbricht den Sprecher, da nach dem Eintreten keine Wortmeldungen mehr erfolgen können.

Monika Marbacher ist der Meinung dass es eine Begründung für den Rückweisungsantrag braucht. Die Rückweisung der BiK erfolgt aufgrund der Steuererhöhung, Lohnanpassung und fehlenden Sparbemühungen.

### **Abstimmung Eintreten**

Mit 20:12 Stimmen wird auf den B+A eingetreten.

Aakti, Brahim	ja
Bienz, Bruno	ja
Bienz, Viktor	ja
Bolzern, Caroline	ja
Bründler, Anton	nein
Camenisch, Räto	nein
Erni, Roger	nein
Fluder, Hans	nein
Frey, Maurus	ja
Graber, Kathrin	ja
Graf, Alfons	ja
Günter, Michael	ja
Hahn, Alex	nein
Heini, Martin	ja
Heiz, Martin	nein
Kalt, Mirjam	ja
Kaufmann-Wolf, Christine	ja
Kiener, Beatrice	nein
Koch, Patrick	ja
Konrad, Simon	nein
Luthiger, Judith	ja
Marbacher, Monika	ja
Müller, Ursula	ja
Nyfeler, Nicole	ja
Piazza, Daniel	nein
Portmann, Peter	nein
Schwizer, Roland	ja
Tanner, Beat	nein
Tschümperlin, Erich	ja
Urfer, Mario	ja
Wespi, Peter	nein
Wicki Roth, Verena	ja

**Seite 34 – Schlüsselindikatoren 2011 – 2018**

Christine Kaufmann-Wolf bemerkt, dass die Schlüsselindikatoren bei den Finanzkennzahlen von 2011 bis 2018 in den nächsten fünf Jahren betreffend Selbstfinanzierungsgrad, Selbstfinanzierungsanteil, Verschuldungsgrad sowie die Nettoschuld pro Einwohner trotz der budgetierten Steuererhöhung absolut nicht erfüllt werden können. Was heisst das für Kriens genau? Ab wann und wie schreitet der Kanton Luzern bei einem über Jahre nicht erfüllten Gemeindefinanzhaushalt ein? Mit welchen Konsequenzen muss die Gemeinde Kriens seitens des Kantons rechnen?

Paul Winiker erklärt, dass die Rechnung und das Budget jeweils dem Regierungsstatthalter unterbreitet werden. Dieser verfasst einen Kommentar, welcher in der Rechnung bzw. im Budget abgedruckt wird. Der Regierungsstatthalter wird darauf hinweisen, dass gewisse Kennzahlen nicht eingehalten werden. Die Gemeinde ist aber selber dafür verantwortlich.

Für Judith Luthiger ist dies eine unbefriedigende Antwort. Wie kann man damit noch wirtschaften? Wie viel Defizit mag es leiden, bis der Kanton sagt, dass die Steuern erhöht werden müssen?

Paul Winiker führt aus, dass auf der Einnahmenseite Massnahmen aufgezeigt werden, welche man als einigermaßen vertretbar erachtet. Eigentlich müssten grössere Verbesserungsschritte gemacht werden. Im Mai 2011 fand eine Klausursitzung mit dem Einwohnerrat statt, welche zum Teil sehr widersprüchlich ausgefallen ist. Man möchte eine Verbesserung des strukturellen Defizits erreichen. Wenn das Budget nun abgelehnt wird, wird der Gemeinderat eine zweite Version vorlegen. Falls diese wieder abgelehnt würde, würde das Budget zur Festsetzung an den Regierungsrat delegiert.

Gemäss Beat Tanner stellt auch die FDP fest, dass die Finanzkennzahlen den kantonalen Mindestvorgaben nicht genügen. Eine solche Finanzplanung kann die FDP nicht verantworten. Dass diese Kennzahlen in den nächsten zwei Jahren nicht eingehalten werden können, sieht man ein. Spätestens nach fünf Jahren oder Ende der Planperiode müssen die Zahlen aber wieder erreicht werden können. Es ist nicht ersichtlich, mit welchen Massnahmen dies der Gemeinderat erreichen will. Es braucht eine Finanzstrategie, wie diese Kennzahlen in fünf Jahren wieder eingehalten werden können.

Gemäss Johanna Dalla Bona beantragt der Gemeinderat, die vorliegende politische Gesamtplanung mit integriertem Aufgaben- und Finanzplan 2012-2016 zu genehmigen. Sie verliest den Beschlusstext:

1. *Die Politische Gesamtplanung mit integriertem Aufgaben- und Finanzplan 2012-2016 wird genehmigt.*
2. *Spätere Abweichungen gemäss Beschlüssen des Einwohnerrates bleiben vorbehalten.*

**Abstimmung**

Das Ergebnis ist 14:14 Stimmen.

(Das namentliche Abstimmungsergebnis kann aufgrund eines technischen Fehlers des Abstimmungssystems nicht mehr nachvollzogen werden.)

Somit kommt es zu einer zweiten Abstimmung.

### **Abstimmung**

Dem Beschlusstext wird mit 16:15 Stimmen zugestimmt.

Aakti, Brahim	ja
Bienz, Bruno	ja
Bienz, Viktor	ja
Bolzern, Caroline	nein
Bründler, Anton	nein
Camenisch, Räto	nein
Erni, Roger	nein
Fluder, Hans	nein
Frey, Maurus	ja
Graber, Kathrin	ja
Graf, Alfons	nein
Günter, Michael	nein
Hahn, Alex	nein
Heini, Martin	ja
Heiz, Martin	nein
Kalt, Mirjam	ja
Kaufmann-Wolf, Christine	ja
Kiener, Beatrice	nein
Koch, Patrick	nein
Konrad, Simon	nein
Luthiger, Judith	Enthaltung
Marbacher, Monika	ja
Müller, Ursula	ja
Nyfeler, Nicole	ja
Piazza, Daniel	ja
Portmann, Peter	nein
Schwizer, Roland	ja
Tanner, Beat	nein
Tschümperlin, Erich	ja
Urfer, Mario	ja
Wespi, Peter	nein
Wicki Roth, Verena	ja

Judith Luthiger erkundigt sich bei der Geschäftsleitung, ob der vorliegende Bericht genehmigt werden muss. Bei einer nächsten Revision der Gemeindeordnung regt sie an, dass solche Berichte nur noch zur Kenntnis genommen werden müssen. Es kann nicht sein, dass über solche Berichte abgestimmt werden muss.

Johanna Dalla Bona antwortet, dass dieses Problem erkannt wurde. Dies ist aber in der Gemeindeordnung so festgehalten.

Räto Camenisch weist darauf hin, dass er bei der damaligen Diskussion bereits deutlich sagte, dass solche Berichte nicht genehmigt werden sollen.

## 9. Bericht und Antrag: Voranschlag 2012

Nr. 259/11

Gleichzeitig werden folgende Vorstösse behandelt (im Bericht und Antrag integriert):

- **Bericht Postulat Konrad: Kostendeckungsgrad Heime Kriens (Budget 2011)** Nr. 213/11
- **Bericht Petition: Investitionsstopp und Einsparung im Gemeindehaushalt** Nr. 220/11
- **Bericht Postulat Piazza: Weg aus der finanzpolitischen Sackgasse** Nr. 241/11
- **Bericht Motion Portmann: Sparmassnahmen auch im Umweltbereich** Nr. 207/11

Johanna Dalla Bona begrüsst als Sachverständigen Beat Fallegger, Leiter Finanzen.

Simon Konrad dankt namens der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission (FGK) dem Gemeinderat für die Zustellung des Voranschlages per PDF. Das macht es einfacher, einzelne Posten zu finden. Auch die Zusammenfassung, die Grafiken und die Hauptmerkmale bis Seite 17 sind sehr informativ. Das Eintreten war in der FGK unbestritten. Das Budget stiess bei allen Parteien aus unterschiedlichen Gründen auf Ablehnung. Man fühlt sich im Würgegriff des Kantons. Steuersenkungen werden beklagt, aber auch Steuererhöhungen stossen auf Widerstand. Den einen ist die Steuererhöhung zu tief, den anderen zu hoch. Kommunale und kantonale Steuersenkungen und neue Aufgaben von Bund und Kanton werden als Grund für das „Kummerbudget“ angegeben. Die Schere zwischen Ein- und Ausgaben klafft immer weiter auseinander und der operative Verlust von Fr. 8,1 Mio. ist beängstigend. Echte Sparanstrengungen werden vermisst und man kritisiert, dass auf Kosten der nächsten Generation gelebt wird. In einer Variantenabstimmung obsiegte in der FGK der Steuerfuss von 1,9 Einheiten, also keine Steuererhöhung von 1/10 und 1/20. In der Detailberatung wurden zwei Anträge angenommen, die per Extranet zugestellt wurden und auch aufliegen:

- Keine Kürzung Musik + Bewegung (M+B) vornehmen und den Beitrag an die Musikschule bei Fr. 156'500.00 belassen.
- Die Elternbeiträge der Musikschule nicht erhöhen.

Das Investitionsbudget wird von der FGK mitgetragen. Die Schlussabstimmung fiel letztlich aus unterschiedlichen Motivationen mit 4:1 Stimmen gegen das vorliegende Budget aus.

Gemäss Monika Marbacher ist die Bildungskommission (BiK) mit 4:3 Stimmen auf den Voranschlag 2012, Bereich Bildung, eingetreten. Im Nettoergebnis der Bildung ist eine Abnahme von Fr. 105'100.00 zu verzeichnen. Die Bildungskosten sind prozentual auf 37,5 % gesunken. Die Massnahmen des Gemeinderates zur Kostensenkung wurden u.a. mit einer Reduktion der Klassenzahlen und der Abschaffung des freiwilligen Musikunterrichtes in der 2. Primarstufe erreicht. Markus Buholzer, Rektor, wies einmal mehr darauf hin, dass die Klassengrößen einen wesentlichen Einfluss auf die Führbarkeit einer Klasse haben. Je grösser die Klasse, umso grösser ist der Aufwand betreffend Führung. Bei den geplanten Abteilungen gemäss Voranschlag sind keine Anpassungen nach oben denkbar. Die BiK konnte die Argumente des Rektors nachvollziehen. Die Abschaffung des zweiten M+B-Jahres (Musik + Bewegung) ist ein

pädagogischer, erzieherischer, musikalischer und gesellschaftlicher Verlust. Dennoch ist M+B eine freiwillige Leistung der Volksschule Kriens. Nach Meinung der BiK soll das Schulangebot gut ausgestaltet, gleichzeitig aber auch finanzierbar sein.

In der Detailberatung wurde festgehalten, dass Kriens hohe Elternbeiträge bei der Musikschule einfordert, was Eltern auch veranlassen kann, ihr Kind nicht mehr für die Musikschule anzumelden. Zu einer Erhöhung der Elternbeiträge wurde skeptisch reagiert. Der Antrag um die Beibehaltung von zwei Jahren M+B hat die BiK mit 4:2 Stimmen verworfen. Der Voranschlag, Bereich Bildung, wurde mit 4 Stimmen bei 2 Enthaltungen genehmigt.

Martin Heiz führt aus, dass das Eintreten in der Baukommission (BK) unbestritten war. Die BK hat sich nur mit den baurelevanten Konten befasst. Die Gesamtplanung des relevanten Bereichs des Baudepartements ist gegenüber dem Budget 2011 grundsätzlich ausgeglichen. Es wurden diverse Fragen gestellt, welche gleich beantwortet werden konnten oder welche noch abgeklärt wurden. Im Protokoll der BK wurden alle Fragen beantwortet. Dafür dankt er bestens. Es sind Konten vorhanden, bei denen Sparmassnahmen erfolgten, wie beispielsweise bei der Schneeräumung. Dies wird neu durch eigenes Personal gemacht und nicht mehr an Drittfirmen vergeben. Man ist der Meinung, dass bei der Verrechnung der Schneeräumung an Dritte sicher noch Potential vorhanden ist. Bei der Aufstellung der Leistungsverzichte und Einsparungen wäre es gut, wenn man sieht, wie sich das Defizit von Fr. 8,1 Mio. im Detail zusammensetzt. Mit 4:0 Stimmen bei 3 Enthaltungen wurden die baurelevanten Konten des Voranschlags angenommen.

Bruno Bienz hält namens der Sozial- und Gesundheitskommission (SGK) fest, dass natürlich niemand über den Voranschlag 2012 erfreut ist. Verschiedene Mitglieder erachten die hohen Pflegeheimkosten als stossend und an der Grenze. Beim „Wie weiter“ war es mit der Einigkeit vorbei. Von „Es hat noch Luft im Budget“ bis zum „Desaster“ reichte die ganze Palette. Das Eintreten war aber in der SGK unbestritten. Bei der Detailberatung wurde auf Seite 14 betreffend Zunahme der SEG-Kosten festgestellt, dass die Gemeinde diese Kosten nicht beeinflussen kann. Der Sockelbeitrag wird pro Einwohner gerechnet und nimmt laufend zu. SEG betrifft Heimeinweisungen von Erwachsenen und Minderjährigen.

#### *Konto 100.00 Vormundschaft*

Die Vormundschaft, wie sie heute dasteht, wird es im nächsten Budget nicht mehr geben. Diese wird in der KESB (Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde) regional zusammengeführt. Das Personal soll so schnell wie möglich in den neuen Betrieb integriert werden. Wo diese Behörde zu stehen kommt, ist noch nicht klar. Es soll ein Standort sein, der regional Sinn macht. Im Idealfall wäre es die Stadt Luzern. Leider wird diese Zusammenführung zu Mehrkosten führen. Laut Aussage von Sibylle Tobler, Vormundschaftssekretärin, muss man sogar mit deutlichen Mehrkosten rechnen. Es führt zum Beispiel dazu, dass ein 24-Stunden Pikettendienst über 365 Tage eingeführt wird. Da muss die Gemeinde den Daumen drauf halten, sonst wird das „ein Fass ohne Boden“.

#### *Konto 410.00 Pflegefinanzierung*

Die Kostenerhöhung beträgt hier satte Fr. 900'000.00. Diese Kosten betrifft Menschen, die in auswärtigen Heimen platziert sind. Diese Kosten können sich noch weiter erhöhen.



*Konto 410.01 Heim Grossfeld*

Diskussionsstoff gab hier das Konto Besoldungen. Durch die Eröffnung einer neuen Abteilung benötigt es mehr Personal. Lothar Sidler erklärte, dass diesen Kosten ein Mehrertrag, welcher grösser ist als der Aufwand, gegenübersteht. Der Nettoaufwand kann um Fr. 230'000.00 verbessert werden. Der Gemeinderat hat der SGK vor einiger Zeit diese Zwischennutzung mitgeteilt. Es gibt eine geschlossene Abteilung für stark Demenzkranke, ein Kriseninterventionszimmer und ambulante Betten für Menschen mit Demenz. Insgesamt sind es 14 Zimmer. Diese Zimmer musste der Regierungsrat und die umliegenden Gemeinden bewilligen.

Auch beim Konto Wasser, Energie und Heizung gab es Fragen. Im Voranschlag wird unter den Bemerkungen die Erhöhung mit einer hohen Teuerung bei den Energiepreisen begründet. Interessant ist, dass nur im Grossfeld eine solche Teuerung ansteht. Es entsteht der Eindruck, dass die Kosten so „Handgelenk mal Pi“ zwischen Grossfeld und Hofmatt hin- und hergeschoben werden.

*Konto 410.02 Heim Zunacher 1 / 410.03 Heim Zunacher 2 / 410.04 Heim Kleinfeld*

Die Zusammenlegung dieser Konten macht sicher Sinn. Für die Kommission ist es bei diesem Voranschlag aber nicht so einfach. Es macht auch Sinn, beim nächsten Budget gewisse Kennzahlen darin abzubilden, wie beispielsweise Bettenauslastung, BESA-Punkte pro Stelle, Personalkosten pro BESA-Punkt, Einnahmen pro BESA-Punkt. Diese Kennzahlen machen es der SGK einfacher, ihrer Kontrollpflicht nachzukommen.

*Konto 440.00 Spitex Verein*

Die Spitex hat ein tieferes Budget als letztes Jahr. Mit einer Grafik verdeutlicht der Leiter Spitex, Hanspeter Inauen, die sinkenden Beiträge der Gemeinde an die Spitex Kriens. Neben internen Sparmassnahmen (z.B. interne Übernahme des Abenddienstes durch Spitex Kriens anstelle der Spitex Stadt Luzern) sind vor allem auch die neue Pflegefinanzierung und die Tarifierhöhungen in der Hauswirtschaft massgebende Faktoren. Auch der hohe Einsatz bei der Mitgliederwerbung reduziert den Gemeindebeitrag. Die kantonale Spitex-Statistik zeigt auf, dass die Kosten der öffentlichen Hand je Leistungsstunde unter dem Durchschnitt ist. Der Durchschnitt beträgt im Amt Luzern Fr. 58.64. Kriens kommt auf Fr. 51.03 pro Leistungsstunde. Beim Posten „Mitgliederbeitrag und Spenden je 1'000 Einwohner“ ist Kriens mit 4.50 weit über dem Durchschnitt von 2.93. Der Vorstand und die Geschäftsleitung der Spitex erarbeitet laut Hanspeter Inauen das Budget jeweils mit der Grundhaltung von realistischen Zahlen ohne Polster, um allfällige Kürzungen während dem Budgetprozess aufzufangen. Wenn Beiträge gekürzt werden, wirkt sich das direkt auf die Leistungen aus.

Es wurde die Frage aufgeworfen, wie es mit der Lücke in der Besoldung des diplomierten Pflegepersonals zwischen Kriens und den Nachbargemeinden weitergeht. Gemäss Aussage von Lothar Sidler ist Kriens im Schnitt Fr. 300.00 unter dem Durchschnitt. Im letzten Jahr wurde die erste Anpassung gemacht, die zweite Tranche steht noch aus. In diesem Jahr ist nichts vorgesehen. Zusätzlich zum vorliegenden Budget wurden im Bereich SGK noch weitere Verbesserungen vorgenommen:

Optimierung BESA-Einstufungen	Fr. 90'000.00
Stellenabbau Empfang 60 %	Fr. 45'000.00
Kürzungen Anschaffungen und Ersatz Mobiliar	Fr. 20'000.00
Lebensmitteleinkauf (keine Teuerung)	<u>Fr. 13'000.00</u>
Total	Fr. 168'000.00

Der Voranschlag – SGK-relevante Konten – wurde mit 3:2 Stimmen angenommen.

Gemäss Martin Heini ist die Umwelt- und Sicherheitskommission (USK) einhellig für Eintreten auf den Voranschlag 2012. Man ist auch einstimmig der Meinung, dass dies nicht unbedingt die Lieblingslektüre ist. Die USK hat die (noch) vorhandenen Konten und Leistungen, welche die USK betreffen, untersucht. Es wurden diverse Punkte diskutiert. Details dazu findet man im USK-Protokoll. Wichtig erscheint die Aussage, dass das Umwelt- und Sicherheitsdepartement (USD) in der Vergangenheit stark im politischen Gegenwind stand. Es wurden Praktikumbstellen und Projekte gestrichen und eine Stelle über 6 Monate vakant gehalten, wodurch der Aufwand reduziert wurde. Seit 12 Jahren ist der Stellenplan des USD stabil resp. abnehmend. Im Vergleich zu anderen Gemeinden wird effizienter gearbeitet. Es wurden Leistungen an andere Departement übergeben. Die Leistungen des USD sind sogenannte Pflichtleistungen. Was nicht durch das USD erledigt wird, wird anderen Departementen angehängt und der Aufwand bleibt. Es stellt sich die Frage nach der Service-Qualität dem Kunden/Bürger gegenüber. Ein „Scheinbudget“ nützt niemandem. Man muss aufzeigen, was die zu erbringende Leistung kostet. Die Forderung der Motion Portmann „Sparmassnahmen auch im Umweltbereich“ (Seite 23) liegt jenseits des Realisierbaren. Es wurden die falschen Zahlen gefordert. Die Forderungen sind mehrfach bereits erfüllt. Aus der USK liegt kein Antrag um Nicht-Abschreibung der Motion vor. Als USK-Präsident kommt der Sprecher zum Fazit, dass die Kostenminimierung im USD erschöpft ist. Über gesetzliche Leistungen kann man nicht diskutieren. Der Betrieb kann nur mit grossen Anstrengungen aufrecht erhalten bleiben. Mehr politischer Druck geht zu Lasten der Mitarbeitenden. Diese haben bezüglich Arbeitsbedingungen und Löhne gleiche Rechte wie Arbeitnehmende in der Privatwirtschaft. Dem Personal gebührt eine entsprechende Wertschätzung ob der professionellen Arbeit unter erschwerten Bedingungen.

Der Voranschlag, Bereich USK, wurde mit 2:0 Stimmen bei 2 Enthaltungen genehmigt.

Peter Portmann teilt mit, dass die SVP-Fraktion das Rohdefizit von Fr. 8,1 Millionen für das Budget 2012 bedauert. Mit grossen Defiziten kämpft zurzeit nicht nur die Gemeinde Kriens. Auch die Stadt Luzern und die übrigen Agglomerationsgemeinden haben die gleichen Strukturprobleme und erwarten ebenfalls hohe Defizite. Die SVP dankt dem Gemeinderat und den Mitarbeitenden des Finanzdepartements für die Erarbeitung dieses schwierigen Berichtes. Die SVP-Fraktion wird wie vereinbart dem Bericht und Antrag in allen Punkten zustimmen. Mit dieser Zusage springt die SVP über den eigenen Schatten. Man wird aber keine weiteren Änderungen mittragen. Der Sprecher hat seinen FGK-Kollegen angekündigt, dass man sich nicht rechts überholen und über den Tisch ziehen lässt. Das heisst, wenn eine Partei auf die Steuererhöhung von 1/20 verzichtet, wird die SVP-Fraktion gleichziehen. Er erinnert daran, dass das Volk am 19. Dezember 2010 eine Steuererhöhung von 1/10 mit 65 % klar ablehnte. Also war der Auftrag des Volkes an den Gemeinderat unmissverständlich. Man erwartet die Fortführung der begonnenen Sparpolitik. Darum ist eine Steuererhöhung auf das Jahr 2013 kein Thema. Die Krienser Finanz- und Wirtschaftspolitik befindet sich auf dem richtigen Weg. Man denkt dabei u.a. an die wirtschaftliche Entwicklung im Schlund und das Projekt im Eichhofareal. Das sind die Früchte einer erfolgreichen und eigenständigen Steuer- und Wirtschaftspolitik.

Die Gemeinde Kriens tätigt 2012 Bruttoinvestitionen von Fr. 24,26 Mio. Dem gegenüber stehen Fr. 4,3 Mio. Desinvestitionen durch Veräusserung von Liegenschaften. Die langfristige Strategie der Werterhaltung der Schulanlagen und Turnhallen ist der richtige Schritt in die Zukunft. Die Altlasten der letzten 40 Jahren, welche nicht durch die SVP verursacht wurden, werden endlich in Angriff genommen. Die SVP-Fraktion ist für Eintreten auf den Voranschlag 2012.

Ursula Müller hält fest, dass aus Sicht der CVP/JCVP-Fraktion einmal mehr ein „Kummerbudget“ vorliegt. Der ausgewiesene operative Verlust von 8,1 Mio. Franken ist eine „üble Sache“. Dieser Verlust wurde durch 2,2 Mio. Franken Sparmassnahmen optimiert, d. h. mit Verzichtsmassnahmen, Einsparungen und zusätzlichen Einnahmen. Von der Zielvorgabe, ein ausgeglichenes Budget zu haben, ist man heute meilenweit entfernt. Die Sprecherin denkt, dass alle der Meinung sind, dass Kriens weiterhin eine attraktive Gemeinde bleiben soll. Eine Gemeinde, auf welche die Bewohner stolz sein können und gern dort wohnen. Kürzlich wurde ein Artikel in der Neuen Luzerner Zeitung über eine Studie der Hochschule Luzern veröffentlicht. Diese Studie bestätigt, dass der Steuerfuss für eine Wohnsitzwahl nicht ausschlaggebend ist. Damit eine Gemeinde attraktiv ist, sind andere Kriterien massgebend, wie beispielsweise gute Schulen, Naherholungsgebiete, gute Verkehrserschliessung, ein aktives Vereinsleben. Der Steuerfuss hat zwar eine Bedeutung für den Entscheid, ob man in eine Gemeinde zieht, ist aber nicht ausschlaggebend, wie diese Studie zeigt. Mit den vielen Sparanstrengungen und Gebührenerhöhungen, die jedes Jahr neu dazu kommen, gefährdet man viele Errungenschaften von vergangenen Jahrzehnten und die Gemeinde Kriens verliert schleichend an Attraktivität. Schlechte Meldungen in den Medien wie beispielsweise kürzlich vom Schulhaus Gabeldingen und Benchmarking von Wassergebühren in der Agglomeration (Kriens hat die höchsten) tragen ebenfalls zu schleichendem Attraktivitätsverlust bei. Die Folge ist grosser Imageverlust als Wohnort und als Arbeitgeberin. Die ausgepresste Zitrone weiter auszupressen, wie es von einigen Kreisen gefordert wird, macht keinen Sinn. Plötzlich ist nämlich nicht einmal mehr die Schale vorhanden und die Finger werden wundgerieben. Macht das Sinn? Die Krienser Bevölkerung verlangt das von den gewählten Parlamentarierinnen und Parlamentariern nicht. Oder doch? Muss man die Klassenbestände weiter vergrössern? Sollen die Vereine für die Benützung von Probelokalen, Hallen usw. massiv stärker belastet werden? Soll der Musikunterricht in den Schulen weiter reduziert oder die Eltern noch stärker belastet werden? Die Antwort der CVP/JCVP-Fraktion ist ein deutliches Nein. Wenn man so weitermacht, magert Kriens bis auf das Skelett ab und es wird magersüchtig. Der Voranschlag zeigt auf, dass bereits mit der Rechnung 2012 das Eigenkapital weggeschmolzen sein wird. Die Antwort auf den operativen Verlust von Fr. 8,1 Mio. ist:

- Neben Sparmassnahmen sind Einnahmenoptimierungen budgetiert.
- In den Heimen wird die Grundtaxe um Fr. 3.00 angehoben. Das ist unschön, denn die Taxen wurden bereits letztes Jahr angehoben. Das kann man eigentlich nicht unterstützen. Man stimmt dem aber trotzdem zu, weil es Bestandteil des Sparpakets ist und man Hand bieten möchte für einen Kompromiss.
- Die Elternbeiträge der Musikschule werden um 5 % ansteigen.
- Es werden um 4,4 % mehr Steuereinnahmen erwartet. Ist das nicht zu sehr optimistisch, wenn man gleichzeitig sagt, dass die diesjährigen Steuereinnahmen die budgetierten Werte nicht erreichen werden?
- Veräusserung der Liegenschaft Mattenhof mit Fr. 4,3 Mio. Da ist der Gemeinderat gefordert, die Bevölkerung gut zu informieren und umfassend zu kommunizieren. Sonst wird das Vorhaben als reines Löcherstopfen von der laufenden Rechnung wahrgenommen.
- Die CVP/JCVP begrüsst die Anpassung der Besoldung des Personals von 1,5 %. Die 1 % von den vergangenen Jahren bedeutet das Minimum für die Aufrechterhaltung des Lohnsystems. Rein sachlich können die 1,5 % Lohnerhöhung mehrheitlich damit begründet werden, dass das Lohnsystem nur funktioniert, wenn die Entlohnung des Personals nach Erfahrung und Leistung vollzogen und angepasst werden kann. Ein kleinerer Teil dieser Lohnerhöhung ist eine "generelle Lohnerhöhung". Da besteht Nachholbedarf.
- Mit der Streichung von Musik + Bewegung in der 2. Primarklasse ist man nicht einverstanden.

Der Voranschlag 2012 zeigt deutlich, dass eine Steuererhöhung unumgänglich ist. Strukturelle Veränderungen wie die Pflegebettfinanzierung, die kantonalen Steuergesetzrevisionen, die Halbierung der Unternehmensbesteuerung und die nicht vorhandene Aussicht auf substanzielle zusätzliche Einnahmen zwingen die Gemeinde dazu. Das ist keine neue Erkenntnis. Dass die Gemeinde Kriens in einen finanziellen Engpass gerät, hat sich schon seit Längerem abgezeichnet. Das kann finanziell so nicht mehr gestemmt werden. Die CVP/JCVP-Fraktion ist gegen neue und rigorose Kürzungsanträge und Massnahmen in der Bildung und Gesundheit. Die CVP/JCVP-Fraktion ist für Eintreten auf den Voranschlag 2012. Allfällige Rückweisungsanträge werden abgelehnt. Allerdings zollt man grossen Respekt dem 2/3 Volks-Nein zum letzten Budget mit Steuererhöhung vor knapp 10 Monaten. Die Lage ist so desolat, dass eine Zustimmung zum Budget 2012 mit Steuererhöhung unumgänglich ist. Aus diesem Grund wird die CVP/JCVP-Fraktion dem Budget inklusiv der Steuererhöhung zustimmen, jedoch mit Vorbehalt, dass heute eine grossmehrheitliche Entscheidung zustande gebracht wird.

Damit das Vorhaben von einer Steuererhöhung von der Bevölkerung mitgetragen wird, braucht es Gelingensbedingungen. Wichtig ist, dass sich diesmal alle Parteien zusammenraufen. Die Stimmbevölkerung muss ehrlich und sachlich informiert und überzeugt werden, damit das Ziel erreicht wird, eine lebenswerte, attraktive Gemeinde zu bleiben, auf welche die Bewohner stolz sind und gerne da wohnen.

Gemäss Simon Konrad kann die FDP-Fraktion das vorliegende Budget nicht mittragen. Die FDP setzt sich nach wie vor für einen schlanken Staat und möglichst viel Eigenverantwortung ein. Deshalb können folgende Eckpfeiler im vorliegenden Budget nicht unterstützt werden:

- Steuererhöhung: Man ist erst bereit darüber zu sprechen, wenn die Bereitschaft besteht, die Kosten zu senken.
- Lohnanpassungen von 1,5 % (0,5 % 100'000): Das Lohnsystem muss überprüft werden.
- Beantwortung Postulat Konrad betreffend Heimtaxen: Man sieht nur eine Einnahmenerhöhung vor und keine Optimierung. Der Sprecher bedankt sich bei Beat Fallegger für die Zusammenstellung.
- Überwiesene Motionen als nicht erheblich erklären: Dazu möchte er gerne eine Erklärung des Gemeindeschreibers.

Auf Seite 1 des B+A wird auf die Beilage A verwiesen. Von den Sparmassnahmen entpuppten sich über Fr. 400'000.00 als Kosmetik. Die Kosten werden der Investitionsrechnung belastet. Die FDP ist überzeugt, dass der Finanzhaushalt nicht ohne Kosteneinsparungen in Ordnung gebracht werden kann. Die Budgets nach Verwaltungsbereichen zeigen, dass in den Bereichen 0 Allgemeine Verwaltung, 6 Verkehr, 7 Umwelt und Raumordnung, 8 Volkswirtschaft und 9 Finanzen und Steuern gespart bzw. mehr eingenommen wird. Die Verantwortlichen der Bereiche 2 Bildung und 4 Gesundheit sollen nochmals über die Bücher und zusammen Kosten in der Höhe einer Steuererhöhung vom 1/20 einsparen.

Seit seiner Tätigkeit in diesem Parlament seit 2005 ist der Gesamtertrag von Fr. 145,8 Mio. auf Fr. 168,4 Mio. gestiegen. Leider hat das nicht ausgereicht, um die Leistungen zu bezahlen. Ganz gefährlich wird es, wenn Buchgewinne für Konsumausgaben verwendet werden. Dies nimmt die Mittel für Investitionen. Diese Schuldenwirtschaft gefährdet die Unabhängigkeit. Es muss gespart werden. Sparen heisst weniger ausgeben. Die Nagelfeile hilft jetzt nicht mehr, jetzt muss die Säge ausgepackt werden. Die FDP-Fraktion stellt folgende Anträge:

1. Die Gemeindesteuern für das Jahr 2012 sollen auf 1,9 Einheiten belassen werden.

2. Der Gesamtaufwand soll um die Höhe einer Steuereinheit von 1/20 reduziert werden.
3. Die Löhne sollen um 1 % angepasst werden. Das Lohnsystem muss überprüft werden.

Guido Solari erklärt, dass der Voranschlag nach dem Harmonisierten Rechnungsmodell 2 (HRM) des Kantons budgetiert wird, d.h. es wird auf entsprechende Konti budgetiert. Es ist eine rein arithmetische Zusammenstellung der Zahlen. Die Festlegung des Steuerfusses ist im Beschlussestext separat aufgeführt. Ein genereller Antrag zu den Löhnen ist möglich. Was aber nicht geht, ist ein genereller Sparauftrag. Es muss genau definiert werden, bei welchem Konto eine Streichung vorgenommen werden soll.

Simon Konrad stellt fest, dass der Einwohnerrat 50 Mal geringer entschädigt ist als der Gemeinderat. Dies ist ein Ding der Unmöglichkeit. Der Bildungsanteil ist um 37 % gesunken. Dies ist kein Wunder, nachdem weniger Lernende vorhanden sind. Extreme Zuwächse gab es im Bereich Gesundheit und Soziales. Es ist unmöglich zu sagen, in welchem Bereich, was zu sparen ist. Deshalb bleibt nichts anderes übrig, als einen Rückweisungsantrag zu stellen mit der Aufforderung, in den erwähnten Bereichen nochmals Fr. 1,5 Mio. einzusparen.

Judith Luthiger hält namens der SP-Fraktion fest, dass das riesige Defizit nur vermindert werden kann, wenn man die Verantwortung wahrnimmt und gemeinsam an einem Strick zieht. Die Sparpakete, Gebührenerhöhungen, Abschreibungen und Landverkäufe reichen nicht um die Finanzen ins Lot zu bringen. Es braucht dringend eine Steuererhöhung. Die SP hat die Steuersenkungen nicht mitgetragen und hat vor den Folgen gewarnt. Die Prophezeiung hat voll ins Schwarze getroffen. Was ist passiert? Kriens hat durch die drei Steuersenkungen seit 10 Jahren über Fr. 40 Mio. weniger Steuereinnahmen eingenommen. Es kommt hinzu, dass die Steuergesetzrevisionen des Kantons umgesetzt werden mussten und zusätzliche Fr. 67,5 Mio. weniger eingenommen wurden. Das macht ca. 102 Millionen weniger Einnahmen verteilt auf die letzten 10 Jahre. Durchschnittlich sind dies ca. 10,8 Millionen weniger Einnahmen pro Jahr. Im Gegenzug hat der Kanton neue Aufgaben überwältzt, wie beispielsweise in der Bildung oder mit der neuen Pflegefinanzierung. Zudem bestehen noch Altlasten. Die Gemeinde Kriens zahlt jährlich 1,2 Millionen Franken an die Ausfinanzierung der Pensionskasse. Dass diese rechtsbürgerliche Finanzpolitik nicht aufgegangen ist, sieht man nun in Form von roten Zahlen und zwar das fünfte Jahr in Folge.

Vom Rohdefizit von Fr. 10,3 Mio. wird ein weiteres Sparpaket von Fr. 836'000.00 geschnürt. Die Sprecherin nennt einige Beispiele, wo Leistungen abgebaut werden:

- Streichung Musik + Bewegung (M+B) für alle 2. Klassen. M+B wurde aber bei der Errichtung von Blockzeiten gefordert.
- Streichung Aktivwoche
- Verzicht auf Neuanschaffungen von Maschinen
- Kürzung Vereinsbeiträge um 5 %
- Die Spitex muss ihr Leistungsangebot einschränken.

Die SP wird die Anträge der FGK unterstützen und keinen weiteren Kürzungen zustimmen. Man muss sich doch ernsthaft die Frage stellen, ob all diese Abbaumassnahmen zum Wohl der Krienser Bevölkerung sind. Wie gelingt es, auch Familien anzulocken, die über grössere steuerbare Einkommen verfügen? Mit Leistungsabbau bei der Bildung, Kinderbetreuung und Gesundheit gelingt das nicht. Jährlich werden nicht nur Leistungen abgebaut, sondern auch

Gebühren erhöht. Der Gemeinderat nennt dies Optimierungen. Das ist aus Sicht der SP das ungerechteste Mittel, denn höhere Gebühren spüren die Leute schnell, wenn sie wenig verdienen und jeden Franken drehen müssen. Das Motto „für Wenige statt für Alle“ ist eine ungerechte Verteilung.

Für das Jahr 2012 werden Mehreinnahmen über Gebührenerhöhungen von Fr. 1,4 Millionen eingeholt. Hier zwei Beispiele:

- Musikschulbeiträge sind erneut gestiegen. Kriens ist bald rekordverdächtig und langsam aber sicher können sich nur noch gut Verdienende Musikunterricht für ihre Kinder leisten.
- Heimgeld sind aufgrund der Teuerungsanpassung um Fr. 3.00 gestiegen. Die Vollkosten wären Fr. 7.00. Die SP findet es vernünftig, dass der Gemeinderat entschieden hat, nur einen Teil der Kosten zu überwälzen.

Mit all diesen Massnahmen ist man erst bei einem Rohdefizit von Fr. 8,1 Mio. Um das Resultat zu verbessern, verkauft man Land für 4,3 Millionen Franken. Mit diesem Geld wird aber nicht investiert, sondern es wird dazu benutzt, um die laufenden Ausgaben zu decken. Wenn Devestitionen in die laufende Rechnung hineinfließen, so ist volkswirtschaftlich etwas nicht mehr in Ordnung. Devestitionen müssen für Investitionen genutzt werden können. Hinzu kommt, dass der Gemeinderat mit einer Steuerentwicklung von 4,4 % rechnet. Ob dies eintritt, weiss man nicht genau.

Der Gemeinderat plant im 2012 und 2013 mit einer Steuererhöhung von je 1/20. Warum zwei Mal eine solch schwierige Abstimmung vor Volk bringen und nicht gleich 1/10 fordern? Die Legitimation aufgrund der Budgetzahlen ist vorhanden. Mit einer transparenten Kommunikation seitens aller Parteien muss der Bevölkerung nun reinen Wein eingeschenkt werden. Aussagen wie letztes Jahr, die Steuererhöhung sei Steuern auf Vorrat, müssen dementiert werden. Der Workshop des Einwohnerrates hat doch auch gezeigt, dass eine grosse Mehrheit eine Steuererhöhung wollte. Die SP wird einen Antrag für eine vorübergehende Steuererhöhung von 1/10 stellen.

Zur Lohnanpassung von 1,5 % für das Gemeindepersonal hält sie fest, dass dies nie der richtige Zeitpunkt ist. Das Gemeindepersonal hatte schon seit fünf Jahren keinen Teuerungsausgleich mehr. Daher hat dieses nun ein Recht darauf. Die SP dankt den Angestellten, dass sie trotz der schwierigen Zeiten die Stange halten und für die Gemeinde Kriens arbeiten.

Die Sprecherin hofft, dass man nun vernünftig verhandeln kann und erwartet eine konstruktive Zusammenarbeit. Die Bürgerlichen sind jetzt auch in der Pflicht, Verantwortung zu übernehmen und am gleichen Strick zu ziehen. Vor einem Jahr hat man mit langen und harten Verhandlungen einem Kompromiss zugestimmt, obwohl die SP „Kröten fressen“ musste. Man will nicht noch einmal über den Tisch gezogen werden. Die SP ist für Eintreten und wird dem Budget zustimmen, wenn die Steuern erhöht und keine weiteren Sparmassnahmen durchgewinkt werden. Sollte sich abzeichnen, dass eine deutliche Mehrheit für eine Steuererhöhung von 1/20 im Rat besteht, so kann die SP dem auch zustimmen. Keine Steuererhöhung ist verantwortungslos und das Problem wird einfach um ein weiteres Jahr verschoben. Das Problem muss jetzt angegangen und gelöst werden.

Erich Tschümperlin stellt namens der Grünen-Fraktion fest, dass der Voranschlag und die Aussichten im Finanzplan mehr als düster sind. Kriens droht, seine finanzielle Handlungsfähigkeit zu verlieren. Es gibt drei Gründe, die in diese Sackgasse geführt haben:

1. Der erste und älteste Grund ist die vernachlässigte Infrastruktur. Jahrelang wurde das Konzept der minimalen Werterhaltung (wenn überhaupt) und der Totalsanierung verfolgt. Prominente Beispiele sind alle Schulhäuser, alle Spielplätze, die Badi, die Hergiswaldbrücke und auch die nicht ausfinanzierte Pensionskasse. Ohne entsprechende Rückstellungen ist eine solche Politik „Leben auf Pump“, die nächste Generation bezahlt. All diese Investitionen belasten die laufende Rechnung mit Millionen. Er weiss, dass dies Geschichte ist. Wenn man aus Fehlern lernen will, muss man sie kennen und auch beim Namen nennen. Für diese Politik trifft den heutigen Gemeinderat keine Schuld, er muss sie lediglich „auslöffeln“.
2. Auch der zweite Grund hat seinen Ursprung in der Vergangenheit. Es sind die kantonalen Steuergesetzrevisionen 2008 und 2011. Sie kosten die Gemeinde Fr. 16 Mio. jährlich. Daran gibt es nichts zu rütteln, denn dies wurde vom Volk beschlossen. Die bürgerlichen Parteien haben ja auch immer wieder betont, dass diese Steuersenkungen ohne Leistungsabbau verkräftbar seien.
3. Der dritte Grund sind die neuen Aufgaben, die per Gesetz der Gemeinde aufgebürdet werden. Auch diese wurden vom Volk beschlossen und auch daran gibt es nichts zu rütteln. Diese Aufgaben wurden in den letzten Jahren beschlossen und sind nun kürzlich in Kraft getreten. Es handelt sich um Ausgaben in Millionenhöhe wie beispielsweise bei der Pflegefinanzierung.

Das Defizit ist keine Überraschung, denn jeder finanzpolitisch Interessierte hat es kommen sehen. Wer überrascht oder enttäuscht ist von den Zahlen, der hat seine Aufgaben als Einwohnerrat nicht gemacht. Überrascht sein kann man höchstens von der Höhe des Defizits. Was hat der Einwohnerrat gemacht, wo liegt dessen Spielraum? Die Gemeinde wird durch diese Vorgaben stark eingeschränkt. Sie hat genau zwei Hebel, wo sie ansetzen kann: Sparen und ihre Einnahmen sichern. Ihr Ziel muss es sein, mindestens ihre gesetzlichen Kernaufgaben zu erfüllen. Mit diesen Fakten vor Augen hat der Einwohnerrat unter Führung der SVP und FDP zwei kommunale Steuersenkungen durchgesetzt. Diese Steuersenkungen haben der Bevölkerung minime Einsparungen gebracht, brechen der Gemeinde nun aber das Genick. Hier haben die bürgerlichen Parteien sehr kurzfristige Siege eingefahren. Man ist sehr gespannt wie sie sich – und vor allem die Gemeinde – da wieder hinaus manövrieren. Der Krienser Einwohnerrat hat versagt. Die Finanzen sprechen eine klare Sprache. Denn der Einwohnerrat hat diese Eckpunkte zu verantworten und nicht der Gemeinderat.

Das operative Ergebnis des Voranschlages von Fr. 8,1 Mio. Defizit ist erschreckend. Auch dieses Jahr kommen neue Kosten in der Höhe von über Fr. 4 Mio. auf die Gemeinde zu. Solche wiederholte Kostensteigerungen können nicht ohne Massnahmen verdaut werden. Dem Gemeinderat zu unterstellen, dass er nicht sparen will, ist schon fast böswillig. Der Sprecher denkt an all die Sparprogramme der letzten Jahre zurück. Es wurde bei der Schule gespart (Streichung von Kindergarten-, Bewegungs-, Informatik- und Förderlektionen, Reduktionen bei Projektunterricht und Klassenlager), jährliche Kürzungen bei der Musikschule, Einstellung der Aktivwoche, Kürzungen bei Hilfsaktionen, Jungbürgerfeier, Kulturbeiträgen und Förderpreisen, Umweltschutz usw. Die Gemeinde Kriens leistet schon länger nur noch das gesetzliche Minimum. Eine attraktive Gemeinde bietet aber mehr.

Bei den Steuern zeigt sich, dass die Bürgerinnen und Bürger massiv entlastet wurden. Wie der Gemeinderat in der Antwort auf seine Interpellation aufzeigt, sind die errechneten Ausfälle gewaltig. Das ewige Märchen von den steigenden Abgaben hält sich trotzdem tapfer – Fakten hin, Fakten her. Dass dieses Geld für eine attraktive Entwicklung in der Gemeinde fehlt, ist offensichtlich. Tiefe Steuern sind gut, sollen aber kein Selbstzweck sein. Wenn er hört, dass

die Zitrone noch nicht ganz ausgepresst ist, dann muss er dazu sagen, dass er keine ausgepresste Gemeinde will. Es geht um Menschen, Schule, Altersheime, Betreuung und die sollte man nicht bis zum letzten Tropfen auspressen. In der NLZ vom 13. Oktober 2011 wurde eine Studie der Hochschule Luzern vorgestellt unter dem Titel „Steuerwettbewerb spielt nur unter den Kantonen“. Die Studie kommt zum Schluss, dass die Steuern nur eine kleine Rolle bei der Wahl der Wohnort-Gemeinde spielen. In diesem Artikel wird Wirtschaftsförderer André Marti zitiert: «Wer glaubt, mit tiefen Steuern für Zuzüger attraktiv zu werden, liegt falsch.» Weiter sagt Marti: «In anderen Studien, so etwa einer der Grossbank CS, kommt man zum gleichen Schluss.» In den letzten Jahren hat sich der Einwohnerrat erbitterte Kämpfe um den Steuersatz geliefert. Offensichtlich bringt das nicht viel und hat den Einwohnerrat von wichtigen Themen abgehalten. Es ist verlorene Zeit und hat die Finanzen ruiniert. Darum ist die Steuererhöhung um 1/20 auch kein riesiges Problem. Bei den aktuellen Zahlen ist sie schlicht und einfach nötig. Es sind keine Steuern auf Vorrat. Alle, die letztes Jahr bei derselben Ausgangslage zu diesem Schluss gekommen sind, sollten auch dieses Jahr wieder zum selben Schluss kommen. Das Sparpotential ist ausgeschöpft, da nach diversen Sparrunden fast alle Ausgaben auf das gesetzliche Minimum reduziert wurden. Die nicht gebundenen Ausgaben betreffen vor allem Vereine und Bildung, das heisst vor allem Kinder und Jugendliche. Die Grünen sind nicht bereit, hier noch mehr zu sparen. Bei den Steuersenkungen wurde von der SVP und der FDP immer betont, dass dies ohne Einschnitte möglich sei. Die Realität sieht aber anders aus. Für die Grünen ist klar, dass die Steuererhöhung um 1/20 nicht reicht. Dies zeigt der Finanz- und Aufgabenplan ganz klar, denn auf absehbare Zeit drohen massive Defizite. Man ist aber bereit, den Kompromissvorschlag der SVP „Budget 2012 ohne Änderungen“ zu unterstützen, damit die Gemeinde handlungsfähig bleibt und sich wieder auf ihre Kernaufgaben konzentrieren kann. Die Erhöhung auf zwei Einheiten aufzuschieben, ist ein Fehler, scheint aber mit diesem Parlament nicht machbar zu sein. Die Grüne-Fraktion stimmt dem unveränderten B+A einstimmig zu und wird keine Sparanträge und keine neuen Aufgaben unterstützen.

Zum Schluss bemerkt der Sprecher, dass es die Grünen sehr erstaunt, dass die FDP im Jahr 2010 bei tieferem Defizit zum Schluss kam, dass eine Steuererhöhung von 1/10 notwendig ist und ein Jahr später mit einem grösseren Defizit und Fr. 7 Mio. mehr Schulden zum gegenteiligen Schluss kommt. Die Ausgangslage ist dieselbe, das Resultat aber 180 Grad verdreht. Auch wenn das Volk die Steuererhöhung abgelehnt hat, bleiben sich die Grünen treu. Die finanzpolitische Analyse zeigt, dass es eine Steuererhöhung braucht. Die Grünen stehen dazu, auch wenn es unangenehm ist. Dem Volk vorzugaukeln, dass es keine Erhöhung braucht, ist zwar dankbar, aber unverantwortlich. Nachdem alle anderen Parteien der Realität in die Augen schauen, schert die FDP aus und verwechselt Wunsch und Realität. Die Grünen verstehen die Aufgaben des Einwohnerrates nicht darin, dem Volk zu sagen was es hören möchte, sondern wie es wirklich um den „Patienten Kriens“ steht.

## 9. Bericht und Antrag: Voranschlag 2012

**Nr. 259/11**

Gleichzeitig werden folgende Vorstösse behandelt (im Bericht und Antrag integriert):

- **Bericht Postulat Konrad: Kostendeckungsgrad Heime Kriens (Budget 2011)**

**Nr. 213/11**

- **Bericht Petition: Investitionsstopp und Einsparung im Gemeindehaushalt**

**Nr. 220/11**



- Bericht Postulat Piazza: Weg aus der finanzpolitischen Sackgasse Nr. 241/11
- Bericht Motion Portmann: Sparmassnahmen auch im Umweltbereich Nr. 207/11

Monika Marbacher führt aus, dass die FDP bei den Konten Nrn. 2, 4 und 6 1,5 Mio. sparen will. In Bezug auf die Bildung heisst das in Prozenten ausgedrückt rund die Hälfte. Bei der Auslegeordnung im letzten Frühjahr konnte man Sparvorschläge machen. Im Bereich der Bildung kamen keine Sparvorschläge, was sie damals sehr wunderte. Die Aussage, dass man nicht spart stimmt nicht. Es wurden Klassen reduziert, Musik und Bewegung wurde für ein Jahr gestrichen. Auch im IT und weiteren Bereichen gab es Einsparungen. Eine Klasse muss führbar bleiben. Wenn man im Bezug auf dieses Thema dem Rektor nicht mehr glaubt, wem soll man dann noch glauben. Der Antrag der FDP ist unbrauchbar und kann absolut nicht unterstützt werden.

Gemäss Räto Camenisch ist Kriens eine absolut attraktive Wohngemeinde mit Perspektiven. Die Firma MSD, die drittgrösste Pharmafirma der Welt, wird ihren Sitz nach Kriens verlegen. Die Gemeinde befindet sich aber in einem finanziellen Würgegriff. Grund dafür ist unter anderem der Kanton und die Pflegefinanzierung. Es drücken auch die in den letzten Jahren vernachlässigten Schulhäuser, der Verkehr, die sanierungsbedürftige Pensionskasse, der Steuerwettbewerb und die unvorhergesehenen Ausgaben, wie z.B. das Schulhaus Gabeldingen. Das Budget ist eine Katastrophe. Aber im Rahmen der Politik die man betreibt, ist es das einzige mögliche Budget. Das ist der Grund, weshalb die SVP auch über ihren Schatten springt. Eine Erhöhung des Budgets, auch um nur einen Franken, lehnt die SVP ab. Durch die Steuererhöhung verliert die Partei an Glaubwürdigkeit. Die Gemeinde Kriens befindet sich in einer Notsituation. Deshalb ist die SVP bereit über ihren Schatten zu springen. Sie ist jedoch nicht bereit, andere Parteien ihr politisches Süppchen auf ihrem Feuer kochen zu lassen. Wenn die Liberalen den Antrag auf Ablehnung der Steuererhöhung stellen, muss die SVP mitziehen. Der Sprechende appelliert an die FDP, dem Budget, so wie es vorliegt, zuzustimmen. Dann bleibt der Einwohnerrat gegenüber dem Volk glaubwürdig. Die SVP teilt jetzt schon offen und klar mit, dass sie nächstes Jahr einer Steuererhöhung nicht mehr zustimmen wird.

Nach Verena Wicki wurde heute die politische Gesamtplanung vom Einwohnerrat verabschiedet. Die Leitlinien gehen weit in die Zukunft. Kriens soll ein attraktiver Wohn- und Lebensraum für Familien mit Kindern sein. Ein gutes Bildungsangebot, faire Sozialleistungen für Jung und Alt, die Sicherheit und gute Arbeitsbedingungen für das Personal sind wichtig. Wenn die FDP eine generelle Kürzung von 1,5 Mio. wünscht, säbelt man nun wirklich am Knochen. Man steht an der Kippe, die Leitsätze über Bord zu werfen und zu einer zweitklassigen Agglomerationsgemeinde zu verkommen. Die Sprechende fragt, was die Gemeinde Kriens dem Rat und dem Publikum wert ist. Soll wirklich mit dem positiven Kriensergeist bezahlt werden? Wenn Kriens etwas wert ist, dann darf es auch etwas kosten. Steuererhöhungen sind unschön, aber unumgänglich. Wenn es nicht in diesem Jahr passiert, dann spätestens im nächsten.

Kathrin Graber führt aus, dass auch die CVP über ihren Schatten springen muss, da im Sozialbereich Sparmassnahmen vorgesehen sind, die ihr gar nicht behagen. Sie kann die Haltung der FDP nicht nachvollziehen. Sie kann nicht verstehen, dass Roger Erni als Lehrer solche Anträge im Bereich der Bildung unterstützen kann. Ebenfalls im Bereich der Gesundheit. Johanna Dalla Bona arbeitet im Pflegebereich und trotzdem unterstützt sie diese Anträge. Aus

der Sicht der Sprechenden gibt es bloss eine Verschiebung, wenn man die Heimplatzsteuern ins unerschöpfliche erhöht. Deshalb bringt dieser Sparantrag keinen Nutzen. Der dritte Punkt ist die soziale Wohlfahrt. Erst an der letzten Sitzung hat man der Kindertagesstätte zugestimmt. Der Mittelstand muss leiden. Diese Politik unterstützt die CVP nicht und bittet die FDP ihren Antrag zurückzuziehen.

Daniel Piazza macht ein Kompliment an die SVP, dass sie über ihren Schatten gesprungen ist und ihre Verantwortung als grösste Partei wahrnimmt. Sie hat die Wichtigkeit eines überparteilichen Schulterschlusses und die Notsituation erkannt und somit den seriös ausgearbeiteten Vorschlag des Gemeinderates annimmt. Weshalb die FDP nun die Tür zuschlägt versteht er nicht. Weshalb will sie die Taube auf dem Dach und nicht den Spatz in der Hand? Diese politische Sturheit schadet Kriens. Ausgerechnet die Partei, der diese Gemeinde viel verdankt, verpasst Kriens einen Tiefschlag sondergleichen. Schade, dass die FDP, welche dem Unternehmertum verpflichtet ist, diese Rolle nicht auch gegenüber der Gemeinde Kriens wahrnimmt.

Beat Tanner stellt den Ordnungsantrag, die Sitzung für 15 Minuten zu unterbrechen, damit sich die Parteien untereinander einigen können.

#### **Abstimmung über den Antrag von Beat Tanner betreffend Sitzungsunterbruch:**

Der Antrag wird mit 29:2 Stimmen, bei einer Enthaltung, gutgeheissen.

Aakti, Brahim	ja
Bienz, Bruno	ja
Bienz, Viktor	ja
Bolzern, Caroline	ja
Bründler, Anton	ja
Camenisch, Räto	ja
Erni, Roger	ja
Fluder, Hans	ja
Frey, Maurus	ja
Graber, Kathrin	ja
Graf, Alfons	nein
Günter, Michael	ja
Hahn, Alex	ja
Heini, Martin	ja
Heiz, Martin	Enthaltung
Kalt, Mirjam	ja
Kaufmann-Wolf, Christine	ja
Kiener, Beatrice	ja
Koch, Patrick	nein
Konrad, Simon	ja
Luthiger, Judith	ja
Marbacher, Monika	ja
Müller, Ursula	ja
Nyfeler, Nicole	ja
Piazza, Daniel	ja
Portmann, Peter	ja
Schwizer, Roland	ja
Tanner, Beat	ja

Tschümperlin, Erich	ja
Urfer, Mario	ja
Wespi, Peter	ja
Wicki Roth, Verena	ja

Nach der 15-minütigen Unterbrechung der Sitzung, erteilt Johanna Dalla Bona das Wort an Simon Konrad.

Gemäss Simon Konrad hat Beat Tanner mit einem Kompromissvorschlag versucht, eine Einigung herbeizuführen. Dies ist jedoch nicht gelungen. Die FGK hat mit 5:1 Stimmen entschieden, dass sie alle Anträge zurückzieht. Zum Votum von Erich Tschümperlin führt der Sprechende aus, dass es nicht fair ist, der FDP vorzuwerfen, einen Zickzackkurs zu fahren. Die FDP hat sich bereits letztes Jahr auf einen Kompromiss eingelassen. Leider ist ihnen eine Partei in den Rücken gefallen. Es ist unfair zu sagen, dass man wegen der bürgerlichen Politik so weit ist.

Christine Kaufmann-Wolf fragt die Mitglieder des Einwohnerrates, was sie von einem Familienvater denken, der trotz Erhöhung des Mietzinses, der Krankenkassenprämien und höherer Unterhaltskosten für die Kinder sein Pensum auf 80 % reduzieren will. Genau so sieht es nämlich in der Gemeinde Kriens aus. Die Gemeinden rund um Kriens husten auch, Kriens hat jedoch eine Lungenentzündung eingefangen. Da reicht kein Hustensirup aus, es muss Antibiotika her. In diesem Fall ist die Steuererhöhung das Antibiotika. Wenn die SVP schon einen Schulterschluss anbietet, dann sollte man diesen auch eingehen.

Patrick Koch führt aus, dass das Wort Giftschränk an der heutigen Sitzung bereits von einem Einwohnerratskollegen genannt wurde. Bei einer Ablehnung des Budgets ist der Gemeinderat gezwungen, diesen zu öffnen. Er stellt sich dies wie folgt vor: Caroline Bolzern erklärt Alex Wili, warum der Betrieb der Sonnenbergbahn eingestellt werden muss. Roger Erni erklärt dem SC Kriens, warum die Sanierung der Tribüne nicht erfolgen kann. Johanna Dalla Bona erklärt Otto Durrer, warum das Museum im Bellpark geschlossen werden muss und Simon Konrad erklärt dem Gewerbeverein Kriens, warum die Zentrumsplanung redimensioniert werden muss. Der Sprechende appelliert an die Vernunft und Verantwortung der FDP-Fraktion, dem Budget mit Steuererhöhung zuzustimmen.

Judith Luthiger möchte, dass die FDP dem Kompromissvorschlag zustimmt. Für sie ist das kein Kompromiss. Wie schon letztes Jahr wird die SP wieder über den Tisch gezogen. Die Parteien sollen die Steuererhöhung gemeinsam durchbringen, denn das Geld wird dringend benötigt. Die FDP soll auch über ihren Schatten springen.

Ursula Müller hat Verständnis dafür, dass die FGK die Anträge betreffend Musikschule für einen Kompromiss zurückziehen musste, es gefällt ihr aber gar nicht. Viele gute Schüler wandern bereits jetzt nach Luzern ab. Der Kulturstandort Kriens leidet darunter. Sie hofft, dass Kriens nicht aufgrund der Sturheit an die Wand gefahren wird. Man will ja eigenständig bleiben und auch einen gewissen finanziellen Spielraum haben.

Peter Portmann bezieht sich darauf, dass Simon Konrad sagte, dass der FDP letztes Jahr eine Partei in den Rücken gefallen sei. Das stimmt so nicht. Die SVP war von Anfang an klar gegen die Steuererhöhung.

Martin Heini ist der Meinung, dass Politik auch heisst, in die Zukunft zu schauen. Die riesige Verzichtsliste der letzten 10 Jahre wurde bereits mehrmals angesprochen. Durch den Blick zurück kann man lernen. Die nächsten Jahre werden nicht einfacher, man wird weiterhin über den Steuerfuss usw. diskutieren. Jede Massnahme die man zum heutigen Zeitpunkt trifft oder eben nicht trifft, hat eine Auswirkung auf die Leistung. Ist es verantwortlich, in den nächsten Jahren immer mehr und mehr Leistungen abzubauen?

Paul Winiker führt aus, dass es sich der Gemeinderat auch hätte bequem machen können. Im letzten Jahr ist das Budget mit einer Steuererhöhung von 1/10 durchgefallen. Im Frühjahr finden die Erneuerungswahlen statt. Deshalb ist niemand bereit Werbung mit einer Steuererhöhung zu seinen Lasten zu machen. Wenn man diese Steuererhöhung nicht durchbringt, wird das Problem noch viel grösser. Die Finanzkennzahlen werden überhaupt nicht erreicht. Der Weg des geringsten Widerstandes zu wählen und somit das Budget durchfallen zu lassen, wäre nicht in Ordnung. Der Gemeinderat ist sich bewusst, dass die Steuererhöhung um 1/20 die Gemeinde Kriens nicht aus der Schuldenkrise holt, aber es ist immerhin ein Anfang. Paul Winiker zeigt einige Dutzend Einsparungen auf, welche in den letzten fünf Jahren erfolgten. Der Gemeinderat ist der Meinung, dass man die Limite schon überschritten hat. Die Erhöhung um 1/20 reicht bei weitem nicht aus, um die Handlungsfähigkeit zurück zu gewinnen. Es gibt einige Sparvorschläge der Einwohnerratsmitglieder die auf dem Tisch liegen. Diese müssen in die Kommissionen gebracht werden. Wenn man das Gefühl hat, dass die Schulklassen noch nicht genügend ausgereizt sind, dann soll man diesen Antrag in der Kommission stellen. Die Sparanstrengungen müssen weiter gehen. Es ist ein begehbarer Weg. Die Last ist immer noch unverändert sehr gross. Wenn aber alle miteinander den Weg des geringsten Widerstandes gehen wollen, dann hat das zur Folge, dass man sich nur noch auf das aller notwendigste konzentrieren muss. Der Gemeinderat schlägt deshalb diese anspruchsvolle Lösung vor.

Johanna Dalla Bona stellt fest, dass sich die Wortmeldungen erschöpft haben. Nachdem ein Rückweisungsantrag der FDP vorliegt, wird über das Eintreten abgestimmt.

**Abstimmung über das Eintreten von Bericht und Antrag: Voranschlag 2012 (Nr. 259/11):**  
Mit 26:6 Stimmen wird auf den B+A eingetreten.

Aakti, Brahim	ja
Bienz, Bruno	ja
Bienz, Viktor	ja
Bolzern, Caroline	nein
Bründler, Anton	ja
Camenisch, Räto	ja
Erni, Roger	nein
Fluder, Hans	ja
Frey, Maurus	ja
Graber, Kathrin	ja

Graf, Alfons	ja
Günter, Michael	ja
Hahn, Alex	nein
Heini, Martin	ja
Heiz, Martin	ja
Kalt, Mirjam	ja
Kaufmann-Wolf, Christine	ja
Kiener, Beatrice	nein
Koch, Patrick	ja
Konrad, Simon	nein
Luthiger, Judith	ja
Marbacher, Monika	ja
Müller, Ursula	ja
Nyfeler, Nicole	ja
Piazza, Daniel	ja
Portmann, Peter	ja
Schwizer, Roland	ja
Tanner, Beat	nein
Tschümperlin, Erich	ja
Urfer, Mario	ja
Wespi, Peter	ja
Wicki Roth, Verena	ja

## Detailberatung

### **S. 3 3.1. Verzichtsplannung**

Martin Heini findet den Wortlaut "Verzichtsplannung" sehr schlecht. Es ist ein Widerspruch in sich. Er bittet, dies beim nächsten Budget zu ändern.

### **S. 20 9.2 Petition Groupe Politique 60 Plus: Petition für Investitionsstopp und Einsparungen im Gemeindehaushalt**

Der Gemeinderat beantragt, die Petition aufgrund des vorstehenden Berichtes als erledigt abzuschreiben.

### **S. 23 9.4 Dringliche Motion Portmann: Sparmassnahmen auch im Umweltbereich**

Der Gemeinderat beantragt, die Motion aufgrund des vorstehenden Berichts nicht erheblich zu erklären und abzuschreiben.

Gemäss Johanna Dalla Bona ist noch eine Beantwortung von Guido Solari offen.

Guido Solari verweist auf die Artikel 49 und 50 der Geschäftsordnung. Es wurde ein 2-stufiges Verfahren gewählt. Die erste Stufe ist die Überweisung. In der zweiten Stufe erstellt der Gemeinderat den B+A. Aufgrund des B+A entscheidet der Rat endgültig über die Erheblichkeit, Ablehnung oder Abschreibung. Ein "Pingpong-Spiel" gibt es nur, wenn die Motion auf der Pendenzenliste bleibt.

Nachdem zu den beiden Vorstössen keine Anträge erfolgten, findet die Abstimmung zusammen mit dem Beschlusstext statt.

***S. 3 Konto Nr. 020.00.301.00 Besoldung des Personals***

Simon Konrad beantragt, dass die Lohnanpassungen von 1,5 % auf 1 % zu senken.

Patrick Koch bittet den Gemeinderat zu erklären, welche Auswirkungen das hätte.

Gemäss Paul Winiker kann man ein Lohnsystem mit 1 % Lohnanpassungen über die Runden bringen. Bei den jüngeren Mitarbeitern kann man den Lohn aufgrund des Erfahrungswerts erhöhen. Bei allen über 50 Jahren ist der Lohn sozusagen eingefroren. Deshalb verlangt der Gemeinderat 0,5 % zu diesen 1 % damit man jedem einen Teuerungsausgleich zahlen kann. Ein Jahr kann man einmal aussetzen, nun wird aber schon seit mehreren Jahren auf einen Ausgleich verzichtet.

Erich Tschümperlin hört immer, dass sich die Leistung lohnen muss. Die leistungsfähigeren Mitarbeitenden muss man belohnen, sonst laufen sie davon. Das braucht es einfach von Zeit zu Zeit, sonst läuft die Gemeinde Kriens in ein strukturelles Problem. Dagegen wehren sich die Grünen.

Nach Simon Konrad gibt es natürlich auch die Möglichkeit, das Lohnsystem anzupassen. Das wäre für ihn die logische Konsequenz.

Bruno Bienz findet, dass dies genau der richtige Weg ist. Das soll in der FGK diskutiert werden.

Judith Luthiger möchte ergänzen, dass es für das Gemeindepersonal störend ist, dass bei den Lehrern, welche vom Kanton angestellt sind, die Löhne angepasst werden und bei ihnen nicht. Die Sprechende versteht, dass die Leute die Nase voll haben und deshalb die Gemeinde verlassen. Man muss eine Wertschätzung an den Tag legen.

Kathrin Graber führt aus, dass die Gemeinde Kriens kein veraltetes Lohnsystem hat. Die 1,5% muss man geben, sonst hat die Gemeinde ein Problem. Die FDP soll sich nochmals überlegen, was sie da beantragt.

Auch Daniel Piazza findet, dass die Säge an dem Ast ansetzt, auf welchem auch die Gemeinde sitzt. Man soll sich nicht nur gegenüber den Bürgern von der guten Seite zeigen sondern auch gegenüber den Mitarbeitenden.

***Abstimmung über den Änderungsantrag der FDP betreffend Erhöhung Personalaufwand***  
Der Antrag der FDP wird mit 6:26 Stimmen abgelehnt.

Aakti, Brahim	GR, 1,5 %
Bienz, Bruno	GR, 1,5 %
Bienz, Viktor	GR, 1,5 %
Bolzern, Caroline	FDP, 1 %
Bründler, Anton	GR, 1,5 %
Camenisch, Räto	GR, 1,5 %
Erni, Roger	FDP, 1 %
Fluder, Hans	GR, 1,5 %
Frey, Maurus	GR, 1,5 %
Graber, Kathrin	GR, 1,5 %
Graf, Alfons	GR, 1,5 %
Günter, Michael	GR, 1,5 %
Hahn, Alex	FDP, 1 %
Heini, Martin	GR, 1,5 %
Heiz, Martin	GR, 1,5 %
Kalt, Mirjam	GR, 1,5 %
Kaufmann-Wolf, Christine	GR, 1,5 %
Kiener, Beatrice	FDP, 1 %
Koch, Patrick	GR, 1,5 %
Konrad, Simon	FDP, 1 %
Luthiger, Judith	GR, 1,5 %
Marbacher, Monika	GR, 1,5 %
Müller, Ursula	GR, 1,5 %
Nyfeler, Nicole	GR, 1,5 %
Piazza, Daniel	GR, 1,5 %
Portmann, Peter	GR, 1,5 %
Schwizer, Roland	GR, 1,5 %
Tanner, Beat	FDP, 1 %
Tschümperlin, Erich	GR, 1,5 %
Urfer, Mario	GR, 1,5 %
Wespi, Peter	GR, 1,5 %
Wicki Roth, Verena	GR, 1,5 %

**S. 12 Konto Nr. 210.00.391.00 Int. Verr. MSK/M + B**

Gemäss Judith Luthiger sagt die SP schweren Herzens ja zum Kompromiss. Einfluss hat diese Kürzung vor allem auf die Eltern und die Kinder und auch auf Pensenkürzungen. Die Sprechende kann diesen Entscheid vor ihren Kolleginnen und Kollegen fast nicht vertreten.

Ursula Müller, namens der CVP/JCVP-Fraktion, schliesst sich der Meinung von Judith Luthiger an.

**S. 14 Konto Nr. 214.00.433.00 Schulgeld (Elternbeiträge)**

Ursula Müller findet es nicht gut, die Elternbeiträge anzuheben. Das heisst, dass die Eltern bis zu Fr. 200.00 mehr zahlen müssen pro Jahr.

Räto Camenisch führt aus, dass es nun soweit ist, dass man zum Beschlusstext kommt. Die SVP wollte eine Allianz für Kriens eingehen. Die FDP bietet nicht Hand. Die SVP wird im Abstimmungskampf nicht mehr so hinter diesem Budget stehen können.

Für Simon Konrad ist dies, bei all den Gesprächen im Vorfeld, überraschend. Er hält am Antrag fest.

Gemäss Kathrin Graber haben sich die Fraktionschefs vorhin, während der Unterbrechung der Sitzung, abgesprochen. Von der SVP hat sie nicht gehört, dass sie dagegen stimmt. Die SVP soll sich absprechen wie sie steht.

Nach Räto Camenisch wird die SVP grossmehrheitlich für das Budget stimmen.

Daniel Piazza sagt, dass man nicht mehr weiss, woran man ist. Er findet es unglaublich. Immerhin geht es um die finanzielle Zukunft der Gemeinde.

Erich Tschümperlin fordert Räto Camenisch auf, seine Aussage nochmals zu präzisieren, denn diese hat für Verwirrung gesorgt. Wenn nichts am Budget ändert, stützt die SVP das Budget. Wenn der Antrag der FDP nicht durchkommt, gibt es keine Änderung und die SVP kann das Budget unterstützen.

Christine Kaufmann-Wolf ist geschockt. In der Kaffeepause wurde noch gesagt, dass die SVP das Budget stützt, wenn sich nichts daran ändert. Jetzt will die SVP rückwärts raus. Sie bittet um Richtigstellung oder um Erklärung.

Die SVP ist gemäss Räto Camenisch seit jeher die Partei, die in der Gemeinde Kriens die Steuersenkungen befürwortet. Das ist ihre Politik. Aber weil man jetzt in einer schlechten Lage ist, springt sie über ihren Schatten, unter der Voraussetzung, dass eine Allianz zustande kommt. Diese ist nicht zustande gekommen. Nachher müssten sie vor dem Volk für eine Steuererhöhung einstehen und das wollen sie nicht.

Kathrin Graber muss nochmals einen Sitzungsunterbruch von 10 Minuten beantragen. Denn von diesem Thema hängt auch das Abstimmungsverhalten ab.

Martin Heiz stellt einen Ordnungsantrag. Die Sitzung zu unterbrechen ist nicht nötig, denn die SVP wird dem Budget, so wie es vorliegt, zum Durchbruch verhelfen.

Kathrin Graber zieht den Antrag zurück.

Nach Judith Luthiger muss der Einwohnerrat vor dem Volk erklären, was heute beschlossen wird. Sie kommt in einen Erklärungsnotstand, wenn jetzt kein einstimmiger Entschluss gefasst werden kann. Die Sprechende ist masslos enttäuscht, dass es wieder so kommen musste, wie letztes Jahr.



**Abstimmung über den Änderungsantrag der FDP betreffend Festlegung Steuerfuss:**

Der Antrag der FDP wird mit 7:24, bei einer Enthaltung, abgelehnt.

Aakti, Brahim	GR, 1,95
BiENZ, Bruno	GR, 1,95
BiENZ, Viktor	GR, 1,95
Bolzern, Caroline	FDP, 1,90
Bründler, Anton	GR, 1,95
Camenisch, Rätö	Enthaltung
Erni, Roger	FDP, 1,90
Fluder, Hans	GR, 1,95
Frey, Maurus	GR, 1,95
Graber, Kathrin	GR, 1,95
Graf, Alfons	GR, 1,95
Günter, Michael	FDP, 1,90
Hahn, Alex	FDP, 1,90
Heini, Martin	GR, 1,95
Heiz, Martin	GR, 1,95
Kalt, Mirjam	GR, 1,95
Kaufmann-Wolf, Christine	GR, 1,95
Kiener, Beatrice	FDP, 1,90
Koch, Patrick	GR, 1,95
Konrad, Simon	FDP, 1,90
Luthiger, Judith	GR, 1,95
Marbacher, Monika	GR, 1,95
Müller, Ursula	GR, 1,95
Nyfeler, Nicole	GR, 1,95
Piazza, Daniel	GR, 1,95
Portmann, Peter	GR, 1,95
Schwizer, Roland	GR, 1,95
Tanner, Beat	FDP, 1,90
Tschümperlin, Erich	GR, 1,95
Urfer, Mario	GR, 1,95
Wespi, Peter	GR, 1,95
Wicki Roth, Verena	GR, 1,95

Der Beschlusstext lautet wie folgt:

**1. Die laufende Rechnung für das Jahr 2012**

mit einem Gesamtaufwand von Fr. 170'205'400  
 und einem Gesamtertrag von Fr. 168'404'000

somit einem Mehraufwand von Fr. 1'801'400

und die Investitionsrechnung für das Jahr 2012 mit

Investitions-Ausgaben von Fr. 24'262'000  
 und Investitions-Einnahmen von Fr. 3'215'000

d.h. mit Netto-Investitionen von Fr. 21'047'000

werden genehmigt, ausgenommen diejenigen Investitionen in der Investitionsrechnung, für die dem Einwohnerrat ein separater Bericht und Antrag zu unterbreiten ist.

2. Das Jahresprogramm 2012 wird genehmigt.
3. Der Gemeinderat wird ermächtigt, das erforderliche Fremdkapital zu beschaffen.
4. Die Einwohnergemeindesteuer für das Jahr 2012 wird auf 1.95 Einheiten festgelegt, d.h. gegenüber 2011 um 1/20 Einheit erhöht.
5. Die Feuerwehrsteuer für das Jahr 2012 wird auf 2 ‰ festgelegt (unverändert).
6. Die Beschlüsse gemäss den vorstehenden Ziffer 1 und 4 unterliegen dem obligatorischen Referendum. Ziffern 2 und 5 unterliegen dem fakultativen Referendum.
7. Die Petition der Groupe Politique 60Plus "Investitionsstopp und Einsparungen im Gemeindehaushalt" (Nr. 220/2011) wird aufgrund des vorstehenden Berichts als erledigt abgeschrieben.  
  
Die Motion Portmann "Sparmassnahmen auch im Umweltbereich" (Nr. 207/11) wird nicht erheblich erklärt und abgeschrieben.
8. Mitteilung an den Gemeinderat zur Ansetzung der Volksabstimmung.

**Abstimmung über den Beschlusstext des Berichts und Antrags: Voranschlag 2012 (Nr. 259/11):**

Der Beschlusstext wird mit 21:5 Stimmen, bei 6 Enthaltungen, genehmigt.

Aakti, Brahim	ja
Bienz, Bruno	ja
Bienz, Viktor	ja
Bolzern, Caroline	nein
Bründler, Anton	Enthaltung
Camenisch, Räto	Enthaltung
Erni, Roger	nein
Fluder, Hans	ja
Frey, Maurus	ja
Graber, Kathrin	ja
Graf, Alfons	ja
Günter, Michael	Enthaltung
Hahn, Alex	nein
Heini, Martin	ja
Heiz, Martin	ja

Kalt, Mirjam	ja
Kaufmann-Wolf, Christine	ja
Kiener, Beatrice	Enthaltung
Koch, Patrick	Enthaltung
Konrad, Simon	nein
Luthiger, Judith	ja
Marbacher, Monika	ja
Müller, Ursula	Enthaltung
Nyfeler, Nicole	ja
Piazza, Daniel	ja
Portmann, Peter	ja
Schwizer, Roland	ja
Tanner, Beat	nein
Tschümperlin, Erich	ja
Urfer, Mario	ja
Wespi, Peter	ja
Wicki Roth, Verena	ja

Johanna Dalla Bona führt aus, dass das Postulat Konrad sowie Postulat Piazza im Kompetenzbereich des Gemeinderates liegen und mit diesem Bericht als erledigt gelten. Sie dankt dem Sachverständiger und verabschiedet ihn.

## **10. Bericht Postulat Urfer: Einheitliche Handhabung der Ausweiskarte für Reisende mit einer Behinderung** **Nr. 199/10**

Aus Zeitgründen abtraktandiert.

## **11. Interpellation B. Bienz: Nachhaltige Vermietung als Einnahmequelle** **Nr. 248/11**

Aus Zeitgründen abtraktandiert.

## **12. Interpellation Tschümperlin: Steuerausfälle der Gemeinde Kriens** **Nr. 252/11**

Aus Zeitgründen abtraktandiert.

## **13. Interpellation Tschümperlin: Steuersubstrat der Gemeinde Kriens** **Nr. 253/11**

Aus Zeitgründen abtraktandiert.

**14. Interpellation Tschümperlin; Steuersubstrat der juristischen Personen in Kriens** **Nr. 255/11**

Aus Zeitgründen abtraktandiert.

**Schluss**

Johanna Dalla Bona informiert, dass die nächste Sitzung am 24. November 2011 stattfindet. Im Anschluss an die Sitzung trifft man sich im Restaurant Wichlern.

Schluss der Sitzung: 18:20 Uhr.

\*\*\*\*\*

**Genehmigung im Namen des Einwohnerrates**

Der Einwohnerratspräsidentin:

  
Johanna Dalla Bona

Der Gemeindeschreiber:

  
Guido Solari

Die Protokollführerinnen:

  
Petra Burkhart

  
Andrea Sijrist